



DF Deutsche Forfait AG

Erfahrung trifft Innovation

Geschäftsbericht für das Geschäftsjahr
1. Januar bis 31. Dezember 2020



DF Deutsche Forfait AG

INHALT

VORWORT VORSTAND	3
ZUSAMMENGEFASSTER LAGE- UND KONZERNLAGEBERICHT	
1. Grundlagen des Konzerns	4
2. Wirtschaftsbericht	8
3. Erläuternder Bericht des Vorstands zu den Angaben gemäß § 289a HGB und § 315a HGB	16
4. Erklärung zur Unternehmensführung (§ 289f HGB und § 315d HGB)	21
5. Chancen- und Risikobericht	22
6. Prognosebericht	32
7. Ergänzende Angaben für die DF Deutsche Forfait AG	34
KONZERNABSCHLUSS	
Konzern-Bilanz, Aktiva	38
Konzern-Bilanz, Passiva	39
Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	40
Konzern-Gesamtergebnisrechnung	41
Konzern-Kapitalflussrechnung	42
Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung	43
Erläuterungen zum Konzernabschluss (Konzernanhang)	44
BESTÄTIGUNGSVERMERK	88
VERSICHERUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER	97
BERICHT DES AUFSICHTSRATS	98
CORPORATE GOVERNANCE	101

VORWORT VORSTAND

SEHR GEEHRTE AKTIONÄRINNEN UND AKTIONÄRE, LIEBE LESERINNEN UND LESER,

das Geschäftsjahr 2020 war für uns alle außergewöhnlich. Die nach wie vor anhaltende Corona-Pandemie hat weltweit vieles verändert und vor allem die Bevölkerung in Krisen- und Entwicklungsländern hart getroffen. Gerade in dieser Situation zählt es, die Grundversorgung mit Nahrungsmitteln und Medikamenten für alle sicherzustellen. Als Spezialist im Bereich der Außenhandelsfinanzierung hat die DF Deutsche Forfait AG hierzu einen wertvollen Beitrag leisten können.

Die DF-Gruppe hat sich in den letzten drei Jahren stark entwickelt. Gemeinsam mit unseren strategischen Partnern ist es uns gelungen, das Unternehmen mit neuen Finanzierungsprodukten wieder in die Gewinnzone zu führen. Dabei gehen die Erfahrung aus 20 Jahren Außenhandelsfinanzierung einher mit neuen und zukunftsorientierten Strukturen – und das sowohl organisatorisch als auch personell.

Unsere Ziele sind klar definiert: der Ausbau der bestehenden Geschäftsbeziehungen mit unseren strategischen Partnern, die Erweiterung des Produktportfolios sowie die Ausweitung unseres geographischen Fokus im Nahen und Mittleren Osten sowie nach Osteuropa. Eng begleitet werden unsere Aktivitäten stets durch unser erfahrenes und geschultes Compliance-Team. Im Geschäftsjahr 2020 haben wir den Grundstein für das Geschäftsfeld Project Finance Activities gelegt. Darüber hinaus konnten wir mit dem Produkt Factoring starten, das im ersten Schritt durch unsere Niederlassung in Prag angeboten wird. Zudem wurde im Berichtszeitraum der Bereich Business Development geschaffen, der gemeinsam mit unseren Sales-Experten optimale Produktlösungen für unsere Kunden und Partner in bestehenden sowie neuen Zielmärkten entwickeln wird. Einen Einblick in die DF-Gruppe mit Ihren Akteuren, dem aktuellen Produktportfolio, neuen Wegen und Informationen geben wir Ihnen auf unserer Webseite, die zu Beginn des Jahres einen Relaunch erfahren hat.

Dem laufenden Geschäftsjahr sehen wir auch unter den anhaltenden, Coronabedingten Unsicherheiten optimistisch entgegen. Davon ausgehend, dass die wirtschaftlichen und politischen Bedingungen in unseren Zielmärkten stabil bleiben, erwarten wir auch im Geschäftsjahr 2021 wieder ein gutes Konzernergebnis.

Mit den besten Grüßen

Ihr Vorstand der DF Deutsche Forfait AG

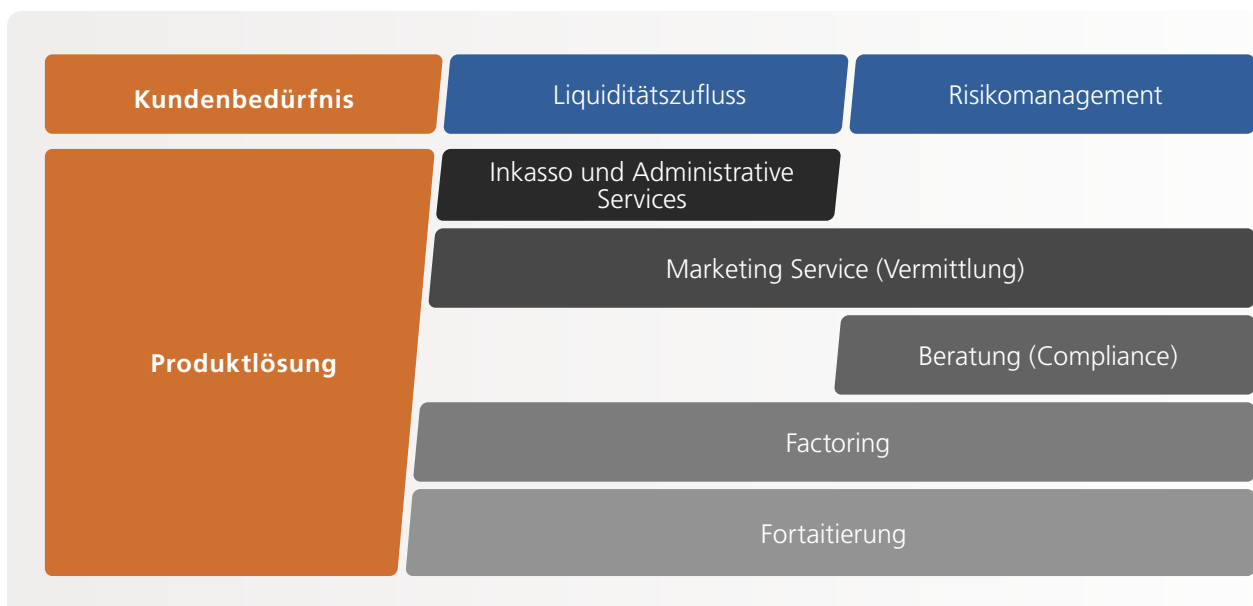
1. GRUNDLAGEN DES KONZERNS

a) Geschäftsmodell des Konzerns

Die DF-Gruppe ist ein Spezialist für Außenhandelsfinanzierungen und damit zusammenhängende Dienstleistungen. Zu ihren Kunden zählen Exporteure, Importeure und andere Finanzunternehmen. Die DF-Gruppe hat sich mit ihren Angeboten aktuell auf die Länder des Nahen und Mittleren Ostens sowie insbesondere den Iran spezialisiert. Im Hinblick auf den Handel mit dem Iran konzentriert sie sich seit dem Sommer 2018 aus geschäftspolitischen Gründen ausschließlich auf humanitäre Güter.

Das Produktportfolio der DF-Gruppe ist auf den geographischen Fokus und die spezifischen Kundenbedürfnisse abgestimmt. Sie bietet neben dem Inkasso von Außenhandelsforderungen und der Abwicklung des Zahlungsverkehrs, welche für die Region Naher und Mittlerer Osten über ihre tschechische Tochter DF Deutsche Forfait Middle East s.r.o. ausgeführt wird, den Marketingservice an. Hierbei vermittelt sie nach eigener Compliance-Prüfung Geschäfte aus den Bereichen Nahrungsmittel, Pharma und Healthcare an ihre strategischen Partner, die diese dann abwickeln. Die DF Deutsche Forfait s.r.o. deckt das übrige geographische Spektrum mit Schwerpunkt auf Emerging Markets ab. Die DF-Gruppe akquiriert ihre Geschäfte durch den eigenen Vertrieb oder über Vermittler bzw. strategische Partner in der Regel im Land des Importeurs. Daneben offeriert die DF-Gruppe Beratungsleistungen im Bereich Compliance, bei denen sie ihr länderspezifisches Know-how, ihr Netzwerk sowie ihre Compliance-Kompetenz vermarktet. Darüber hinaus sind Forfaitierung und Ankaufozusagen Teil des Produktportfolios, haben jedoch aktuell ebenfalls eine geringe Bedeutung. Die Vorbereitungen für die Erweiterung des Produktportfolios um das Factoring-Geschäft wurden im Berichtszeitraum abgeschlossen, so dass der neue Geschäftszweig, der durch die DF Deutsche Forfait s.r.o. betrieben wird, seit Ende des Jahres 2020 zu den Erlösen der Gesellschaft beigetragen hat.

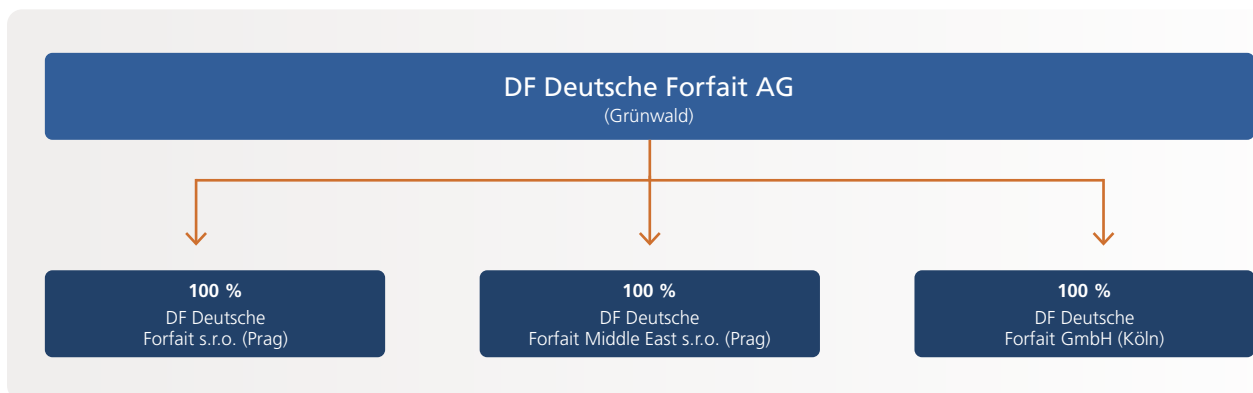
Die Struktur der Produktlösungen, die im Berichtsjahr von der DF-Gruppe angeboten wurden, ist in der folgenden Grafik dargestellt.



Zur weiteren Diversifizierung wird die DF-Gruppe künftig ihr Produktportfolio unter anderem durch das Geschäftsfeld Project Finance Activities erweitern. Hierbei soll die DF-Gruppe (1) Projektfinanzierungen strukturieren und koordinieren, (2) die Platzierung von Projektfinanzierungsanleihen erleichtern, (3) in Projektfinanzierungsanleihen investieren und (4) Projekte überwachen. Darüber hinaus soll damit ihre Geschäftstätigkeit auch geographisch breiter gestreut werden. Aufgrund der Corona-Pandemie und den damit verbundenen Reisebeschränkungen verzögert sich die Etablierung des Geschäftsfeldes Project Finance Activities und bisher konnten keine Geschäftsanbahnungen in diesem Zusammenhang erfolgen. Das Geschäftsmodell der DF-Gruppe unterliegt rechtlichen, politischen sowie wirtschaftlichen Einflussfaktoren, vor allem im Hinblick auf Sanktionierungen und Handelsbeschränkungen. Insbesondere die Einhaltung von Restriktionen wird durch das unternehmensinterne und erfahrene Compliance-Team intensiv überwacht.

Struktur der DF-Gruppe

Die in Grünwald bei München ansässige DF Deutsche Forfait AG („**DF AG**“ oder „**Gesellschaft**“) ist die Holding- und Konzernobergesellschaft der DF-Gruppe. Die DF AG hat drei operative Tochtergesellschaften. Hierbei handelt es sich um die DF Deutsche Forfait GmbH in Köln („DF GmbH“), die DF Deutsche Forfait s.r.o. („DF s.r.o.“) sowie die DF Deutsche Forfait Middle East s.r.o. („DF ME s.r.o.“) in Prag, Tschechische Republik. Die Deutsche Kapital Limited in Dubai („DKL“) befindet sich in Liquidation.



Die DF GmbH konzentriert sich mit ihrem Produktangebot, das vor allem aus Marketingservice und Inkasso von Außenhandelsforderungen sowie Beratungsleistungen besteht, auf die Region Naher und Mittlerer Osten. Daneben erbringt sie Serviceleistungen für die anderen Gesellschaften der DF-Gruppe. Hierzu zählen unter anderem die Bereiche Rechnungswesen, Vertragsabwicklung, Compliance, Vertrieb und Risikomanagement.

Bei den Tochtergesellschaften in Prag sind die Serviceleistungen im Zusammenhang mit der Zahlungsabwicklung, das Factoring-Geschäft und die Abwicklung einzelner Geschäfte, wie z.B. die Vergabe von Darlehen, der An- und Verkauf von Solawechseln oder Inkassotätigkeiten angesiedelt. Die DF ME s.r.o. konzentriert sich auf Transaktionen im Nahen und Mittleren Osten mit Schwerpunkt auf den Iran, die DF s.r.o. deckt das übrige geographische Spektrum mit Schwerpunkt auf Emerging Markets sowie das neu eingeführte Factoring-Geschäft ab. Alle Tochtergesellschaften sind rechtlich selbständige Einheiten.

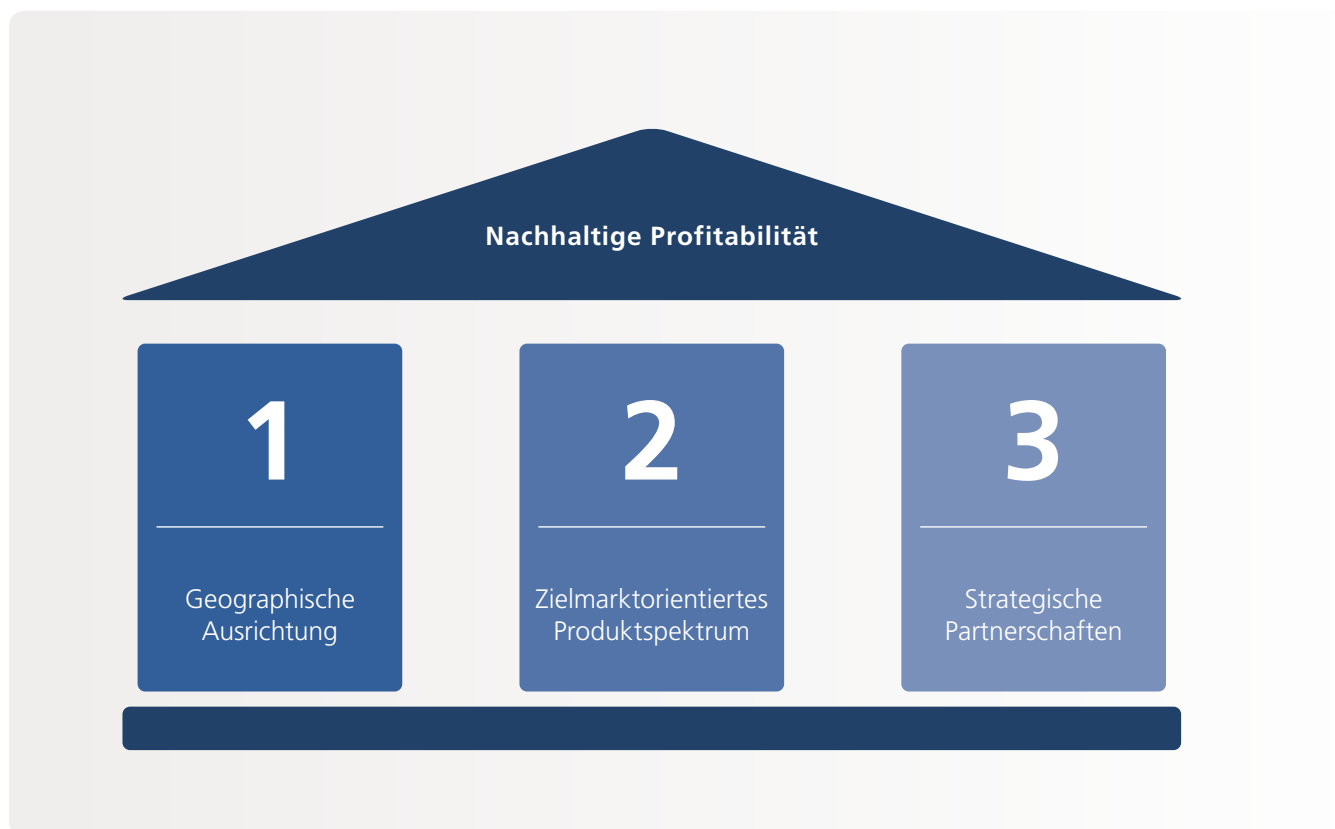
Mitarbeiter: Mitarbeiterkapazitäten leicht gestiegen

Die DF-Gruppe beschäftigte im Geschäftsjahr 2020 einschließlich Vorstand durchschnittlich 28 Mitarbeiter (Vorjahr 27 Mitarbeiter).

b) Ziele und Strategien**Strategische Unternehmensziele**

Nachdem im Geschäftsjahr 2019 die Rückkehr in die Gewinnzone gelungen ist und im Berichtszeitraum fortgesetzt werden konnte, soll eine nachhaltige Profitabilität der DF-Gruppe erreicht und die festgelegte Strategie weiterverfolgt werden. Hierdurch möchte die DF-Gruppe ein attraktiver Partner für Eigen- und Fremdkapitalgeber sein. Die Beständigkeit der Profitabilität soll durch die erfolgreiche Vermarktung des Know-hows und Netzwerks der DF-Gruppe im Bereich Außenhandelsfinanzierungen und damit zusammenhängenden Serviceleistungen insbesondere in den geographischen Zielregionen des Nahen und Mittleren Ostens sowie Osteuropas erzielt werden.

Die Strategie der DF-Gruppe stützt sich auf drei Säulen:



Die Bereiche Nahrungsmittel sowie Medizin- und Pharmaprodukte stehen im Vordergrund der Aktivitäten. In diesen humanitären Bereichen gibt es weiterhin eine hohe Nachfrage nach den Serviceleistungen der DF-Gruppe. Um die Abhängigkeit von einem Markt zu verringern, plant die DF-Gruppe, die generierten Mittel für die geographische Diversifizierung sowie die Erweiterung des Produktportfolios einzusetzen. Künftig sollen auch die GUS-Staaten bedient werden. Somit kann bei einem Eintritt in einen neuen Markt zum Teil auf das bereits vorhandene Know-how und Netzwerk zurückgegriffen und dadurch die Erfolgsmöglichkeiten verbessert werden. Mit der Fokussierung auf ausgewählte Regionen will die DF-Gruppe Skaleneffekte erzielen. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die notwendige länderspezifische Expertise bei immer komplexeren Compliance-Vorschriften.

Das Produktportfolio richtet sich weiterhin nach den Kunden- und Marktbedürfnissen. Die bereits etablierten Administrative und Inkasso Services sowie die Marketing Services bieten gewünschte Lösungen in der Außenhandelsfinanzierung. Mit dem geplanten Einstieg in das Geschäftsfeld Project Finance Activities soll das Produktportfolio der DF-Gruppe um ein weiteres Angebot diversifiziert werden. Mittelfristig ist auch wieder die Aufnahme des Forfaitierungsgeschäfts geplant. Aktuell sind jedoch die erzielbaren Margen in der Regel nicht auskömmlich. Darüber hinaus konnten die Vorbereitungen für das Factoring-Geschäft zum Ende des Jahres 2020 abgeschlossen und mit den ersten Transaktionen begonnen werden. Somit ist das Produktportfolio der DF-Gruppe, insbesondere in Osteuropa, erweitert worden. Schließlich hat die DF-Gruppe in den letzten Jahren viele Ressourcen in den Auf- und Ausbau eines Compliance-Systems investiert. Das im Bereich Compliance erworbene Know-how vermarktet die DF-Gruppe über das Angebot von Beratungsleistungen.

Die dritte Säule der Strategie der DF-Gruppe bildet die Etablierung strategischer Partnerschaften. Insbesondere im Hinblick auf die Marktbearbeitung und Geschäftsabwicklung im Iran-Geschäft profitiert die DF-Gruppe von der Zusammenarbeit mit der Saman Bank und ihrem lokalen Netzwerk und Know-how. Auch mit weiteren Bankpartnern strebt die DF-Gruppe eine langfristige Partnerschaft an, bei der sich die jeweiligen Stärken optimal ergänzen. Vor allem im Hinblick auf die Geschwindigkeit der Abwicklung von Geschäften sind eingespielte Prozesse ein großer Vorteil.

Die zur Finanzierung der mittelfristig angestrebten Wiederbelebung des Forfaitierungsgeschäfts initiierte Zertifikatestruktur wird von der DF-Gruppe künftig nicht weiterverfolgt.

c) Steuerungssystem

Die DF-Gruppe steuert ihr Geschäft über das akquirierte Geschäftsvolumen. Dies ist definiert als Summe der Nominalwerte aller in einer Berichtsperiode abgeschlossenen Geschäfte der Bereiche Inkasso, Administrative- und Marketing-Service, sowie der Nominalwerte aller in einer Berichtsperiode abgeschlossenen Factoring- und Forfaitierungsgeschäfte sowie Ankauftsusagen. Neben dem Geschäftsvolumen ist das hieraus resultierende Rohergebnis für die DF-Gruppe eine wichtige Steuerungsgröße. Das Rohergebnis ergibt sich u. a. aus dem Geschäftsvolumen und der durchschnittlichen Marge, die sich durch die Provisionserträge aus den genannten Geschäftsarten und den diesen zuzuordnenden Aufwendungen sowie gegebenenfalls dem

laufenden Zinsertrag definiert. Schließlich stellt die DF-Gruppe in der internen Berichterstattung auf das Ergebnis vor Steuern ab. Die zuvor genannten Steuerungsgrößen werden in einem monatlichen, standardisierten Reporting überwacht, das an den Aufsichtsrat übermittelt wird. Darüber hinaus erfolgt eine wöchentliche Berichterstattung über die abgeschlossenen Geschäfte sowie den erzielten Ertrag an den Vorstand.

In der externen Berichterstattung stellt die DF-Gruppe des Weiteren auf das Eigenkapital sowie das Konzernergebnis ab.

2. WIRTSCHAFTSBERICHT

a) Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die weltwirtschaftliche Lage wurde im Jahr 2020 maßgeblich durch die anhaltende Corona-Pandemie geprägt. Empfindliche Beschränkungen im geschäftlichen sowie privaten Bereich sowie die Unsicherheit über den weiteren Verlauf der Pandemie führten zu massiven Einbrüchen der Weltwirtschaft. Der Internationale Währungsfonds (IWF) geht in seinen jüngsten Schätzungen von Januar 2021 für das Gesamtjahr 2020 zwar von einer Verringerung der globalen Wirtschaftsleistung von -3,5 % aus, jedoch ist der aktuelle Gesamtblick etwas optimistischer als noch im Herbst 2020. Die Wirtschaftsleistung der Industrieländer ist laut IWF im Berichtszeitraum um -4,9 % gesunken, wobei in den USA ein Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um -3,4 % prognostiziert wird. Der Euro-Raum verzeichnet eine rückläufige Entwicklung von insgesamt -7,2 %. Maßgebliche Treiber waren hier Frankreich (-9,0 %), Italien (-9,2 %) sowie Spanien (-11,1 %). Die deutsche Wirtschaftskraft sank um -5,4 %, noch im Oktober erwartete der IWF einen noch stärkeren Rückgang von -6,1 %. Die für die DF-Gruppe bedeutende Region Osteuropa entwickelte sich im Berichtszeitraum ebenfalls rezessiv; das tschechische Bruttoinlandsprodukt verringerte sich um -6,5 %.

Entsprechend der rückläufigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung fiel laut IWF das weltweite Handelsvolumen im Jahr 2020 um -9,6 %. Noch im Vorjahr verzeichnete der Welthandel ein moderates Wachstum von 1,0 %.

Auch die Entwicklung in den Schwellenländern wird vom IWF als rückläufig eingestuft. Im Mittleren Osten inklusive Zentralasien lag die Prognose der Wirtschaftsleistung im Berichtszeitraum bei -2,4 %. Der für die DF-Gruppe wichtige Zielmarkt Iran war im vergangenen Jahr ebenfalls stark von den Auswirkungen der Corona-Pandemie sowie neuer Sanktionen durch die US-Regierung betroffen und verzeichnete einen geschätzten Rückgang um -5,0 % im Vergleich zum Vorjahr.

Die DF-Gruppe ist als Dienstleister im Bereich der Außenhandelsfinanzierung unmittelbar von den globalen Auswirkungen der Corona-Pandemie betroffen. Durch geltende Reisebeschränkungen sowie eine allgemein zurückhaltende Investitionsbereitschaft hat sich die Umsetzung der regionalen Diversifizierungsstrategie im Berichtszeitraum verzögert. Insbesondere im Geschäftsfeld Project Finance Activities konnten im Zuge der Corona-Beschränkungen lediglich vorbereitende Maßnahmen getroffen werden.

In den für die DF-Gruppe wesentlichen Bereichen Nahrungsmittel, Pharma und Healthcare sowie medizinische Produkte war das Geschäftsvolumen in der Region im Berichtszeitraum im Vergleich zum Geschäftsjahr 2019 auch aufgrund der Corona-Pandemie auf einem geringeren Niveau.

b) Geschäftsverlauf

i. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2020 hat die DF-Gruppe ein positives Konzernergebnis von EUR 6,8 Mio. (Vj. EUR 3,2 Mio.) erwirtschaftet.

Der Anstieg des Ergebnisses basiert auf einem Einmal-Effekt, resultierend aus der Aktivierung latenter Steueransprüche für den Vortrag noch nicht genutzter steuerlicher Verluste in Höhe von EUR 3,3 Mio. Das Geschäftsvolumen ging im Jahr 2020 auf EUR 135,5 Mio. (Vj. EUR 187,2 Mio.) zurück. Der Rückgang des Geschäftsvolumens im Vergleich zum Vorjahr ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass die gleich gebliebene Nachfrage nach humanitären Gütern im Zielland Iran unter anderem wegen eingeschränkter Mittel auf der Importseite sowie aufgrund von Verschärfungen der US-Sanktionierung nicht vollumfänglich erfüllt werden konnte. Insbesondere der Bereich Marketing Services, dessen Provisionserträge bereits im Vorjahr wesentliche Umsatztreiber waren, generierte Erträge aus einem Volumen von EUR 100,0 Mio. (Vj. EUR 160,8 Mio.). Das Rohergebnis betrug EUR 8,4 Mio. nach EUR 11,1 Mio. im Vorjahr. Dies ist vor allem auf die gesunkenen Provisionserträge in Höhe von EUR 8,2 Mio. (Vj. EUR 12,0 Mio.) zurückzuführen. Diese beinhalteten im Wesentlichen Erträge aus Beratungs- und Serviceleistungen im Bereich des Zahlungsverkehrs, die sich aus Marketingerlösen (TEUR 7.642), Erträgen aus der Compliance-Beratung (TEUR 106) sowie Erträgen aus Serviceleistungen im Zusammenhang mit der Abwicklung des Zahlungsverkehrs mit Kunden in der Region Naher Osten (TEUR 363) zusammensetzen. Darüber hinaus trugen die Erträge aus Inkassotätigkeit (TEUR 51) sowie erstmalig das Factoring-Geschäft (TEUR 4) zu den Provisionserträgen im Berichtszeitraum bei.

Die Zinserträge aus Serviceleistungen in Höhe von EUR 0,5 Mio. resultieren aus der kurzfristigen Finanzierung von Liefergeschäften des Außenhandelsverkehrs.

Die sonstigen betrieblichen Erträge haben sich gegenüber dem Vorjahr von EUR 0,9 Mio. auf EUR 0,4 Mio. verringert. In diesen sind unter anderem Erträge aus Weiterbelastungen an die Treuhänderin, insbesondere Rechtsverfolgungskosten, in Höhe von EUR 0,3 Mio. enthalten.

Die Verwaltungskosten, bestehend aus Personalaufwand, Abschreibungen und sonstigen betrieblichen Aufwendungen, betrugen im Geschäftsjahr 2020 insgesamt EUR 5,1 Mio. (Vj. EUR 6,1 Mio.). Der Personalaufwand in Höhe von EUR 2,6 Mio. veränderte sich im Vergleich zum Vorjahr nur unwesentlich. Ebenso blieben die Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen mit EUR 0,2 Mio. nahezu unverändert. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betrugen EUR 2,3 Mio. und haben sich damit, insbesondere infolge niedrigerer Beratungskosten und Mitarbeiterabfindungen, um EUR 1,0 Mio. gegenüber dem Vorjahr verringert.

Das Finanzergebnis, das sich im Berichtszeitraum lediglich aus den Zinsaufwendungen ergibt, belief sich im Geschäftsjahr 2020 auf TEUR -91 (Vj. TEUR -98) und beinhaltete im Wesentlichen Negativzinsen für unterhaltene Bankguthaben.

Insgesamt hat das Konzernergebnis vor dem Hintergrund des erzielten Einmal-Effekts die Erwartungen der Gesellschaft übertroffen. Das Konzernergebnis vor Steuern entspricht den Erwartungen der Gesellschaft zu Beginn des Geschäftsjahres 2020.

ii. Finanzlage

Der operative Cash Flow der DF-Gruppe betrug im Geschäftsjahr 2020 EUR 2,8 Mio. (Vj. EUR 6,6 Mio.). Die wesentliche Ursache für den Rückgang ist hier das im Vergleich zum Vorjahr geringere Ergebnis vor Ertragsteuern, insbesondere aufgrund niedrigerer Provisionserträge. Des Weiteren ergibt sich die Verringerung des operativen Cash Flows unter anderem aus der Zunahme sonstiger Vermögenswerte von EUR -0,8 Mio. (Vj. Abnahme von EUR 1,8 Mio.) sowie der Veränderung übriger Schulden um EUR -0,3 Mio. EUR (Vj. EUR 1,5 Mio.). Der Cash Flow aus der Investitionstätigkeit belief sich auf EUR -0,2 Mio. (Vj. EUR -0,3 Mio.). Der Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit betrug im Geschäftsjahr 2020 EUR -0,1 Mio. (Vj. EUR 14,9 Mio.) und beinhaltet im Wesentlichen Tilgungsleistungen aus Leasingverbindlichkeiten. Der Rückgang ist im Wesentlichen auf das im Vorjahr, durch den Mehrheitsgesellschafter gewährte Darlehen in Höhe von EUR 15,0 Mio. zurückzuführen. Die DF-Gruppe ist im abgelaufenen Geschäftsjahr zielkonform allen Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachgekommen. Der Anstieg des Eigenkapitals der DF-Gruppe zum 31. Dezember 2020 auf EUR 15,4 Mio. (Vj. EUR 8,6 Mio.) ist auf das im Berichtsjahr erzielte Konzernergebnis zurückzuführen. Die Eigenkapitalquote betrug 46,3 % (Vj. 31,1 %). Die Verbindlichkeiten Gläubiger verringerten sich zum Bilanzstichtag auf EUR 0,2 Mio. (Vj. EUR 1,0 Mio.). Dies ist im Wesentlichen auf die Auskehrungen an die Treuhänderin sowie Fair Value-Anpassungen zurückzuführen.

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2020 verfügte die DF-Gruppe neben dem Darlehen des Mehrheitsgesellschafters der DF AG über keine Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten oder Kreditlinien bei Banken oder weiteren Personen.

iii. Vermögenslage

Die Summe aller Vermögenswerte der DF-Gruppe betrug zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2020 insgesamt EUR 33,2 Mio. (Vj. EUR 27,6 Mio.). Der Anstieg der Bilanzsumme ist vor allem auf die Aktivierung latenter Steuern in Höhe von EUR 3,3 Mio. zurückzuführen. Darüber hinaus hat die Erhöhung der Zahlungsmittel auf EUR 27,1 Mio. (Vj. EUR 24,7 Mio.) sowie der Zuwachs anderer Vermögenswerte auf EUR 1,0 Mio. (Vj. EUR 0,7 Mio.) die Bilanzsumme beeinflusst. Gegenläufig entwickelten sich die Vermögenswerte Gläubiger, die von EUR 1,0 Mio. im Vorjahr auf EUR 0,2 Mio. zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2020 zurückgingen.

iv. Auswirkungen der Pandemie

Die für die DF-Gruppe wesentlichen finanziellen Leistungsindikatoren Geschäftsvolumen, Rohergebnis sowie das Konzernergebnis vor Steuern haben im Geschäftsjahr 2020 vor dem Hintergrund der aufgetretenen Corona-Pandemie und der Zurückhaltung der Marktteilnehmer deutliche, aber nicht unerwartete, Rückgänge zu verzeichnen. Jedoch hat sich insbesondere der ertragsstarke Marketing Service als stabiles Element der vom Konzern angebotenen Leistungen erwiesen. Allerdings verzögerten sich aufgrund der Corona-bedingten Reisebeschränkungen zu einem gewissen Ausmaß die Erschließung neuer Märkte, die Etablierung weiterer Produkte, und somit der geplante Ausbau der Diversifikation. Ebenso wurde der Einstieg in das Geschäftsfeld Project Finance Activities durch die Auswirkungen der Pandemie aufgehalten.

c) Finanzielle Leistungsindikatoren

Die finanziellen Leistungsindikatoren der DF-Gruppe sind:

- » Geschäftsvolumen
- » Rohergebnis
- » Konzernergebnis

Als Geschäftsvolumen wird der Nominalwert der in einer Periode abgeschlossenen Geschäfte wie in Kapitel 1. c. beschrieben, bezeichnet. Nach Umsetzung der im Kapitel 1. b. Ziele und Strategien beschriebenen Maßnahmen soll mittelfristig wieder ein Geschäftsvolumen in Höhe von EUR 200 Mio. p.a. erreicht werden.

Ein weiterer finanzieller Leistungsindikator ist das bereits in Kapitel 1. c. beschriebene Rohergebnis. Zur Erreichung der Gewinnschwelle sind Erträge (Rohergebnis und sonstiges betriebliches Ergebnis) von über EUR 4,5 Mio. notwendig.

Ein weiterer wichtiger finanzieller Leistungsindikator ist das Konzernergebnis vor Steuern, das mit EUR 3,6 Mio. zielentsprechend positiv ist und im Rahmen der Erwartungen lag. Das Ziel, auch ein positives Konzernergebnis nach Steuern zu erzielen, wurde im Geschäftsjahr 2020 mit EUR 6,8 Mio. aufgrund der Aktivierung latenter Steuern über den Erwartungen erfüllt.

d) Vergütungsbericht

Vergütung des Vorstands

Grundzüge des Vergütungssystems

Die Vergütung des Vorstands besteht aus einer Festvergütung zuzüglich üblicher Nebenleistungen, einer einjährigen variablen Vergütung (Erfolgstantieme) sowie einer Altersvorsorge.

Die Festvergütung besteht aus einem Jahresgehalt, das in zwölf gleichen monatlichen Beträgen gezahlt wird. Außerdem erhalten die Mitglieder des Vorstands bestimmte Nebenleistungen, die unter den Tabellen zur individuellen Vergütung aufgeführt sind.

Über das Festgehalt hinaus erhalten die Vorstandsmitglieder eine Erfolgstantieme, die 4,5 % des Jahresergebnisses nach Steuern beträgt, wenn ein Konzernergebnis von mind. EUR 500.000,00 erreicht wird. Die erfolgsabhängige Vergütung ist auf 150 % des zum Ende des Geschäftsjahrs maßgeblichen Festgehaltes begrenzt.

Individuelle Vergütung

In den nachstehenden Tabellen sind die jedem einzelnen Mitglied des Vorstands gewährten Zuwendungen, Zuflüsse und der Versorgungsaufwand individuell dargestellt:

Dr. Behrooz Abdolvand | Vorstand seit November 2017

Gewährte Zuwendungen						
in EUR	2019	2019 (Min)	2019 (Max)	2020	2020 (Min)	2020 (Max)
Festvergütung	213.333,32	213.333,32	213.333,32	221.666,64	221.666,64	221.666,64
Nebenleistungen	5.819,11	5.819,11	5.819,11	6.050,14	6.050,14	6.050,14
Summe	219.152,43	219.152,43	219.152,43	227.716,78	227.716,78	227.716,78
Einjährige variable Vergütung	153.721,00	0,00	270.000,00	306.250,00	0,00	345.000,00
Mehrjährige variable Vergütung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe	372.873,43	219.152,43	489.152,43	533.966,78	227.716,78	572.716,78
Versorgungsaufwand	20.154,24	20.154,24	20.154,24	20.154,24	20.154,24	20.154,24
Gesamtvergütung	393.027,67	239.306,67	509.306,67	554.121,02	247.871,02	592.871,02

Hans-Joachim von Wartenberg | Vorstand seit Dezember 2019**Gewährte Zuwendungen**

in EUR	2019	2019 (Min)	2019 (Max)	2020	2020 (Min)	2020 (Max)
Festvergütung	15.416,67	15.416,67	15.416,67	186.666,70	186.666,70	186.666,70
Nebenleistungen	353,93	353,93	353,93	5.604,39	5.604,39	5.604,39
Summe	15.770,60	15.770,60	15.770,60	192.271,09	192.271,09	192.271,09
Einjährige variable Vergütung	12.810,00	0,00	36.645,64	306.250,00	0,00	307.500,00
Mehrjährige variable Vergütung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe	28.580,60	15.770,60	52.416,24	498.521,09	192.271,09	499.771,09
Versorgungsaufwand	179,52	179,52	179,52	21.654,24	21.654,24	21.654,24
Gesamtvergütung	28.760,12	15.950,12	52.595,76	520.175,33	213.925,33	521.425,33

Christoph Charpentier | Vorstand von Oktober 2016 bis November 2019**Gewährte Zuwendungen**

in EUR	2019	2019 (Min)	2019 (Max)	2020	2020 (Min)	2020 (Max)
Festvergütung	165.000,00	165.000,00	165.000,00	-	-	-
Nebenleistungen	5.177,74	5.177,74	5.177,74	-	-	-
Summe	170.177,74	170.177,74	170.177,74	-	-	-
Einjährige variable Vergütung*	190.000,00	0,00	270.000,00	-	-	-
Mehrjährige variable Vergütung	0,00	0,00	0,00	-	-	-
Summe	360.177,74	170.177,74	440.177,74	-	-	-
Versorgungsaufwand	18.474,72	18.474,72	18.474,72	-	-	-
Gesamtvergütung	378.652,46	188.652,46	458.652,46	-	-	-

* Abfindung

Gabriele Krämer | Vorstand von Oktober 2016 bis November 2019**Gewährte Zuwendungen**

in EUR	2019	2019 (Min)	2019 (Max)	2020	2020 (Min)	2020 (Max)
Festvergütung	165.000,00	165.000,00	165.000,00	-	-	-
Nebenleistungen	4.747,68	4.747,68	4.747,68	-	-	-
Summe	169.747,68	169.747,68	169.747,68	-	-	-
Einjährige variable Vergütung*	230.000,00	0,00	270.000,00	-	-	-
Mehrjährige variable Vergütung	0,00	0,00	0,00	-	-	-
Summe	399.747,68	169.747,68	439.747,68	-	-	-
Versorgungsaufwand	18.474,72	18.474,72	18.474,72	-	-	-
Gesamtvergütung	418.222,40	188.222,40	458.222,40	-	-	-

* Abfindung

Nebenleistungen: Jobticket, Parkplatz, Unfallversicherung, VWL, Zuschuss zur Krankenversicherung

Für drei ehemalige Vorstandsmitglieder (Frau Attawar, ausgeschieden zum 31. Dezember 2015, Herrn Franke, ausgeschieden zum 30. September 2013, und Herrn Wippermann, ausgeschieden zum 24. Februar 2014) bestehen Altersversorgungszusagen, die als leistungsorientierte Versorgungspläne ausgestaltet sind. Die Zusagen beinhalten Versorgungsleistungen, wenn das Vorstandsmitglied stirbt oder altersbedingt aus dem Dienst ausscheidet. Herrn Franke wird in diesem Fall eine Kapitalzahlung gewährt. Frau Attawar und Herr Wippermann haben demgegenüber ein Wahlrecht zwischen laufender Ruhegeldleistung und einer Kapitalzahlung. Seit November 2012 wurden aufgrund des vertraglich vorgesehenen Ablaufs der Beitragszeiten keine Prämien mehr geleistet.

Nach diesen Pensionszusagen erhalten die genannten Vorstandsmitglieder von der DF AG eine garantierte Alterspension in Höhe der nachfolgenden Beträge:

- » **Marina Attawar:** Ruhegeldleistung in Höhe von EUR 11.022,60 jährlich oder einmalige Kapitalzahlung in Höhe von EUR 202.518,00
- » **Ulrich Wippermann:** Ruhegeldleistung in Höhe von EUR 20.964,48 jährlich oder einmalige Kapitalzahlung in Höhe von EUR 338.278,00
- » **Jochen Franke:** einmalige Kapitalzahlung in Höhe von EUR 147.244,00

Darüber hinaus erhält Frau Marina Attawar folgende Leistungen aus einer rückgedeckten Unterstützungskasse:

- » Versicherte Jahresrente in Höhe von EUR 15.247,40 oder einmalige Kapitalzahlung in Höhe von EUR 273.572,00

Die DF AG hat Vorstandsmitgliedern weder Darlehen gewährt noch Bürgschaften oder Gewährleistungen für sie übernommen. Die Vorstandsmitglieder waren nicht an Geschäften außerhalb der Geschäftstätigkeit der DF-Gruppe oder an anderen, der Form oder der Sache nach ungewöhnlichen Geschäften der DF-Gruppe während des laufenden und des vorhergehenden Geschäftsjahres oder an derartigen ungewöhnlichen Geschäften in weiter zurückliegenden Geschäftsjahren beteiligt, die noch nicht endgültig abgeschlossen sind.

Die Mitglieder des Vorstands erhielten keine aktienbasierte Vergütung.

Vergütung des Aufsichtsrats im Geschäftsjahr 2020

Die Vergütung des Aufsichtsrats ist in § 12 der Satzung der DF AG geregelt.

Vor der Änderung des § 12 der Satzung durch Beschluss der Hauptversammlung vom 30. Juni 2020 erhielt jedes Mitglied des Aufsichtsrats neben dem Ersatz der ihm bei der Ausübung seiner Amtstätigkeit erwachsenden Auslagen eine Festvergütung von jährlich EUR 13.000,00. Der Vorsitzende und der Stellvertreter erhielten das Zweifache dieses Betrags. Daneben erhielten die Mitglieder des Aufsichtsrats gemäß der Satzung ein Sitzungsgeld in Höhe von EUR 500,00 für jede Teilnahme an einer Aufsichtsratssitzung.

Mit Beschluss der Hauptversammlung vom 30. Juni 2020 wurde die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder erhöht und § 12 der Satzung geändert. Seit dem 1. Juli 2020 gilt nunmehr eine jährliche Festvergütung für den Aufsichtsratsvorsitzenden in Höhe von EUR 46.000,00, für den stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden in Höhe von EUR 31.000,00 sowie für jedes weitere Mitglied in Höhe von EUR 21.000,00. Darüber hinaus wurde ein Sitzungsgeld von jeweils EUR 1.000,00 für jedes Aufsichtsratsmitglied für die Teilnahme an Aufsichtsratssitzungen von der Hauptversammlung beschlossen. Diese Vergütungsregelungen gelten seit Beendigung der Hauptversammlung bzw. seit Wirksamwerden der Satzungsänderung durch Eintragung in das Handelsregister am 30. Juli 2020.

Im Geschäftsjahr 2020 betrug die Vergütung für die Tätigkeit der Mitglieder des Aufsichtsrats der DF AG insgesamt EUR 90.262,04. Die individuelle Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2020 ist in der nachfolgenden Tabelle ausgewiesen (Beträge in EUR):

Name	Festvergütung	Sitzungsgeld	USt 19 %	Gesamtbetrag
Dr. Ludolf-Georg von Wartenberg	36.054,60	2.500,00	0,00	38.554,60
Prof. Dr. Wulf-W. Lapins	25.920,54	2.500,00	0,00	28.420,54
Dr. Gerd-Rudolf Wehling	17.021,84	2.000,00	0,00	19.021,84
Bianca Engel	3.765,06	500,00	0,00	4.265,06
Gesamt	82.762,04	7.500,00	0,00	90.262,04

Es gibt keine Dienstleistungsverträge zwischen den Mitgliedern des Aufsichtsrats und der DF AG, welche Vergünstigungen bei Beendigung des Dienstleistungsverhältnisses vorsehen.

Die DF AG hat den Aufsichtsratsmitgliedern weder Darlehen gewährt noch Bürgschaften oder Gewährleistungen für sie übernommen.

e) DF-Aktie und -Anleihe

Entwicklung der DF-Aktie im Geschäftsjahr 2020

Die Aktie der DF Deutsche Forfait AG entwickelte sich im Berichtszeitraum rückläufig. Im ersten Quartal wies das Wertpapier zunächst einen deutlichen Kursrückgang auf, was auf die allgemeine Unsicherheit an den Kapitalmärkten aufgrund der beginnenden Corona-Pandemie zurückzuführen war. Im März erreichte sie ihr Jahrestief von EUR 0,60 und nach der Veröffentlichung der Geschäftszahlen 2019 im Mai ihr Jahreshoch bei EUR 1,76. Die DF-Aktie schloss das Gesamtjahr 2020 mit einem Kursverlust von 27 % bei EUR 1,18 ab.

Die Vergleichsindizes SDAX sowie der DAXsector Financial Services, der Branchenindex für Finanzwerte, entwickelten sich trotz des rückläufigen Wirtschaftswachstums positiv. Der SDAX legte im Berichtszeitraum um 53 % zu während der DAXsector Financial Services einen Kursanstieg von 9 % verzeichnete.

Die stichtagsbezogene Marktkapitalisierung der DF Deutsche Forfait AG am 31. Dezember 2020 betrug EUR 14,0 Mio. (Vorjahr: EUR 19,4 Mio.). Im Verlauf des Berichtszeitraums wurden insgesamt 2.338.363 Aktien über die Börse Frankfurt sowie XETRA gehandelt, was einem durchschnittlichen Tagesumsatz von 9.243 Aktien entspricht.

Entwicklung der DF-Anleihe im Geschäftsjahr 2020

Der Kurs der DF-Anleihe lag zu Jahresbeginn bei 1,2 % und schloss mit seinem Tiefstand von 0,7 % an seinem letzten Handelstag an der Deutschen Börse im Mai 2020. Die Rückzahlung der Anleihe erfolgt gemäß Insolvenzplan der DF AG ausschließlich im Wege der Ausschüttungen der Erlöse, die die DF AG aus der Verwertung der den Gläubigern zuzurechnenden Vermögenswerten („Vermögenswerte Gläubiger“) erzielt, auch über das Ende der Handelbarkeit hinaus. Im Berichtszeitraum wurden zwei Zahlungen geleistet, die sich auf eine insolvenzrechtliche Quote von 2,2919 % beliefen. Bislang wurde insgesamt eine insolvenzrechtliche Quote in Höhe von 19,6515 % auf den Nominalbetrag der Anleihe sowie auf die angemeldeten Zinsforderungen der Gläubiger der DF Deutsche Forfait AG an die Gläubiger ausgezahlt.

3. ERLÄUTERNDER BERICHT DES VORSTANDS ZU DEN ANGABEN GEMÄSS § 289A HGB UND § 315A HGB

(1) Zusammensetzung des gezeichneten Kapitals

Am 31. Dezember 2020 betrug das gezeichnete Kapital der Gesellschaft EUR 11.887.483,00, eingeteilt in 11.887.483 auf den Namen lautende Aktien ohne Nennbetrag (Stückaktien). Es existiert keine andere abweichende Aktiengattung. Jede Aktie hat ein Stimmrecht.

(2) Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen

Dem Vorstand sind keine Beschränkungen im Hinblick auf die Übertragung der Aktien oder die Ausübung der Stimmrechte bekannt, auch nicht solche aus Vereinbarungen zwischen den Gesellschaftern.

(3) Beteiligungen am Kapital, die 10 % der Stimmrechte überschreiten

Die direkten und indirekten Beteiligungen am gezeichneten Kapital (Aktionärsstruktur), die 10 % der Stimmrechte überschreiten, sind im Anhang zum Jahresabschluss bzw. im Konzernanhang zum Konzernabschluss der Gesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2020 dargestellt. Herr Dr. Shahab Manzouri, London, hielt zum Stichtag des 31. Dezember 2020 79,14 % der Aktien der Gesellschaft.

(4) Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen, bestehen nicht.

(5) Art der Stimmrechtskontrolle, wenn Arbeitnehmer am Kapital beteiligt sind und ihre Kontrollrechte nicht unmittelbar ausüben

Eine Stimmrechtskontrolle von Arbeitnehmern, die am Kapital der Gesellschaft beteiligt sind und ihre Kontrollrechte nicht unmittelbar ausüben, besteht nicht.

(6) Gesetzliche Vorschriften und Bestimmungen der Satzung über die Ernennung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern und die Änderung der Satzung

Gemäß § 6 Abs. 1 der Satzung besteht der Vorstand mindestens aus zwei Personen; der Aufsichtsrat kann eine höhere Zahl festlegen und stellvertretende Vorstandsmitglieder bestellen. Der Aufsichtsrat kann gemäß § 84 Abs. 2 AktG bzw. gemäß § 6 Abs. 2 der Satzung ein Mitglied des Vorstands zum Vorsitzenden oder zum Sprecher des Vorstands und ein weiteres Mitglied zu dessen Stellvertreter ernennen. Vorstandsmitglieder werden gemäß § 84 AktG durch den Aufsichtsrat bestellt und abberufen. Der Aufsichtsrat fasst seine Beschlüsse gemäß § 11 Abs. 4 der Satzung mit einfacher Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

Änderungen der Satzung bedürfen gemäß § 179 Abs. 1 AktG eines Beschlusses der Hauptversammlung, der gemäß § 179 Abs. 2 AktG einer Mehrheit bedarf, die mindestens drei Viertel des bei der Abstimmung vertretenen Grundkapitals umfasst, soweit die Satzung keine andere Kapitalmehrheit vorsieht. Soweit eine Änderung des Unternehmensgegenstandes betroffen ist, darf die Satzung jedoch nur eine größere Kapitalmehrheit vorsehen. Die Satzung der Gesellschaft macht in § 18 Abs. 1 von der Möglichkeit der Abweichung gemäß § 179 Abs. 2 AktG Gebrauch und sieht vor, dass Beschlüsse soweit nicht zwingende gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, grundsätzlich mit einfacher Stimmenmehrheit und, sofern das Gesetz außer der Stimmenmehrheit eine Kapitalmehrheit vorschreibt, mit einfacher Mehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Kapitals gefasst werden. Der Aufsichtsrat ist nach § 13 Abs. 3 der Satzung befugt, Satzungsänderungen zu beschließen, die nur deren Fassung betreffen.

(7) Befugnisse des Vorstands, Aktien auszugeben oder zurückzukaufen

Erwerb und Verwendung eigener Aktien

Die Hauptversammlung vom 30. Juni 2020 hat folgende Ermächtigung zum Erwerb und zur Veräußerung eigener Aktien beschlossen:

- a) Die Gesellschaft wird ermächtigt, bis zum 30. Juni 2025 bis zu 1.180.000 Stück eigene Aktien zu erwerben. Der Erwerb darf nur über die Börse erfolgen. Dabei darf der von der Gesellschaft gezahlte erwerbspreis (ohne Erwerbsnebenkosten) den durch die Eröffnungsauktion am Handelstag ermittelten Kurs für Aktien der Gesellschaft im XETRA-Handel (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) an der Frankfurter Wertpapierbörse um nicht mehr als 10 % über- oder unterschreiten.
- b) Die Ermächtigung kann unmittelbar durch die Gesellschaft oder durch von der Gesellschaft beauftragte Dritte ganz oder in mehreren Teilbeträgen im Rahmen der vorgenannten Beschränkungen ausgeübt werden. Die Ermächtigung kann zu jedem gesetzlich zulässigen Zweck, insbesondere in Verfolgung eines oder mehrerer der in lit. c), d), e), f) und g) genannten Zwecke ausgeübt werden. Erfolgt die Verwendung zu einem oder mehreren der in lit. c), d), e) oder f) genannten Zwecke, ist das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen.
- c) Der Vorstand wird ermächtigt, die aufgrund der vorstehenden Ermächtigung erworbenen eigenen Aktien auch in anderer Weise als über die Börse oder durch ein Angebot an alle Aktionäre zu veräußern unter der Voraussetzung, dass die Veräußerung gegen Barzahlung und zu einem Preis erfolgt, der den Börsenkurs der Aktien der Gesellschaft zum Zeitpunkt der Veräußerung nicht wesentlich unterschreitet. Diese Ermächtigung ist beschränkt auf Aktien mit einem anteiligen Betrag des Grundkapitals, der insgesamt 10 % des Grundkapitals nicht übersteigen darf, und zwar weder im Zeitpunkt des Wirksamwerdens dieser Ermächtigung noch - falls dieser Wert geringer ist - im Zeitpunkt der Ausübung der vorliegenden Ermächtigung. Die Höchstgrenze von 10 % des Grundkapitals vermindert sich um den anteiligen Betrag des Grundkapitals, der auf diejenigen Aktien entfällt, die während der Laufzeit dieser Ermächtigung im Rahmen einer Kapitalerhöhung unter Ausschluss des Bezugsrechts gemäß § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG ausgegeben werden. Die Höchstgrenze von 10 % des Grundkapitals vermindert sich ferner um den anteiligen Betrag des Grundkapitals, der auf diejenigen Aktien entfällt, die zur Bedienung von Options- und/oder Wandelanleihen ausgegeben werden, sofern die Schuldverschreibungen während der Laufzeit dieser Ermächtigung unter Ausschluss des Bezugsrechts in entsprechender Anwendung des § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG ausgegeben werden.
- d) Der Vorstand wird ermächtigt, die aufgrund der vorstehenden Ermächtigung erworbenen eigenen Aktien an Dritte zu übertragen, soweit dies zu dem Zweck erfolgt, Unternehmen, Unternehmensteile oder Beteiligungen an Unternehmen oder sonstige Vermögensgegenstände zu erwerben oder Unternehmenszusammenschlüsse durchzuführen.
- e) Der Vorstand wird ermächtigt, die aufgrund der vorstehenden Ermächtigung erworbenen eigenen Aktien zu nutzen, um Verpflichtungen der Gesellschaft aus Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen zu erfüllen, welche die Gesellschaft bis zum 6. Juli 2021 aufgrund der von der Hauptversammlung 2016 beschlossenen Ermächtigung des Vorstands ausgibt.

- f) Der Vorstand wird ermächtigt, die aufgrund der vorstehenden Ermächtigung erworbenen eigenen Aktien ohne weiteren Hauptversammlungsbeschluss einzuziehen. Die Einziehung kann auch ohne Kapitalherabsetzung durch Anpassung des anteiligen Betrages der übrigen Stückaktien am Grundkapital der Gesellschaft erfolgen.
- g) Von den Ermächtigungen in lit. c), d), e) und f) darf der Vorstand nur mit Zustimmung des Aufsichtsrats Gebrauch machen. Der Aufsichtsrat wird im Fall der lit. f) zur Anpassung der Zahl der Stückaktien in der Satzung ermächtigt. Im Übrigen kann der Aufsichtsrat bestimmen, dass Maßnahmen des Vorstands aufgrund dieses Hauptversammlungsbeschlusses nur mit seiner Zustimmung vorgenommen werden dürfen.
- h) Die von der Hauptversammlung der Gesellschaft vom 6. Juli 2016 beschlossene Ermächtigung zum Erwerb und zur Verwendung eigener Aktien wird aufgehoben.

Genehmigtes Kapital

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 6. Juli 2016 wurde der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 6. Juli 2021 einmalig oder mehrmalig um bis zu insgesamt EUR 5.900.000,00 gegen Bar- und/oder Sacheinlagen (einschließlich so genannter gemischter Sacheinlagen) durch Ausgabe von bis zu 5.900.000 neuen, auf den Namen lautenden Stückaktien zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2016) und dabei einen vom Gesetz abweichenden Beginn der Gewinnbeteiligung zu bestimmen. Den Aktionären ist grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen. Die neuen Aktien können auch von einem oder mehreren durch den Vorstand bestimmten Kreditinstituten mit der Verpflichtung übernommen werden, sie den Aktionären anzubieten (mittelbares Bezugsrecht). Der Vorstand wird jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre in folgenden Fällen auszuschließen: (1) zur Vermeidung von Spitzenbeträgen, (2) bei einer Kapitalerhöhung gegen Bareinlagen, wenn der Ausgabebetrag der unter Ausschluss des Bezugsrechts gemäß § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG ausgegebenen neuen Aktien den Börsenpreis nicht wesentlich unterschreitet und die unter Ausschluss des Bezugsrechts gemäß § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG ausgegebenen neuen Aktien insgesamt 10 % des Grundkapitals nicht überschreiten und zwar weder zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens noch zum Zeitpunkt der Ausübung dieser Ermächtigung. Auf diese Begrenzung sind Aktien anzurechnen, die während der Laufzeit dieser Ermächtigung aufgrund anderer Ermächtigungen in unmittelbarer oder entsprechender Anwendung von § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG unter Bezugsrechtsausschluss veräußert oder ausgegeben wurden bzw. auszugeben sind, (3) bei einer Kapitalerhöhung gegen Sacheinlagen, insbesondere zum Zweck des Erwerbs eines Unternehmens, von Unternehmensteilen, einer Beteiligung an einem Unternehmen oder sonstigen wesentlichen Betriebsmitteln, (4) um den Inhabern von Optionsscheinen bzw. Wandel- oder Optionsanleihen ein Bezugsrecht in dem Umfang einzuräumen, wie es ihnen nach Ausübung eines Wandlungs- oder Optionsrechts oder in Erfüllung einer Wandlungspflicht als Aktionär zustehen würde, (5) um Belegschaftsaktien an Arbeitnehmer der Gesellschaft und mit ihr verbundener Unternehmen zu begeben sowie (6) zur Bedienung von Optionsrechten, welche das

Recht auf Bezug von insgesamt maximal Stück 100.000 Aktien der Gesellschaft begründen, und die vom Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats an Vertriebspartner der Gesellschaft ausgegeben werden.

Wandel- und Optionsschuldverschreibungen/Optionsanleihe

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 6. Juli 2016 wurde der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 6. Juli 2021 einmalig oder mehrmals auf den Inhaber lautende Options- und/oder Wandelschuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von bis zu EUR 50.000.000,00 auszugeben und den Inhabern bzw. Gläubigern von Optionsschuldverschreibungen Optionsrechte bzw. den Inhabern bzw. Gläubigern von Wandelschuldverschreibungen Wandlungsrechte auf neue, auf den Namen lautende Stückaktien der Gesellschaft bis zu einem anteiligen Betrag am Grundkapital von insgesamt bis zu EUR 4.720.000,00 nach näherer Maßgabe der Options- bzw. Wandelanleihebedingungen zu gewähren.

Die Optionsschuldverschreibungen und/oder Wandelschuldverschreibungen (zusammengefasst auch „Schuldverschreibungen“ und in ihrer jeweiligen Stückelung jeweils auch „Teilschuldverschreibung“) können außer in Euro auch - unter Begrenzung auf den entsprechenden Euro-Gegenwert - in der gesetzlichen Währung eines OECD-Landes begeben werden. Sie können auch durch unmittelbare oder mittelbare Mehrheitsbeteiligungsgesellschaften der DF Deutsche Forfait AG ausgegeben werden; in diesem Fall wird der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats für die Gesellschaft die Garantie für die Schuldverschreibungen zu übernehmen und den Inhabern solcher Schuldverschreibungen Optionsrechte/Wandlungsrechte auf neue Aktien der DF Deutsche Forfait AG zu gewähren.

Das Grundkapital der Gesellschaft ist zu diesem Zweck um bis zu EUR 4.720.000,00 durch Ausgabe von bis zu 4.720.000 neuen, auf den Namen lautenden Stückaktien bedingt erhöht worden (Bedingtes Kapital 2016/I).

Gewährung von Bezugsrechten (Aktienoptionen) an Arbeitnehmer und Mitglieder der Geschäftsführung der Gesellschaft oder eines verbundenen Unternehmens

Die Hauptversammlung vom 6. Juli 2016 hat Vorstand und Aufsichtsrat ermächtigt, bis zum 6. Juli 2021 einmalig oder mehrmals zum Zwecke der Beteiligung der in § 192 Abs. 2 Nr. 3 AktG genannten Personen am Unternehmen Bezugsrechte auf Aktien der Gesellschaft (Optionsrechte) auszugeben. Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten der Ausstattung und Ausgabe der Optionsrechte in einem Aktienoptionsplan festzulegen („Aktienoptionsplan 2016“). Sollen Optionsrechte an den Vorstand der Gesellschaft ausgegeben werden, obliegt die Entscheidung über die Ausgabe und die Festlegung der weiteren Einzelheiten allein dem Aufsichtsrat.

Das Grundkapital der Gesellschaft wird um bis zu EUR 1.180.000,00 durch Ausgabe von bis zu 1.180.000 neuen, auf den Namen lautenden Stückaktien bedingt erhöht (Bedingtes Kapital 2016/II). Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie die Inhaber von Optionsrechten aus dem Aktienoptionsplan 2016, die von der Gesellschaft aufgrund der Ermächtigung der Hauptversammlung vom 6. Juli 2016 im Zeitraum bis zum 6. Juli 2021 ausgegeben werden können, von ihren Bezugsrechten auf Stückaktien der Gesellschaft Gebrauch machen und die Gesellschaft die Bezugsrechte nicht durch Lieferung eigener Aktien erfüllt. Die neuen Stückaktien nehmen von Beginn des Geschäftsjahres an, in dem sie durch Ausübung von Optionsrechten entstehen, am Gewinn teil. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten der Durchführung der bedingten Kapitalerhöhung festzulegen, es sei denn, es sollen Optionsrechte an Mitglieder des Vorstands ausgegeben werden; in diesem Fall legt der Aufsichtsrat die weiteren Einzelheiten der Durchführung der bedingten Kapitalerhöhung fest.

- (8) Wesentliche Vereinbarungen der Gesellschaft, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen

Es bestehen keine wesentlichen Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels stehen.

- (9) Entschädigungsvereinbarungen der Gesellschaft, die für den Fall eines Übernahmeangebots mit Vorstandsmitgliedern oder Arbeitnehmern getroffen sind

Es bestehen keine Entschädigungsvereinbarungen der Gesellschaft, die für den Fall eines Übernahmeangebotes mit den Mitgliedern des Vorstands oder Arbeitnehmern getroffen sind.

4. ERKLÄRUNG ZUR UNTERNEHMENSFÜHRUNG GEMÄSS § 289F HGB UND § 315D HGB

Die nach § 289f HGB und § 315d HGB für börsennotierte Aktiengesellschaften geforderte Erklärung zur Unternehmensführung wurde im März 2021 abgegeben und auf der Internetseite der Gesellschaft im Bereich Investor Relations unter der Rubrik Corporate Governance (<https://dfag.de/investor-relations/corporate-governance/>) eingestellt.

5. CHANCEN- UND RISIKOBERICHT

a) Internes Kontrollsystem und Risikomanagementsystem bezogen auf den Konzernrechnungslegungsprozess

Die DF AG ist die Holding- bzw. Konzernmuttergesellschaft der DF-Gruppe. Im Hinblick auf die Konzernstruktur und die Aufgaben innerhalb der DF-Gruppe wird auf die Darstellung in Kapitel 1. a. verwiesen.

Die Liquiditätsplanung für die DF-Gruppe, die DF AG, die DF GmbH, die DF s.r.o. und die DF ME s.r.o. wird täglich auf Basis aktueller Kontoauszüge erstellt. Diese umfasst die erwarteten Ein- und Auszahlungen aus dem operativen Geschäft. Für die jeweils folgenden ein bis zwei Wochen erfolgt die Liquiditätsplanung auf Tagesbasis, für die nächsten zwei Monate auf Wochenbasis und anschließend auf Monatsbasis.

Die Risikosteuerung und -überwachung erfolgt auf Basis eines detaillierten, schriftlich fixierten Risikomanagementsystems. Die Länderlimite werden jeweils einmal im Jahr vom Aufsichtsrat beschlossen. Innerhalb der Länderlimite kann der Vorstand Adressrisiken entsprechend einer mit dem Aufsichtsrat abgestimmten Kompetenzregel eigenständig eingehen.

Das Rechnungswesen ist für die Kontenpläne, die Kontierungsrichtlinie sowie alle Vorgaben und Abläufe zur Buchführung in der DF-Gruppe verantwortlich. Hierbei werden länderspezifische Anforderungen und Gesetze berücksichtigt. Im Konsolidierungskreis sind neben der DF AG derzeit die Tochtergesellschaften DF GmbH, die DF s.r.o. sowie die DF ME s.r.o. enthalten. Die Buchführung für die DF AG und die DF GmbH erfolgt durch das Rechnungswesen in Köln. Bei der DF s.r.o. und der DF ME s.r.o. erfolgt die Buchführung durch einen lokalen externen Dienstleister und wird vor allem bei der Erstellung der Jahresabschlüsse eng durch das zentrale Rechnungswesen begleitet.

Für die Finanzbuchhaltung wird eine Standardsoftware eingesetzt, für die ein Software-Testat einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft vorliegt. Die Software ist zentral auf dem Server in Köln installiert und die DF s.r.o. sowie die DF ME s.r.o. besitzen einen Online-Zugriff. Das zentrale Rechnungswesen in Köln hat damit fortlaufend Einblick in die Buchhaltung der Prager Gesellschaften. Durch entsprechende Softwareberechtigungen ist jedoch gleichzeitig sichergestellt, dass die DF s.r.o. und die DF ME s.r.o. ausschließlich auf ihren eigenen Buchungskreis zugreifen können. Die laufende Buchhaltung wird entsprechend des Datensicherungskonzepts der DF-Gruppe täglich gespeichert. Zur Absicherung des Betriebsrisikos der EDV existieren Back-Up-Systeme.

Die Erstellung des Konzernabschlusses einschließlich der Durchführung der Konsolidierungsmaßnahmen erfolgt durch das zentrale Rechnungswesen und basiert auf von lokalen Abschlussprüfern geprüften IFRS-Packages der in den Konsolidierungskreis einbezogenen Einheiten. Die Anforderungen an Inhalt und Umfang der IFRS-Packages werden zu Beginn der Konzernabschlussprüfung mit dem Konzernabschlussprüfer abgestimmt.

Das interne Kontrollsystem trägt den Besonderheiten des Geschäftes der DF-Gruppe Rechnung. Die Wirksamkeit des Systems wird regelmäßig von den Abteilungen Rechnungswesen und Compliance überprüft und abgestimmt. Im Laufe des Geschäftsjahres 2020 sind keine Risiken bekannt geworden.

b) Risikomanagementsystem bezogen auf Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung

Aufgrund ihres projektbezogenen Geschäftsmodells kontrahieren die DF AG, die DF GmbH, die DF s.r.o. sowie die DF ME s.r.o. mit einer Vielzahl von Geschäftspartnern in unterschiedlichen Ländern (Verkäufer und Käufer von Außenhandelsforderungen, Sicherungsgeber in Form von Banken und/oder Kreditversicherungen, externe Vermittler, Dienstleister bei der steuerlichen und rechtlichen Prüfung, Umsetzung und Abwicklung der verschiedenen Transaktionen in den Bereichen Forfaitierung, Factoring, Ankaufszusagen, Vermittlungsgeschäft, Inkasso). Die DF-Gruppe ist daher Compliance-Risiken ausgesetzt, die mit dem Geschäftsmodell verbunden sind.

Verstöße gegen das Geldwäschegesetz, EU- bzw. US-Sanktionsrichtlinien oder gegen sonstige Gesetze zur Verhinderung von Wirtschaftskriminalität können erhebliche negative Auswirkungen auf die operative Geschäftstätigkeit sowie die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der einzelnen Gesellschaften der DF-Gruppe und/oder der DF-Gruppe als Ganzes haben. Insbesondere besteht das Risiko (i), dass für das operative Geschäft der einzelnen Gesellschaften der DF-Gruppe und/oder der DF-Gruppe als Ganzes essentielle Vertragspartner/Dienstleister (zeitlich begrenzt) aufgrund eigener interner und/oder gesetzlicher Vorgaben keine Geschäfte mit einzelnen Gesellschaften der DF-Gruppe und/oder der DF-Gruppe als Ganzes (mehr) tätigen dürfen oder können. Dies umfasst sowohl den An- und Verkauf von Forderungen, die Einbringbarkeit und Inkassierbarkeit von Forderungen als auch die Erbringung von Dienstleistungen für einzelne Gesellschaften der DF-Gruppe. Darüber hinaus besteht (ii) ein Risiko in der Verhängung von Strafen und Bußgeldern und (iii) ein Risiko möglicher Reputationsverluste im Falle von schuldhaften Verletzungen oder Verstößen gegen diese Vorschriften.

Zur Verhinderung bzw. Minimierung der vorgenannten Compliance-Risiken hat die DF-Gruppe interne Sicherungsmaßnahmen und Kontrollen implementiert.

In Zusammenarbeit und Abstimmung mit externen Beratern wird in regelmäßigen Abständen das konzernweite Compliance-System der DF-Gruppe weiterentwickelt, um ihrer Verantwortung gerecht zu werden und um den Geschäftserfolg zu sichern. Zum Compliance-System gehören insbesondere (i) Prozesse zur Identifizierung ihrer Geschäftspartner, (ii) die Sensibilisierung und regelmäßige zielorientierte Schulung aller Mitarbeiter sowie der im Vertrieb eingebundenen externen Berater der DF-Gruppe in Hinblick auf den Code of Conduct der Gesellschaft und die Wichtigkeit von Compliance, Transparenz und Integrität für das Geschäft der DF-Gruppe, (iii) eine gut geschulte Compliance-Abteilung sowie ein Compliance-Komitee und Bestellung eines Geldwäschebeauftragten, sowie (iv) zusätzlich die REFINITIV World-Check One-Software zur tiefergehenden Prüfung neuer und potentieller Geschäftspartner oder in die potentielle Transaktion involvierter Parteien vor Geschäftsabschluss.

Anhand von generierten Ergebnisprotokollen aus vorgenannten Prüfungen erfolgt in Zweifelsfällen eine manuelle Überprüfung einzelner Parteien. Durch eine regelmäßige Aktualisierung der Datenbasis ist sichergestellt, dass auch während der Haltedauer einer Forderung die (Neu-)Aufnahme einer in die zugrunde liegende Transaktion involvierten Partei auf eine der Sanktionslisten festgestellt wird.

Weiterer integraler Bestandteil des Compliance-Systems der DF-Gruppe sind die relevanten vorgeschriebenen Prüfungen gemäß Geldwäschegesetz. Die DF AG und ihre Tochtergesellschaften führen ihren Geschäftsbetrieb in Übereinstimmung mit den jeweils anwendbaren Geldwäscherpräventions-Vorschriften. Die Einhaltung dieser Vorschriften ist für die DF-Gruppe von zentraler Bedeutung. Das Management und sämtliche Mitarbeiter der DF-Gruppe sind zur Einhaltung dieser Standards verpflichtet. Die „Anti-Geldwäsche-Richtlinie“ ist, neben der „Anti-Korruptions-Richtlinie“, Teil des allgemeinen Compliance-Programms der DF-Gruppe und findet gemeinsam mit den sonstigen Verpflichtungen der DF-Gruppe bei der Anbahnung und Abwicklung von Verträgen (insbesondere nach der bestehenden „Economic Sanctions Compliance Policy“) Anwendung. Die Verantwortung für den Bereich der Kundenidentifizierung zur Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sowie der Economic Sanctions Compliance obliegt der Compliance-Abteilung und dem Compliance-Komitee, die beide streng getrennt von Markt und Marktfolge agieren und in dieser Funktion direkt dem Gesamtvorstand unterstellt sind.

Zu Beginn einer Geschäftsbeziehung erfolgt im Rahmen der Due Diligence Prüfung die Identifizierung des Geschäftspartners und dessen wirtschaftlich Berechtigten (Know-Your-Customer-Prinzip), die Informationsbeschaffung zum Geschäftszweck, die Abklärung eines möglichen PEP-Status (politisch exponierte Person) sowie weitere geldwäscherelevante Prüfungen.

Je nach Risikoprofil des Geschäftspartners fordert die DF-Gruppe gegebenenfalls weitere Überprüfungen. Eine Verpflichtung der DF-Gruppe zur Übernahme eines Risikos unter einer bestimmten Transaktion erfolgt demnach erst, wenn die Identität des Geschäftspartners zweifelsfrei feststeht, sämtliche Fragen dem Geldwäschegesetz entsprechend zufriedenstellend beantwortet sind und keine relevanten Sanktionen gegen den Geschäftspartner sowie dessen wirtschaftlich Begünstigten vorliegen. Auch die Auszahlung eines Geschäftes erfolgt erst nachdem die transaktionsbezogenen Dokumente sowie die involvierten Parteien zufriedenstellend auf Compliance-relevante Umstände überprüft worden sind. Anschließend erfolgt eine Überwachung der laufenden Geschäftsbeziehung.

c) Chancen

Die DF-Gruppe sieht im laufenden Geschäftsjahr ihre wesentlichen Chancen in der Fortsetzung der Vermarktung ihrer Produkte Marketing Services und Administrative Services.

Deshalb konzentriert sich die DF-Gruppe weiterhin auf den Handel mit humanitären Gütern in den Produktgruppen Nahrungsmittel, Pharma und Healthcare. Die Nachfrage nach diesen Waren und den dafür speziell entwickelten Produktdienstleistungen der DF-Gruppe ist auf Seiten der Importeure und Exporteure hoch.

Die DF-Gruppe hat mit ihren Produkten Marketing Services und Administrative Services in 2020 den Großteil ihrer Umsatzerlöse erzielt und geht davon aus, dass dies auch im laufenden Geschäftsjahr wieder der Fall sein wird. Die Flexibilität im Hinblick auf die Entwicklung neuer Produkte und das rechtzeitige Erkennen von Marktopportunitäten haben die DF-Gruppe auch im Geschäftsjahr 2020 ausgezeichnet. Zusammen mit dem langjährigen Know-how im Trade Finance Bereich und dem regelmäßig überprüften Compliance-System bieten sich der DF-Gruppe gute Chancen für eine Ausweitung des Geschäftsvolumens. Mit dem Einstieg in den Bereich Project Finance Activities eröffnet sich die DF-Gruppe ein weiteres Geschäftsfeld, in welchem das Know-how des neuen Bereichs Business Development in Kombination mit bestehenden Kompetenzen der DF-Gruppe einfließen. Im Fokus stehen Projekte im Energie-, Agrar- und Industriesektor. Aufgrund der anhaltenden Corona-Pandemie und der aktuellen politischen und wirtschaftlichen Lage verzögert sich jedoch die Realisierung von Geschäftsmöglichkeiten in diesem Bereich.

d) Risiken

Bei der Darstellung der Risiken ist zwischen Alt- und Neugeschäft zu unterscheiden. Das sogenannte Altgeschäft betrifft die in den Vermögenswerten Gläubiger enthaltenen Forderungen des Restrukturierungs- und Handelsportfolios. Die Chancen und Risiken aus der Verwertung dieser Forderungen liegen gemäß den Regelungen des Insolvenzplanes ausschließlich bei den Insolvenzgläubigern. Die nachfolgend beschriebenen Risiken treffen dabei grundsätzlich sowohl für das Altgeschäft wie für das Neugeschäft zu, jedoch sind die Konsequenzen für die DF-Gruppe unterschiedlich, da die DF-Gruppe lediglich für das Neugeschäft das Risiko trägt. Erlöse werden hauptsächlich mit den Produkten Administrative- und Marketing Services, Inkasso-Services, der Compliance-Beratung und nunmehr auch Factoring erzielt. Daraus ergeben sich im laufenden Geschäftsjahr im Wesentlichen Ertrags-Risiken, gefolgt von Compliance- und operativen Risiken, die in der Risikokarte der DF-Gruppe nach Schadenspotential und Eintrittswahrscheinlichkeit eingestuft werden.

i. Ertragsrisiken

Die DF-Gruppe muss in jedem Geschäftsjahr einen Großteil ihrer Geschäfte neu akquirieren, um erfolgreich zu sein, da sie kein Investment-Portfolio besitzt, aus dem Jahr für Jahr wiederkehrende Erträge erwirtschaftet werden.

Für die erfolgreiche Gewinnung von Neugeschäft ist neben dem Angebot von marktgerechten Produkten mit wettbewerbsfähigen Preisen auch ein gutes Netzwerk auf der Angebots- und Nachfrageseite ausschlaggebend. Wenn wichtige Geschäftspartner wie Vermittler oder Banken auf der Angebots- und/oder der Nachfrageseite ganz oder teilweise ausfallen, besteht die Gefahr eines gravierenden Rückgangs des Geschäftsvolumens und in Folge dessen eines Gewinneinbruchs. Dieses Risiko ist bei der DF-Gruppe aufgrund der Konzentration auf eine begrenzte Zielregion mit einer geringen Anzahl von wichtigen Geschäftspartnern vergleichsweise hoch.

Im Geschäftsjahr 2020 hielten die politischen Spannungen zwischen den USA und dem Iran an und führten zusammen mit den Auswirkungen der Corona-Pandemie zu einer veränderten Marktsituation im Iran. Für die DF-Gruppe haben sich dadurch manche Handelspartner und Vertriebskanäle verschoben und zu einem Volumenrückgang bei gestiegenen Margen im Vergleich zum Vorjahr 2019 geführt. Die DF-Gruppe engagiert sich weiterhin im Handel mit dem Iran im Bereich der humanitären Güter (Nahrungsmittel und Medizin). Aufgrund der angebotenen Produkte und der Komplexität des Geschäfts ist die DF-Gruppe auf die Zusammenarbeit mit wenigen ausgewählten, ebenfalls spezialisierten Partnern angewiesen. Hier ist insbesondere die Kooperation mit der Saman Bank zu nennen. Die Stärke der Spezialisierung des Geschäftsmodells der DF-Gruppe und die enge Zusammenarbeit mit spezialisierten und eingespielten Partnern stellt auch ein Konzentrationsrisiko dar.

Neben dem Ausfall bedeutsamer Geschäftspartner kann auch der Ausfall eines wichtigen Landes oder einer Region aus wirtschaftlichen oder politischen Gründen zu einem Gewinneinbruch führen. Durch ein Moratorium eines Landes oder die Aufnahme eines Landes auf die EU-Sanktionsliste und/oder die Sanktionsliste der Vereinigten Staaten von Amerika kann vorübergehend das Geschäftsvolumen mit diesem Land stark zurückgehen oder gänzlich ausfallen. Die DF-Gruppe ist aufgrund ihres geographischen Fokus diesem Risiko weitaus stärker ausgesetzt als ein geographisch breit diversifiziertes Unternehmen, profitiert auf der anderen Seite aber wie unter 5. c. dargestellt von den Chancen einer Spezialisierung.

Sollte aufgrund einer weiteren politischen oder militärischen Eskalation oder anderer Ereignisse ein wichtiger Partner der DF-Gruppe oder ein wichtiges Land oder eine Region ausfallen, kann dies zu Beeinträchtigung der Geschäftsentwicklung der DF-Gruppe führen. Das Risiko ist dabei maßgeblich vom Partner und der Ausfallzeit abhängig.

Im Hinblick auf die Diversifizierung plant die DF-Gruppe, den geographischen Fokus auf weitere Länder im Nahen und Mittleren Osten und in Osteuropa auszuweiten. Auch wenn der Eintritt in einen neuen Markt immer ein Risiko beinhaltet, ist die DF-Gruppe davon überzeugt, damit die Ertragsbasis zu vergrößern.

Sollte das Atomabkommen (JCPOA) mit dem Iran vollständig, d.h. nicht nur durch die USA, sondern auch durch die anderen Partner und/oder den Iran aufgekündigt werden oder es zu einer militärischen Auseinandersetzung zwischen den USA und dem Iran kommen, hätte dies voraussichtlich massive Konsequenzen für das Geschäft der DF-Gruppe mit dem Iran und die DF-Gruppe insgesamt. Die DF-Gruppe geht jedoch davon aus, dass es nicht zu einer militärischen Auseinandersetzung oder einer Aufkündigung des Atomabkommens durch die verbliebenen Vertragspartner des JCPOA kommen wird. Insbesondere vor dem Hintergrund der neu gewählten US-Regierung besteht vielmehr wieder die Chance auf eine Annäherung zwischen den USA und dem Iran.

Wie in Abschnitt ii. Länder- und Adressrisiko ausgeführt, hat auch die DF-Gruppe überfällige Forderungen in ihren Büchern, die jedoch ausschließlich Forderungen sind, die zu den Vermögenswerten Gläubiger gehören. Durch die Regelungen im Insolvenzplan gehen alle Chancen und Risiken aus der Verwertung der zum Zeitpunkt der Genehmigung des Insolvenzplans bestehenden Vermögenswerte inklusive der überfälligen Forderungen auf die Bestandsgläubiger der DF AG über. Dies gilt analog für das Risiko der mit der Beitreibung der überfälligen Forderungen verbundenen Rechts- und Beratungskosten. Die im Restrukturierungsportfolio verbliebenen Vermögenswerte zur Verwertung sind zum 1. Januar 2021 an die DF AG zurückgefallen und werden von dieser zu Gunsten der Gläubiger soweit wie möglich verwertet. Ein Ertragsrisiko aufgrund noch anfallender Rechts- und Beratungskosten ist äußerst unwahrscheinlich, da die DF AG von der Treuhänderin EUR 0,12 Mio. als einmaligen Administrationskostenvorschuss erhalten hat. Dieser Betrag wird als vollumfänglich ausreichend angesehen.

ii. Länder- und Adressrisiko

Die DF-Gruppe konzentriert sich entsprechend ihres Geschäftsmodells und ihrer Strategie auf den Nahen und Mittleren Osten sowie Schwellen- und Entwicklungsländer. Diese Länder weisen im Allgemeinen eine geringere politische, ökonomische, soziale und wirtschaftliche Stabilität auf als Industriestaaten. Im Falle einer wirtschaftlichen und/oder politischen Krise oder aufgrund von nicht beeinflussbaren Entscheidungen der jeweiligen Machthaber/Regierungen kann dies die Transferfähigkeit bzw. Transferbereitschaft des entsprechenden Landes in Bezug auf Zahlungen – insbesondere in ausländischer Währung – stark beeinträchtigen. Im Extremfall sind Zahlungen in ausländischer Währung infolge der Einführung entsprechender rechtlicher Bestimmungen (Devisenbewirtschaftung) nicht mehr oder nur noch mit vorheriger staatlicher Genehmigung (z. B. durch die jeweilige Zentralbank) möglich. Im Ergebnis kann dies dazu führen, dass ein an sich zahlungsfähiger und zahlungswilliger Schuldner die Forderung nicht fristgerecht, nicht vollständig oder überhaupt nicht begleichen kann. Unter das Länderrisiko sind folgende drei Einzelrisiken zu subsumieren:

- » aufgrund staatlicher Beschränkungen können Zahlungsmittel nicht frei transferiert werden (Transferrisiko), und/oder
- » einheimische Währungen können nur nach vorheriger Genehmigung bzw. dürfen nicht in die Fremdwährung umgetauscht werden, in der die jeweilige Forderung denominiert und damit zu bezahlen ist (Konvertibilitätsrisiko), und/oder
- » infolge wirtschaftlicher oder politischer Schwierigkeiten veranlasst ein Staat eine zeitweise Zahlungseinstellung, ein sog. Moratorium (Moratoriumsrisiko).

Im Geschäftsjahr 2020 haben sich in den Märkten des Nahen und Mittleren Ostens, in denen die DF-Gruppe schwerpunktmäßig tätig ist, die Länderrisiken weiter erhöht. Zur Erhöhung der Länderrisiken hat insbesondere das Festhalten an dem Ausstieg der USA aus dem Atomabkommen (JCPOA) mit dem Iran beigetragen. In Folge der US-Sanktionen hat sich die wirtschaftliche Lage des Irans weiter verschlechtert. Sollten sich die Außenhandelsbeschränkungen für den Iran weiter erhöhen, könnte sich dies kurz- bis mittelfristig negativ auf das Geschäft der DF-Gruppe auswirken. Wenn die DF-Gruppe wieder das Forfaitierungsgeschäft betrei-

ben sollte, übernimmt sie neben dem Länderrisiko auch das Bonitätsrisiko des Schuldners der angekauften Forderung (Adressenrisiko). Der Schuldner kann ausfallen, weil er insolvent wird oder aus sonstigen unternehmensspezifischen Gründen nicht zahlen kann. Das Adressenrisiko betrifft jedoch nicht nur den (Primär-) Schuldner einer Forderung, sondern auch den Forderungsverkäufer (wie im Falle des Factorings) oder etwaige Sicherungsgeber wie beispielsweise Banken oder Kreditversicherungen (Sekundärschuldner), bei denen die DF-Gruppe gegebenenfalls einzelne Geschäfte absichert.

Ein Adressrisiko kann auch bei einer Darlehensvergabe oder einer Vorfinanzierung eines Geschäftes entstehen. Dieses Risiko kann im laufenden Geschäftsjahr 2021 zur Absicherung der Geschäfte insbesondere im Hinblick auf die Geschäftspartner im Nahen und Mittleren Osten zunehmen.

Zum 31. Dezember 2020 hat die DF-Gruppe aus dem neuen Factoring-Geschäft Forderungen im eigenen Portfolio, deren Höhe gemäß der Risikokarte der DF-Gruppe (siehe hierzu unter 5. d. vii.) kein relevantes Risiko darstellt. Eventualverbindlichkeiten, z.B. aus Ankaufszusagen, bestehen zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2020 nicht.

Die Chancen und Risiken aus den derzeit noch bestehenden Überfälligkeiten bei den Vermögenswerten Gläubiger gehen gemäß Insolvenzplan auf die Insolvenzgläubiger über.

Die Vermögenswerte Gläubiger werden auch nach Beendigung der Tätigkeit der Treuhänderin entsprechend den Bedingungen des Insolvenzplans von der DF-Gruppe betreut und im eigenen Namen für Rechnung der Insolvenzgläubiger eingezogen. Aufgrund von Verschlinkungen der Arbeitsabläufe konnte die Bindung personeller Ressourcen im Bereich Finanzen & Controlling maßgeblich reduziert werden. Der Bereich Intensive Care & Restructuring hat von der Treuhänderin für zu initiiierende Rechtsverfolgungsmaßnahmen oder Restrukturierungslösungen eine einmalige Vorauszahlung zur Deckung der zu erwartenden Kosten bis Ende Geschäftsjahr 2022 erhalten.

iii. Risiken aus Verstößen gegen Compliance, Geldwäsche- und/oder Sanktionsbestimmungen

In der DF-Gruppe unterliegen die einzelnen Gesellschaften den jeweiligen nationalen Gesetzen, regulatorischen Vorschriften und Pflichten. Darüber hinaus ist die DF-Gruppe aufgrund ihres internationalen Geschäftsmodells in den Transaktionen vielen unterschiedlichen Rechtsordnungen ausgesetzt.

Die DF AG hat als börsennotierte Aktiengesellschaft zusätzlich besondere Kapitalmarktpflichten einzuhalten. Ein Verstoß gegen gesetzliche, aufsichtsrechtliche oder stimmrechtliche Vorschriften kann weitreichende Folgen haben und hohe Strafzahlungen oder auch den Entzug von Lizenzen oder die Schließung des Geschäftsbetriebs nach sich ziehen.

Seit Inkrafttreten der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) der EU im Mai 2018 können Verstöße gegen das Bundesdatenschutzgesetz bzw. die Nichtumsetzung der DSGVO stark erhöhte Bußgelder von bis zu 20 Mio. Euro oder 4 % des gesamten weltweit erzielten Jahresumsatzes (je nachdem, welcher Wert der höhere ist) nach sich ziehen. Zur Sicherstellung der Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben und der Umsetzung der DSGVO hat die DF AG ein Datenschutzprojekt implementiert. Seit Mitte 2020 überwacht der TÜV Süd, Bereich IT, in München als externer Datenschutzbeauftragter die Umsetzung des Projektes und die Einhaltung des Datenschutzes für die Gesellschaften in Deutschland. In Tschechien unterstützt Novalia Prag die Prager Gesellschaften der DF-Gruppe in Fragen des Datenschutzes.

Vor dem Hintergrund der bestehenden rechtlichen Vorschriften sind die DF AG und ihre Tochtergesellschaften (sofern sie selbst Forderungen an- und verkaufen sowie Dienstleistungen von dritten Parteien beziehen oder erbringen) verpflichtet, für ihre Kunden und Dienstleister transaktionsbezogen Geldwäscheprüfungen, darunter eine Kundenidentifikation, sowie Prüfungen im Hinblick auf Wirtschaftssanktionen (Economic Sanctions Compliance), durchzuführen. Diesem Risiko wird durch ein entsprechendes Compliance-System begegnet (vgl. hierzu Ausführungen unter 5. b. Risikomanagementsystem bezogen auf Compliance und Geldwäsche).

Verstöße gegen gesetzliche, aufsichtsrechtliche oder stimmrechtliche Vorschriften, insbesondere auch die aufgrund des Geschäftsmodells jeweils anwendbaren bzw. zu beachtenden gesetzlichen Regelungen zu Datenschutz, zur Geldwäscheprävention und Kundenidentifikation, Wirtschaftssanktionen oder gegen sonstige Gesetze zur Verhinderung von Wirtschaftskriminalität, können erhebliche negative Auswirkungen auf die operative Geschäftstätigkeit sowie die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der einzelnen Gesellschaften der DF-Gruppe und/oder die DF-Gruppe als Ganzes haben.

vi. Operative Risiken

Beim Administrative Service oder dem Inkasso werden durch die DF-Gruppe zum Teil große Summen transferiert. Eine Überweisung auf ein falsches Konto könnte zu einem größeren Schaden führen. Das Risiko ist durch ein mehrstufiges Autorisierungssystem für Zahlungen minimiert. Bei vorsätzlicher Fehlüberweisung müssten mehrere Mitarbeiter zusammenarbeiten.

Ein weiteres wesentliches operatives Risiko besteht darin, dass unautorisiert Geschäfte zum Nachteil der DF-Gruppe abgeschlossen werden. Dieses Risiko wird dadurch begrenzt, dass außer dem Vorstandsvorsitzenden sowie den zwei Geschäftsführern der tschechischen Tochtergesellschaften, kein Mitarbeiter der DF-Gruppe eine Alleinvertretungsberechtigung hat.

v. Dokumentäres Risiko

Die DF-Gruppe hat in der Vergangenheit Forderungen (regresslos) mit dem Ziel angekauft, diese in der Regel weiter zu veräußern bzw. auszuplatzen. Nur in Ausnahmefällen verblieben einzelne Forderungen bis zu ihrer vertraglichen Endfälligkeit in den Büchern der DF-Gruppe. Im Geschäftsjahr 2020 wurden keine Forderungen angekauft. Zukünftig ist eine Wiederaufnahme des Forderungsankaufs jedoch geplant. Im Rahmen ihres Handelsgeschäfts haftet die DF-Gruppe üblicherweise gegenüber dem Erwerber dafür, dass die Forderung besteht (Veritätshaftung), die Forderung die zugesicherten Eigenschaften aufweist, sie Inhaber der Forderung ist (Inhaberschaft) und die Forderung gegenüber dem Schuldner durchsetzbar ist, das heißt, keine Einreden und Einwendungen entgegenstehen.

vi. Refinanzierungsrisiko

Wenn die DF-Gruppe Forderungen ankauft, benötigt sie für ihre Handelstätigkeit und die damit verbundenen kurzfristigen Zeiträume der Zwischenfinanzierung der erworbenen und weiter zu verkaufenden Forderungen Refinanzierungsmöglichkeiten. Der Refinanzierungszeitraum entspricht dabei dem Zeitraum zwischen der Zahlung des Kaufpreises einer Forderung und dem Eingang des Verkaufspreises aus der Weiterplatzierung oder des Nennwerts bei Fälligkeit. Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2020 verfügt die DF AG über keine laufenden Kreditlinien bei Banken. Allerdings steht der DF-Gruppe neben der eigenen Liquidität ein Darlehen des Mehrheitsgesellschafters der DF Deutsche Forfait AG in Höhe von EUR 15 Mio. zur Verfügung. Solange die DF-Gruppe über keine eigenen Kreditlinien für eine Zwischenfinanzierung verfügt, sind für die signifikante Ausweitung des Geschäftsvolumens im Bereich Forfaitierung ausreichende Platzierungsmöglichkeiten für die angekauften Forderungen notwendig und die Zeiträume zwischen An- und Verkauf der Forderungen müssen so stark verkürzt werden, dass keine oder nur sehr kurzfristige Refinanzierung in Anspruch genommen werden muss. Die gleiche Restriktion im Hinblick auf die Refinanzierung wie beim Forderungsankauf gilt für den geplanten Einstieg in den Bereich Project Finance Activities. Auch der Erfolg dieses Geschäftsfelds hängt von einer ausreichenden Refinanzierung ab.

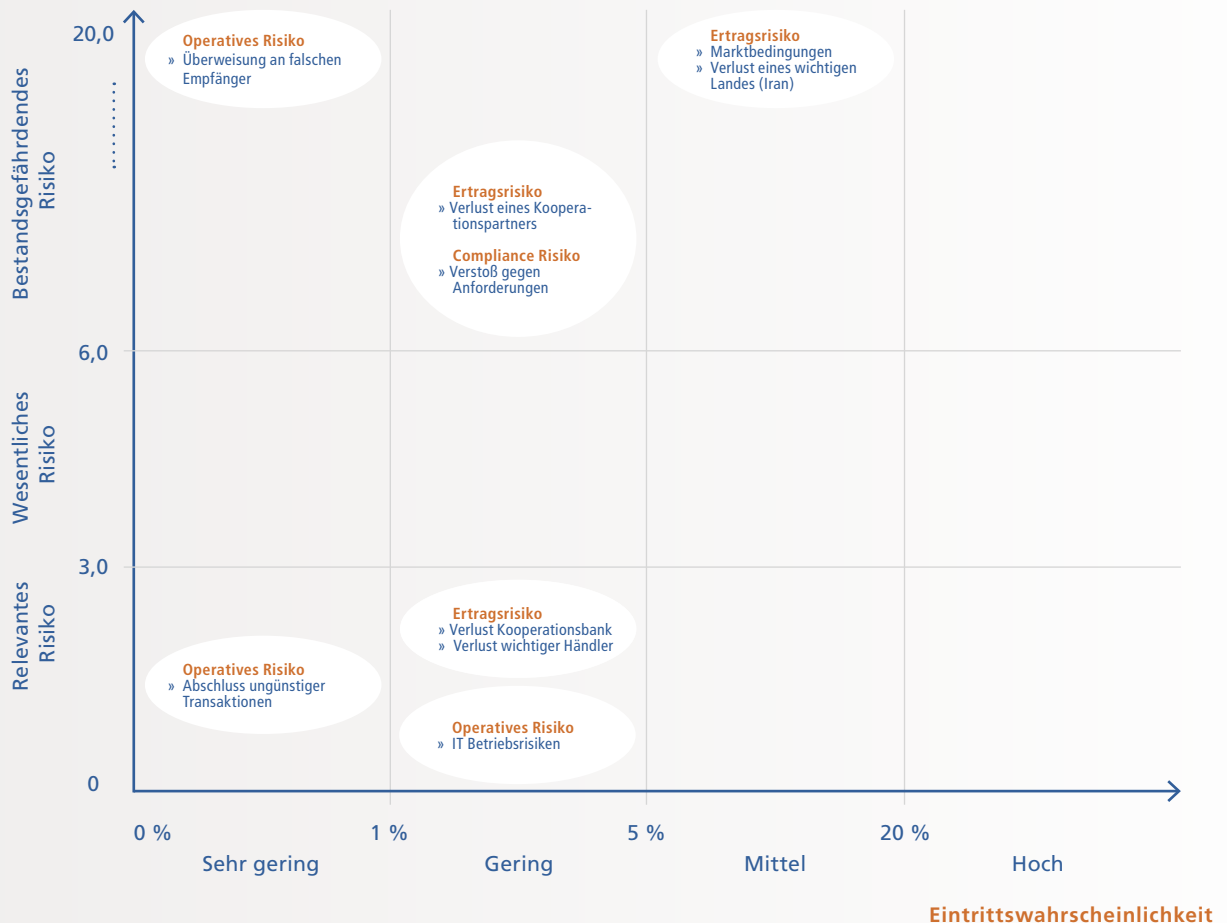
Ohne ausreichende Refinanzierungskapazitäten bzw. Platzierungsmöglichkeiten sind im Bereich Forfaitierung und Project Finance Activities die Wachstumsmöglichkeiten sehr begrenzt.

vii. Zusammenfassende Risikobeurteilung

Die Beurteilung einzelner operativer Risiken innerhalb der DF-Gruppe orientiert sich an zwei Kriterien. Das ist zum einen die potentielle Schadenshöhe und zum anderen die Eintrittswahrscheinlichkeit eines Risikos. Dabei wird die potentielle Schadenshöhe gewichtet mit ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit ins Verhältnis zum Eigenkapital der DF-Gruppe gesetzt, um die Konsequenzen eines potentiellen Schadens zu beurteilen. Auf diese Weise werden mögliche bestandsgefährdende Risiken identifiziert. Parallel wird die Eintrittswahrscheinlichkeit eines möglichen Schadens ermittelt/geschätzt. Ziele der Risikobeurteilung bzw. des Risiko-managements sind, durch geeignete Maßnahmen (i) die absolute Höhe des einzelnen möglichen bestandsgefährdenden Risikos betraglich zu begrenzen, (ii) die Eintrittswahrscheinlichkeit des einzelnen möglichen bestandsgefährdenden Risikos und des gleichzeitigen Eintretens mehrerer möglicher bestandsgefährdender Risiken und (iii) die Anzahl der möglichen bestandsgefährdenden Risiken insgesamt zu reduzieren.

Risikokarte DF Deutsche Forfait-Gruppe

Schadenspotential in Mio. EUR



Die Risiken selbst sind im Vergleich zum Vorjahr unverändert geblieben, jedoch die Einschätzung der Höhe hat sich wesentlich geändert. Die wesentlichen Risiken für die DF-Gruppe liegen weiterhin auf der Ertragsseite. Aufgrund der geographischen Spezialisierung der DF-Gruppe besteht eine hohe Abhängigkeit von der weiteren politischen und wirtschaftlichen Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten sowie der Zusammenarbeit mit ihren strategischen Partnern.

Durch die Spezialisierung und Alleinstellung im Markt ist die DF-Gruppe in der Lage, hohe Erträge zu erzielen. Gleichzeitig birgt die Spezialisierung des Geschäftsmodells der DF-Gruppe und die enge Zusammenarbeit mit sehr wenigen spezialisierten und eingespielten Partnern auch ein erhebliches Risiko. Sollte aufgrund einer weiteren politischen oder militärischen Eskalation oder anderer Ereignisse ein wichtiger Partner der DF-Gruppe ausfallen, kann dies zu einer Beeinträchtigung der Geschäftsentwicklung für die DF-Gruppe führen. Dies gilt insbesondere für die Zusammenarbeit mit der Saman Bank.

Neben den zuvor dargestellten Geschäftsrisiken trat mit der Corona-Pandemie noch ein weiterer außergewöhnlicher Risikofaktor hinzu. Die Corona-Pandemie beeinflusst auch weiterhin die Weltwirtschaft und damit auch den Welthandel sehr negativ. Da jedoch der humanitäre Bereich mit Nahrungsmitteln, Pharma und Healthcare auf den sich die DF-Gruppe konzentriert, im Vergleich zu anderen Bereichen deutlich weniger betroffen war und dies auch für das laufende Geschäftsjahr 2021 zu erwarten ist, geht die DF-Gruppe von einer vergleichbaren Risikosituation wie im Vorjahr aus. Ebenso besteht im laufenden Geschäftsjahr weiterhin die Gefahr, dass die Mittel für den Import von medizinischen Gütern und Nahrungsmitteln im Nahen und Mittleren Osten nur eingeschränkt zur Verfügung stehen, was sich ebenfalls in einer Verringerung des Geschäftsvolumens der DF-Gruppe auswirken kann.

6. PROGNOSEBERICHT

Die globale Wirtschaft wird maßgeblich durch die Folgen der Corona-Pandemie beeinflusst. Die Prognosen der Experten unterliegen dabei einer erheblichen Unsicherheit über Dauer und Verlauf der Pandemie.

Obwohl die jüngsten Impfstoffzulassungen die Aussicht auf eine positive Trendwende bei der Bekämpfung der Pandemie im Laufe dieses Jahres hervorgerufen haben, bremsen erneute Wellen sowie Mutationen des Corona-Virus die gesetzten Hoffnungen. Angesichts dieser Umstände wird die Weltwirtschaft gemäß aktuellen Schätzungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) im Jahr 2021 voraussichtlich um 5,5 % wachsen. Die Prognose für 2021 wurde gegenüber der vorherigen Erwartung um 0,3 Prozentpunkte angehoben, was die Erwartungen einer durch Impfstoffe angetriebenen Stärkung der Aktivitäten im Laufe des Jahres widerspiegelt.

Die prognostizierte Erholung des Wachstums in diesem Jahr folgt auf einen schweren Zusammenbruch der globalen Wirtschaft im Jahr 2020. Für den Euro-Raum wird für dieses Jahr ein Anstieg der Wirtschaftsleistung von 4,2 % erwartet, wobei für die deutsche Wirtschaft ein Wachstum von 3,5 % prognostiziert wird. Das Bruttoinlandsprodukt in den Schwellen- und Entwicklungsländern wird laut IWF im Vergleich zum vorangegangenen Jahr in 2021 sogar um 6,3 % wachsen.

Nach Einschätzung des IWF wird das Ausmaß der Erholung voraussichtlich von Land zu Land erheblich variieren, abhängig vom Zugang zur medizinischen Versorgung, der Wirksamkeit der politischen Unterstützung sowie der jeweils durchgesetzten Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie.

Analog zu der Erholung der globalen Wirtschaftsleistung wird auch ein Wachstum des globalen Handelsvolumens um 8,1 % prognostiziert. Hier wird vornehmlich ein Zuwachs des Warenhandels erwartet, wohingegen die Verbesserung des Handelsvolumens aus Dienstleistungen vor allem aufgrund der durch die Corona-Pandemie eingeschränkten Tourismusindustrie langsamer stattfinden soll.

In der aktuellen Einschätzung rechnen die IWF-Experten nach dem gravierenden Rückgang der Wirtschaftsleistung in den für die DF-Gruppe im Fokus stehenden Regionen Mittlerer Osten sowie Osteuropa mit einem Aufschwung von 3,0 % respektive 4,0 %; für Tschechien geht der IWF sogar von einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 5,1 % aus. Für den Iran, der von der Pandemie stark betroffen ist, wird nach der Rezession 2020 in Höhe von -5,0 % ein Wachstum der Wirtschaft um 3,2 % erwartet, sofern es zu keinen weiteren signifikanten Einbrüchen der Wirtschaft aufgrund der Corona-Pandemie kommt. Zwar wird seitens des IWF mit einem steigenden Ölpreis gerechnet, jedoch werden der Konflikt mit den USA und die damit verbundenen Sanktionen weiterhin einen großen Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung des Iran haben.

Da der Fokus der Geschäftstätigkeit der DF-Gruppe in der Zielregion Iran auf den Bereichen Nahrungsmittel, Pharma und Healthcare liegt, was essenziell für die Grundversorgung der Bevölkerung ist, rechnet das Unternehmen weiterhin mit einer beständig guten Nachfrage 2021. Es ist zu erwarten, dass die DF-Gruppe im laufenden Geschäftsjahr im Vergleich zum Vorjahr ein ähnlich hohes Geschäftsvolumen erzielt. Die bestehenden US-Sanktionen schränken zwar einerseits die Nutzung vorhandener Finanzmittel im Iran weiterhin ein und halten zudem die Transaktionskosten auf einem hohen Niveau, andererseits verbessern sich aktuell die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Iran und China und erstmals sind wieder Gespräche im Rahmen des JCPOA-Abkommens aufgenommen worden, was sich wiederum positiv auf die Entwicklung des Geschäftsvolumens der DF-Gruppe auswirken könnte.

Der Ausbau der geographischen Diversifikation wird auch in 2021 stetig vorangetrieben. Die Coronabedingten Reisebeschränkungen können allerdings zu Verzögerungen bei der Erschließung neuer Märkte führen. Dies betrifft auch den geplanten Einstieg in das Geschäftsfeld Project Finance Activities, denn die Investitionsbereitschaft und die Wirtschaftsaktivität ist durch die nach wie vor herrschende Unsicherheit an den Märkten zurückhaltend. Deshalb wird für das laufende Geschäftsjahr noch nicht mit einem wesentlichen Ergebnisbeitrag gerechnet. Jedoch wird die Produktdiversifizierung und -entwicklung in den tschechischen Tochtergesellschaften weiter vorangetrieben. Das Factoring-Geschäft, das über die tschechische Tochtergesellschaft abgewickelt wird, soll im Jahr 2021 deutlicher zu den Erlösen der DF-Gruppe beitragen.

Der Konzern geht im laufenden Geschäftsjahr von einem moderat wachsenden Gesamtvolumen im Vergleich zum Vorjahr aus. Auch Aufwendungen, unter anderem für die geografische Diversifizierung sowie die Erweiterung des Produktportfolios, werden in ähnlicher Höhe erwartet. Insgesamt wird von einem ebenfalls moderat verbesserten positiven Roh- und Konzernergebnis vor Steuern für das Geschäftsjahr 2021 ausgegangen. Diese Einschätzung setzt jedoch voraus, dass sich in den kommenden Monaten zunehmend stabile wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen entwickeln und sich insbesondere die Spannungen zwischen den USA und dem Iran nicht zunehmen, die wirtschaftliche Kooperation zwischen Iran und China positive Wirkungen entfaltet und sich die negativen weltwirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie reduzieren.

7. ERGÄNZENDE ANGABEN FÜR DIE DF DEUTSCHE FORFAIT AG

Der Jahresabschluss der DF Deutsche Forfait AG („DF AG“) ist nach den Vorschriften der §§ 264 ff. HGB sowie unter Beachtung des AktG aufgestellt worden. Die DF AG ist die Muttergesellschaft der DF-Gruppe. Die DF AG übernimmt neben der Holdingfunktion das Inkasso der im Insolvenzplan designierten Vermögensgegenstände. Sie ist über einen Gewinnabführungsvertrag und Konzernumlagen sowie Ausschüttungen von der Geschäftsentwicklung der DF-Gruppe abhängig, da sie kein eigenes operatives Geschäft betreibt. Die Geschäftsentwicklung der DF AG unterliegt somit den gleichen Risiken und Chancen wie die DF-Gruppe. Der Geschäftsausblick für die DF-Gruppe spiegelt aufgrund dieser Abhängigkeiten und Geschäftsbeziehungen innerhalb der DF-Gruppe auch die Erwartungen der DF AG wider. Die für die DF-Gruppe getroffenen Ausführungen gelten daher auch für die DF AG.

i. Ertragslage

In Mio. EUR (HGB)	01.01.-31.12.2020	01.01.-31.12.2019	Differenz
Umsatzerlöse	0,47	0,58	-0,11
Sonstiger betrieblicher Ertrag	0,85	1,51	-0,66
Aufwendungen für bezogene Leistungen	0,45	0,39	+0,06
Personalaufwand	1,14	1,04	+0,10
Sonstiger betrieblicher Aufwand	1,56	2,91	-1,35
Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,02	-0,02
Erträge aus Beteiligungen und Gewinnabführungsverträgen	5,72	2,87	+2,85
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,01	0,00	+0,01
Jahresüberschuss	3,84	0,63	+3,21

Die DF AG hat im Geschäftsjahr 2020 einen Jahresüberschuss in Höhe von EUR 3,84 Mio. (Vj. EUR 0,63 Mio.) erwirtschaftet. Dieser resultiert im Wesentlichen aus der Ergebnisabführung der 100%-igen Tochtergesellschaft DF GmbH in Höhe von EUR 5,72 Mio. Im Vorjahr erzielte die DF AG Beteiligungserträge in Höhe von EUR 2,87 Mio. Die Umsatzerlöse betrugen im Geschäftsjahr 2020 EUR 0,47 Mio. (Vj. EUR 0,58 Mio.). Diese beinhalten neben Provisionen für die Verwertung der designierten Vermögensgegenstände im Wesentlichen Leistungen gegenüber anderen Konzerngesellschaften. Die sonstigen betrieblichen Erträge betrugen insgesamt EUR 0,85 Mio. (Vj. EUR 1,51 Mio.) und setzten sich vor allem aus Kursgewinnen (EUR 0,37 Mio.), Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen (EUR 0,27 Mio.) sowie Weiterbelastungen von Rechtsverfolgungskosten an die Treuhänderin (EUR 0,20 Mio.) zusammen.

Die Aufwendungen haben sich wie folgt entwickelt. Die Aufwendungen für bezogene Leistungen liegen mit EUR 0,45 Mio. über dem Vorjahreswert von EUR 0,39 Mio. und betreffen die von anderen Konzerngesellschaften bezogenen Leistungen. Die Personalaufwendungen liegen mit EUR 1,14 Mio. auf Vorjahresniveau. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von EUR 1,56 Mio. sind aufgrund des Wegfalls der im Vorjahr berücksichtigten Sondereffekte um EUR 1,35 Mio. gesunken und beinhalten im Wesentlichen Verwaltungsaufwendungen wie Kosten für die Börsennotierung, Kosten für die Abschlussprüfung sowie Aufwendungen für Rechtsberatungen. Darüber hinaus sind Kursverluste in Höhe von EUR 0,44 Mio. enthalten.

ii. Vermögenslage

In Mio. EUR (HGB)	31.12.2020	31.12.2019	Differenz
Anlagevermögen	2,17	2,17	0,00
Umlaufvermögen	8,95	5,64	+3,31
<i>Davon: Gemäß Insolvenzplan designierte Vermögensgegenstände</i>	<i>0,30</i>	<i>0,49</i>	<i>-0,19</i>
<i>Davon: Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten</i>	<i>0,80</i>	<i>1,02</i>	<i>-0,22</i>
Summe Aktiva	11,22	7,92	+3,30
Eigenkapital	8,99	5,15	+3,84
Rückstellungen	1,97	2,11	-0,14
<i>Davon: Rückstellungen für Insolvenzverbindlichkeiten</i>	<i>1,00</i>	<i>1,42</i>	<i>-0,42</i>
Verbindlichkeiten	0,26	0,65	-0,39
Summe Passiva	11,22	7,92	+3,30

Die Vermögensgegenstände der DF AG betrugen zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2020 EUR 11,22 Mio. (Vj. EUR 7,92 Mio.). Der größte Anteil entfiel mit EUR 6,92 Mio. auf die Forderungen gegen verbundene Unternehmen, die im Wesentlichen aus dem Gewinnabführungsvertrag zwischen der DF AG und der DF GmbH resultieren. Die gemäß Insolvenzplan designierten Vermögensgegenstände betrugen EUR 0,30 Mio. nach EUR 0,49 Mio. zum Bilanzstichtag des Vorjahres. In diesem Posten sind alle zweckgebundenen Vermögensgegenstände zusammengefasst, die ausschließlich der Befriedigung der angemeldeten Insolvenzverbindlichkeiten dienen und im Wesentlichen die Forderungen des sogenannten Restrukturierungsportfolios beinhalten. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahreswert ist im Wesentlichen durch Ausschüttungen an die Treuhänderin und Wertberichtigungen begründet. Das Anlagevermögen blieb gegenüber dem Vorjahresbilanzstichtag mit EUR 2,17 Mio. nahezu unverändert.

Die liquiden Mittel betrugen zum Bilanzstichtag EUR 0,80 Mio. und haben sich gegenüber dem Vorjahreswert von EUR 1,02 Mio. reduziert.

iii. Finanzlage

Das Eigenkapital der DF AG belief sich zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2020 auf EUR 8,99 Mio. (31. Dezember 2019: EUR 5,15 Mio.). Die Eigenkapitalquote betrug somit 80,1 % (Vj. 65,1 %).

Die Verbindlichkeiten gegenüber den Insolvenzgläubigern sind in den Rückstellungen für Insolvenzverbindlichkeiten zusammengefasst und betrugen zum 31. Dezember 2020 insgesamt EUR 1,00 Mio. (Vj. EUR 1,42 Mio.). Der Grund für die Umgliederung der Verbindlichkeiten aus dem Insolvenzplan in die Rückstellungen für Insolvenzverbindlichkeiten liegt darin, dass im Insolvenzplan festgelegt ist, dass die Befriedigung der Ansprüche der Gläubiger ausschließlich aus der Verwertung der im Insolvenzplan designierten Vermögensgegenstände erfolgt. Aufgrund der Unsicherheiten im Hinblick auf den Wert der Vermögensgegenstände und den daraus resultierenden Rückflüssen haben die Gläubiger im Rahmen des Insolvenzplans verbindlich auf

den Teil ihrer Forderungen verzichtet, der nicht durch die Verwertung der Vermögensgegenstände gedeckt wird. Durch diesen unwiderruflichen Verzicht der Gläubiger stehen daher die Verpflichtungen der DF AG gegenüber den Insolvenzgläubigern zwar dem Grunde nach, nicht aber der Höhe nach fest und sind somit ungewisse Verbindlichkeiten. Die Verpflichtungen der DF AG aus dem Insolvenzplan gegenüber den Altgläubigern sind daher im Rahmen des Jahresabschlusses der DF AG nach HGB als Rückstellungen zu qualifizieren.

Das Ergebnis des Geschäftsjahres 2020 der DF AG hat die Erwartungen der Gesellschaft erfüllt, da der erwartete positive Beitrag zum Konzernergebnis erzielt wurde.

Für das Geschäftsjahr 2021 wird für die DF AG mit einem gegenüber dem Jahr 2020 etwas geringeren, aber dennoch positiven Jahresüberschuss gerechnet. Aufgrund der Abhängigkeiten von der Entwicklung der Tochtergesellschaften ist, wie auch im Konzern, Voraussetzung hierfür, dass sich aufgrund der aktuellen Corona-Krise die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in der geographischen Zielregion Naher und Mittlerer Osten und Osteuropa sowie die Zusammenarbeit mit den strategischen Partnern mit dem Schwerpunkt Iran nicht deutlich verschlechtern.

iv. Bericht des Vorstands über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen (Abhängigkeitsbericht)

Im Verhältnis zu unserem Mehrheitseigentümer gilt die DF Deutsche Forfait AG, Grünwald, als abhängiges Unternehmen i.S. von § 17 AktG.

Der gemäß § 312 AktG erstellte Bericht des Vorstands über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen im Geschäftsjahr 2020 enthält folgende Schlussfolgerung: „Wir erklären, dass die DF Deutsche Forfait AG bei allen im Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäften im Geschäftsjahr 2020 nach den Umständen, die uns in dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, jeweils eine angemessene Gegenleistung erhalten hat. Andere Maßnahmen wurden im Geschäftsjahr nicht getroffen oder unterlassen.“

Grünwald, 27. April 2021

Der Vorstand

KONZERNABSCHLUSS FÜR DEN ZEITRAUM VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2020

Konzernbilanz – Aktiva

Konzernbilanz – Passiva

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

Konzern-Gesamtergebnisrechnung

Konzern-Kapitalflussrechnung

Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung

Erläuterungen zum Konzernabschluss (Konzernanhang)

Aktiva (in EUR)	Anhang- nummer	31.12.2020	31.12.2019
Langfristige Vermögenswerte			
Immaterielle Vermögenswerte	(16)	60.017,31	82.178,01
Sachanlagen	(16)	358.753,49	375.025,08
Langfristige finanzielle Vermögenswerte	(17)	42.373,93	42.544,19
Latente Steuern	(15)	3.277.886,60	0,00
		3.739.031,33	499.747,28
Kurzfristige Vermögenswerte			
Vermögenswerte Gläubiger	(26)	172.502,08	996.148,34
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	(18)	744.657,77	741.671,57
Steuerforderungen	(15)	487.888,93	0,00
Andere kurzfristige Vermögenswerte	(19)	1.031.891,36	722.066,82
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	(20)	27.070.259,66	24.669.036,14
		29.507.199,80	27.128.922,87
Summe Aktiva		33.246.231,13	27.628.670,15

Passiva (in EUR)	Anhang- nummer	31.12.2020	31.12.2019
Eigenkapital	(21)		
Gezeichnetes Kapital		11.887.483,00	11.887.483,00
Kosten der Kapitalerhöhung		-623.481,04	-623.481,04
Gewinnrücklagen		4.302.761,58	-2.507.143,94
Ausgleichsposten aus der Währungsumrechnung		-182.743,35	-161.610,11
		15.384.020,19	8.595.247,91
Langfristige Schulden	(23)		
Darlehen		15.000.000,00	15.000.000,00
Leasing-Verpflichtungen		155.347,16	211.713,92
		15.155.347,16	15.211.713,92
Kurzfristige Schulden			
Verbindlichkeiten Gläubiger	(26)	172.502,08	996.148,34
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		0,00	56,12
Rückstellungen		0,00	350.000,00
Ertragsteuerverbindlichkeiten	(15)	1.075.586,00	1.041.133,28
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	(24)	313.065,98	342.692,53
Sonstige kurzfristige Schulden	(25)	1.145.709,72	1.091.678,05
		2.706.863,78	3.821.708,32
Summe Passiva		33.246.231,13	27.628.670,15

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung (in EUR)	Anhang- nummer	01.01.-31.12.2020	01.01.-31.12.2019
Transaktionsbezogene Erträge	(7)		
a) Forfaitierungserträge		444,14	31.004,07
b) Provisionserträge		8.166.547,67	12.049.571,75
c) Zinserträge aus Serviceleistungen		523.267,40	0,00
d) Kursgewinne		195.923,85	345.429,24
		8.886.183,06	12.426.005,06
Transaktionsbezogene Aufwendungen	(8)		
a) Forfaitierungsaufwendungen		69.558,54	430.252,45
b) Provisionsaufwendungen		216.663,36	570.365,44
c) Kursverluste		194.799,54	327.296,06
		481.021,44	1.327.913,95
Rohergebnis	(9)	8.405.161,62	11.098.091,11
Sonstige betriebliche Erträge	(10)	383.093,66	913.442,10
Personalaufwand	(11)		
a) Löhne und Gehälter		2.304.358,87	2.259.516,19
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung		329.422,12	311.868,53
		2.633.780,99	2.571.384,72
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	(12)	170.770,46	170.650,45
Sonstige betriebliche Aufwendungen	(13)	2.291.248,39	3.312.805,56
Zinserträge	(14)	0,00	24.865,28
Zinsaufwendungen	(14)	91.196,51	123.351,93
Ergebnis vor Ertragsteuern		3.601.258,93	5.858.205,83
Ertragsteuern	(15)		
a) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		69.240,01	1.084.558,30
b) Latente Steuern		-3.277.886,60	1.524.156,00
Konzernergebnis		6.809.905,52	3.249.491,53
Unverwässertes Ergebnis je Aktie		0,57	0,27
Verwässertes Ergebnis je Aktie		0,57	0,27

Konzern-Gesamtergebnisrechnung (in EUR)	Anhang Nummer	01.01.-31.12.2020	01.01.-31.12.2019
Konzernergebnis		6.809.905,52	3.249.491,53
Sonstiges Ergebnis			
Bestandteile, die zukünftig in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden können			
Währungsumrechnungsdifferenz ausländischer Tochtergesellschaften	(21)	-21.133,24	16.948,52
		-21.133,24	16.948,52
Konzern-Gesamtergebnis		6.788.772,28	3.266.440,05

Das Konzernergebnis sowie das Konzern-Gesamtergebnis sind vollumfänglich den Anteilseignern des Mutterunternehmens zuzurechnen.

Konzern-Kapitalflussrechnung (in EUR)		Anhang Nummer	01.01.-31.12.2020	01.01.-31.12.2019
	Konzerngewinn		6.809.905,52	3.249.491,53
+	Abschreibungen immaterieller Vermögenswerte und Sachanlagen		170.770,46	170.650,45
+	Ertragsteueraufwand		-3.208.646,59	2.608.714,30
+	Zinsaufwendungen		91.196,51	123.351,93
-	Zinserträge		0,00	-24.865,28
+/-	Ergebnis aus dem Abgang von langfristigen Vermögenswerten		190.319,68	0,00
+/-	Sonstige zahlungsunwirksame Vorgänge		779.748,35	-2.588.023,14
+/-	Veränderung Vermögenswerte Gläubiger		823.646,26	5.190.691,84
+/-	Veränderung Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		-2.986,20	-302.238,71
+/-	Veränderung sonstiger Vermögenswerte		-797.543,21	1.793.557,83
+/-	Veränderung der Verbindlichkeiten Gläubiger		-823.646,26	-5.190.691,84
+/-	Veränderung Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		-29.626,55	105.199,19
+/-	Veränderung übriger Schulden		-317.882,37	1.496.009,47
-	Gezahlte Ertragsteuern		-865.217,63	-45.030,74
=	Operativer Cash Flow		2.820.037,97	6.586.816,83
-	Gezahlte Zinsen		-74.825,27	-99.012,35
+	Erhaltene Zinsen		0,00	24.865,28
=	Cash Flow aus betrieblicher Tätigkeit		2.745.212,70	6.512.669,76
-	Auszahlungen für Investitionen in langfristige Vermögenswerte		-226.845,25	-320.274,43
=	Cash Flow aus Investitionstätigkeit		-226.845,25	-320.274,43
-	Tilgungsanteil Leasingverbindlichkeiten		-95.856,96	-93.858,08
+/-	Veränderung Finanzverbindlichkeiten		-56,12	-272,96
+	Darlehensaufnahme		0,00	15.000.000,00
=	Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit		-95.913,08	14.905.868,96
	Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelbestandes		2.422.454,37	21.098.264,29
+	Finanzmittel am Anfang der Periode		24.669.036,14	3.553.920,65
+/-	Effekte aus der Währungsumrechnung		-21.230,85	16.851,20
=	Finanzmittel am Ende der Periode		27.070.259,66	24.669.036,14
-	verpfändete Bankguthaben		-35.000,00	-35.000,00
=	frei verfügbare Finanzmittel am Ende der Periode	(33)	27.035.259,66	24.634.036,14

Konzern-Eigenkapital- Veränderungsrechnung 01.01.2020 bis 31.12.2020 (in EUR)	Anhang Nr.	Gezeichnetes Kapital	Zur Kapital- erhöhung bestimmtes Kapital	Kapital- rücklage	Kosten der Kapital- erhöhung	Gewinn- rücklagen	Ausgleichs- posten aus der Währungs- umrechnung ¹	Summe
Stand 1. Januar 2019		11.887.483,00	-	-	(623.481,04)	(5.756.635,47)	(178.558,63)	5.328.807,86
Konzern-Gesamtergebnis						3.249.491,53	16.948,52	3.266.440,05
Stand 31. Dezember 2019		11.887.483,00	-	-	(623.481,04)	(2.507.143,94)	(161.610,11)	8.595.247,91
Stand 1. Januar 2020		11.887.483,00	-	-	(623.481,04)	(2.507.143,94)	(161.610,11)	8.595.247,91
Konzern-Gesamtergebnis						6.809.905,52	(21.133,24)	6.788.772,28
Stand 31. Dezember 2020	(21)	11.887.483,00	-	-	(623.481,04)	4.302.761,58	(182.743,35)	15.384.020,19

¹ Other Comprehensive Income (OCI)

I. GRUNDSÄTZE

(1) Grundlagen

Die DF Deutsche Forfait AG (auch „DF AG“ oder „Gesellschaft“) ist Muttergesellschaft der DF-Gruppe (auch „DF Konzern“ oder „Konzern“) und hat die Rechtsform einer Aktiengesellschaft. Die Anschrift der Gesellschaft lautet Nördliche Münchner Straße 9c, 82031 Grünwald. Sie wird am Amtsgericht München (Deutschland) unter der Nummer HRB 228114 geführt.

Die DF-Gruppe hat sich auf Außenhandelsfinanzierungen und damit zusammenhängende Dienstleistungen für Exporteure, Importeure und andere Finanzunternehmen spezialisiert. Der Konzern ist somit als ein Ein-Segment-Unternehmen anzusehen. Eine Segmentierung im Sinne des IFRS 8 erfolgt daher nicht. Der geographische Schwerpunkt der DF-Gruppe liegt innerhalb dieses Marktsegments auf den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens sowie insbesondere dem Iran. Im Hinblick auf den Handel mit dem Iran beschränkt sich die DF-Gruppe aus geschäftspolitischen Gründen derzeit auf humanitäre Güter.

Der Konzernabschluss der DF AG zum 31. Dezember 2020 wurde nach den am Abschlusstichtag gültigen International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der EU anzuwenden sind, und den nach § 315e Abs. 1 HGB ergänzend zu beachtenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt.

Die Bezeichnung IFRS umfasst auch die noch gültigen International Accounting Standards (IASs). Alle für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2020 verbindlichen Interpretationen des IFRS Interpretations Committee (IFRS IC) wurden ebenfalls angewendet.

Die Konzernwährung lautet auf Euro. Alle Beträge werden in Tausend Euro (TEUR) angegeben, soweit nichts anderes vermerkt ist. Die angegebenen Werte werden kaufmännisch gerundet. Dies kann im Rahmen von Summierungen und Prozentangaben zu geringfügigen Rundungsdifferenzen führen.

Um die Klarheit der Darstellung zu verbessern, sind die im Insolvenzplan aus dem Jahr 2016 beschriebenen Forderungen und Verbindlichkeiten in den Posten Vermögenswerte Gläubiger und Verbindlichkeiten Gläubiger zusammengefasst. Diese Posten sind in der Konzernbilanz gesondert ausgewiesen und im Konzernanhang erläutert. Die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt. In der Gewinn- und Verlustrechnung werden Erträge und Aufwendungen nach Arten gruppiert und die Summe der Hauptertrags- und Hauptaufwandsarten angegeben, um den Besonderheiten einer Forfaitierungsgesellschaft Rechnung zu tragen.

Der Konzernabschluss wurde unter der Annahme der Unternehmensfortführung aufgestellt.

Vorstand und Aufsichtsrat der DF AG haben die gemäß § 161 AktG vorgeschriebene Erklärung zu den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ abgegeben. Die Erklärung ist den Aktionären auf der Homepage der Gesellschaft (www.dfag.de/investor-relations/corporate-governance) zugänglich gemacht worden.

Der vorliegende Konzernabschluss wurde am 27. April 2021 durch den Vorstand aufgestellt und zur Veröffentlichung freigegeben.

(2) Änderungen der Standards durch das IASB

Anwendung neuer Standards und Interpretationen im Geschäftsjahr 2020

Die nachfolgenden Standards und Standardergänzungen waren im abgelaufenen Geschäftsjahr erstmals verpflichtend anzuwenden. Diese hatten keinen wesentlichen Einfluss auf den vorliegenden Abschluss des DF Konzerns, können jedoch künftige Transaktionen oder Vereinbarungen beeinflussen.

Änderungen des „Conceptual Framework“

Am 29. März 2018 hat das IASB eine überarbeitete Fassung des Rahmenkonzepts veröffentlicht, das als einheitliche konzeptionelle Basis für die Entwicklung von Standards und Interpretationen dienen soll. Die Überarbeitung erstreckt sich insbesondere auf die Bewertung von Vermögenswerten und Schulden, Leitlinien für die Abbildung der Ertragslage und Anpassungen der Definitionen für Vermögenswert und Schuld. Die Anwendung der Änderungen ist für den DF Konzern nicht von wesentlicher Bedeutung.

Änderungen zu IFRS 3 „Business Combinations“

Am 22. Oktober 2018 wurde eine Änderung des IFRS 3 veröffentlicht, die die Definition des Geschäftsbetriebs betrifft. Das IASB stellt klar, dass ein Geschäftsbetrieb eine Gruppe von Tätigkeiten und Vermögenswerten umfasst, die mindestens einen Ressourceneinsatz (Input) und einen substanziellen Prozess beinhalten, die dann zusammen signifikant zur Fähigkeit beitragen, Leistungen (Output) zu produzieren. Im Hinblick auf die Leistungen wird nun auf die Erbringung von Waren und Dienstleistungen an Kunden abgestellt. Die Änderungen haben keine Auswirkung auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns.

Änderungen zu IAS 1 „Presentation of Financial Statements“ und IAS 8 „Accounting Policies, Changing in Accounting Estimates and Errors“

Das IASB hat am 31. Oktober 2018 Änderungen zu IAS 1 und IAS 8 veröffentlicht, mit denen eine einheitliche und genauer umrissene Definition der Wesentlichkeit geschaffen und durch begleitende Beispiele ergänzt wird. Aus der erstmaligen Anwendung ergeben sich keine Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns.

Änderungen zu IFRS 9, IAS 39 und IFRS 7 „Interest Rate Benchmark Reform“

Die Änderungen sehen Erleichterungen bezüglich der Hedge-Accounting-Vorschriften vor, die für von der Reform des Referenzzinssatzes betroffene Sicherungsbeziehungen gelten. Die Änderungen haben keine Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben.

Vorzeitige Anwendung von Rechnungslegungsstandards

Die DF-Gruppe hat keine IFRS vorzeitig angewendet, die bereits veröffentlicht und verabschiedet sowie von der EU anerkannt wurden, jedoch zum 31. Dezember 2020 noch nicht verpflichtend anzuwenden waren. Die Erstanwendung ist ab dem Geschäftsjahr beabsichtigt, in dem die jeweilige Anwendung verpflichtend wird.

Änderungen zu IFRS 16 „Leases“

Mit der in *Auf die Coronavirus-Pandemie bezogene Mietkonzessionen* enthaltenen Änderung wird IFRS 16 angepasst. Mit der Änderung wird den Leasingnehmern ein Wahlrecht eingeräumt, das eine vereinfachte Bilanzierung von Zugeständnissen im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie, wie beispielsweise einer Stundung von Mietraten oder Mietpreisminderungen, einräumt. Die DF-Gruppe macht keinen Gebrauch von den Erleichterungen.

Am 31. März 2021 hat das IASB eine Änderung an IFRS 16 herausgegeben und damit den Anwendungszeitraum der zuvor genannten Änderung um ein Jahr verlängert.

Veröffentlichte, aber noch nicht angewendete Standards, Interpretationen und Änderungen

Die DF-Gruppe wird die überarbeiteten bzw. neu erlassenen Standards und Interpretationen - sofern bis dahin in das Recht der Europäischen Union übernommen - ab dem jeweils gültigen Zeitpunkt anwenden.

Änderungen zu IFRS 9, IAS 39 und IFRS 7 „Interest Rate Benchmark Reform - Phase 2“

Am 27. August 2020 veröffentlichte das IASB Änderungen an IFRS 9 „Financial Instruments“, IAS 39 „Financial Instruments: Recognition and Measurement“, IFRS 7 „Financial Instruments: Disclosures“, IFRS 4 „Insurance Contracts“ und IFRS 16 „Leases“: Die Änderungen betreffen Fragestellungen der Finanzberichterstattung, sofern bei Finanzinstrumenten (Leasingverträge, Sicherungsbeziehungen und andere) bestehende Referenzzinssätze durch alternative risikofreie Referenzzinssätze abgelöst werden. Die Änderungen treten für Berichtsperioden in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2021 beginnen. Der Konzern erwartet keine wesentlichen Auswirkungen aus diesen Änderungen.

Änderungen zu IAS 16 „Property, Plant and Equipment“

Bezüglich der Einnahmen vor der beabsichtigten Nutzung wird der Standard dahingehend geändert, dass verboten wird, von den Kosten einer Sachanlage die Einnahmen abzuziehen, die aus der Veräußerung von Artikeln entstehen, die produziert werden, während die Sachanlage an den Ort und in den Zustand gebracht wird, die notwendig sind, um sie in der von der Unternehmensführung beabsichtigten Weise zu nutzen. Stattdessen erfasst ein Unternehmen die Einnahmen aus derartigen Veräußerungen und die Kosten für die Produktion dieser Artikel im Betriebsergebnis. Die Änderungen sind für die DF-Gruppe nicht einschlägig und treten für Berichtsperioden in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2022 beginnen.

Änderungen zu IFRS 3 „Business Combinations“

Mit Verweis auf das Rahmenkonzept wird eine Aktualisierung von IFRS 3 umgesetzt, sodass sich der Standard auf das Rahmenkonzept 2018 und nicht mehr auf das Rahmenkonzept 1989 bezieht. IFRS 3 wird um die Vorschrift ergänzt, dass ein Erwerber bei Geschäftsvorfällen und anderen Ereignissen im Anwendungsbereich von IAS 37 oder IFRIC 21 eben IAS 37 oder IFRIC 21 statt des Rahmenkonzepts anzuwenden hat, um die Schulden zu identifizieren, die er bei einem Unternehmenszusammenschluss übernommen hat. Eine weitere Ergänzung betrifft die ausdrückliche Aussage, dass ein Erwerber Eventualforderungen, die bei einem Unternehmenszusammenschluss erworben wurden, nicht ansetzt. Die Änderungen treten für Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2022 beginnen. Die DF-Gruppe erwartet keine Auswirkungen auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

Änderungen zu IAS 37 „Provisions, Contingent Liabilities and Contingent Assets“

In den Änderungen geht es insbesondere um Kosten, die ein Unternehmen als Kosten für die Erfüllung eines Vertrages mit aufnehmen sollte, wenn es beurteilt, ob ein Vertrag belastend ist. Mit den Änderungen wird festgelegt, dass die „Kosten der Vertragserfüllung“ sich aus den Kosten, die sich direkt auf den Vertrag beziehen, zusammensetzen. Bei den Kosten, die sich direkt auf einen Vertrag beziehen, kann es sich entweder um zusätzliche Kosten für die Erfüllung dieses Vertrages handeln (Beispiele wären direkte Arbeitskosten, Materialien) oder um eine Zuweisung anderer Kosten, die sich direkt auf die Erfüllung von Verträgen beziehen (ein Beispiel wäre die Zuweisung der Abschreibungskosten für einen Posten des Sachanlagevermögens, der bei der Erfüllung des Vertrages verwendet wird). Der Konzern erwartet keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss. Die Änderungen sind für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2022 beginnen.

Erstanwendung IFRS 17 „Insurance Contracts“

Der im Mai 2017 veröffentlichte IFRS 17 wird IFRS 4 ersetzen. In den Anwendungsbereich fallen Versicherungs- und Rückversicherungsverträge sowie Kapitalanlageverträge mit ermessensabhängiger Überschussbeteiligung. IFRS 17 ist verpflichtend für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2023 beginnen, anzuwenden. Die Übernahme in europäisches Recht steht noch aus. Auswirkungen auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage werden noch geprüft.

Annual Improvements to IFRSs Cycle 2018 - 2020

Das IASB hat jährliche Verbesserungen an den IFRS 2018 - 2020 am 14. Mai 2020 herausgegeben und folgende Standards geändert:

- » Einem Tochterunternehmen als Erstanwender, das IFRS 1 D 16a anwendet, wird gestattet, kumulierte Umrechnungsdifferenzen mit den von seinem Mutterunternehmen ausgewiesenen Beträgen zu bewerten.
- » Eine Änderung zu IFRS 9 stellt klar, welche Gebühren ein Unternehmen einbezieht, wenn es den 10 %-Test in Textziffer B3.3.6 bei der Beurteilung, ob eine finanzielle Verbindlichkeit ausgebucht werden soll, anwendet.

- » Aus dem Beispiel 13 zu IFRS 16 wird die Darstellung der Erstattung von Mietereinbauten durch den Leasinggeber entfernt, um jede potenzielle Verwirrung in Bezug auf die Behandlung von Leasinganreizen zu beseitigen, die sich aus der Darstellung von Leasinganreizen in diesem Beispiel ergeben könnte.
- » Die Vorschrift in Textziffer 22 von IAS 41 wird beseitigt, wonach Unternehmen steuerliche Cashflows bei der Bemessung des beizulegenden Zeitwerts eines biologischen Vermögenswertes unter Verwendung der Barwertmethode ausschließen. Die Änderung stellt die Übereinstimmung mit den Vorschriften in IFRS 13 sicher.

Die Änderungen an IFRS 1, IFRS 9 und IAS 41 treten für Berichtsperioden in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2022 beginnen. Der Konzern erwartet hieraus keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Änderungen zu IFRS 4 „Insurance Contracts“

In den Erörterungen bezüglich des Projekts zu möglichen Änderungen von IFRS 17 nach Ende der Kommentierungsfrist hat das Board seine Vorschläge verfeinert und zusätzliche Rückmeldungen der Anwender aufgenommen und endgültige, eng umrissene Änderungen herausgegeben:

- » Verschiebung des Zeitpunkts des Inkrafttretens von IFRS 17 um zwei Jahre auf Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2023 beginnen, und Änderung des festen Auslaufdatums für die befristete Befreiung von der Anwendung von IFRS 9 Finanzinstrumente in IFRS 4 Versicherungsverträge, so dass Unternehmen verpflichtet wären, IFRS 9 für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2023 beginnen, anzuwenden.
- » Zusätzliche Ausnahme vom Anwendungsbereich für Kreditkartenverträge und ähnliche Verträge, die Versicherungsschutz bieten, sowie zusätzliche optionale Ausnahme vom Anwendungsbereich für Darlehensverträge, die ein erhebliches Versicherungsrisiko übertragen.
- » Ansatz von Cashflows aus der Versicherungsakquise im Zusammenhang mit erwarteten Vertragsverlängerungen einschließlich Übergangsbestimmungen.
- » Klarstellung der Anwendung von IFRS 17 in Zwischenabschlüssen und Gewährung einer Wahl der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden auf der Ebene der Berichtseinheit sowie Klarstellung der Zuweisung der vertraglichen Dienstleistungsmarge in Bezug auf Investmentrenditeleistungen und investmentbezogene Dienstleistungen.
- » Änderungen, wonach ein Unternehmen, das beim erstmaligen Ansatz Verluste aus belastenden Versicherungsverträgen erfasst, auch einen Gewinn aus gehaltenen Rückversicherungsverträgen erfassen muss.
- » Vereinfachter Ausweis von Versicherungsverträgen in der Darstellung der finanziellen Lage sowie Übergangserleichterungen.

Die Änderungen treten für Berichtsperioden in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2023 beginnen und sind nicht einschlägig für den DF Konzern.

Änderungen zu IAS 1 „Presentation of Financial Statements“

Die Änderungen bei der Klassifizierung von Schulden als kurz- oder langfristig betreffen nur den Ausweis von Schulden in der Darstellung der finanziellen Lage - nicht den Betrag oder den Zeitpunkt der Erfassung von Vermögenswerten, Schulden, Erträgen oder Aufwendungen oder die Angaben, die Unternehmen zu diesen Posten leisten. Sie stellen klar, dass die Klassifizierung von Schulden als kurz- oder langfristig auf den Rechten basieren muss, die zum Bilanzstichtag vorliegen, und gleichen in allen betroffenen Textziffern die sprachlichen Formulierungen an, sodass auf das „Recht“ Bezug genommen wird, die Erfüllung einer Verpflichtung um mindestens zwölf Monate aufzuschieben, und explizit darauf verwiesen wird, dass nur Rechte, die „zum Ende der Berichtsperiode“ bestehen, Auswirkungen auf die Klassifizierung einer Schuld haben.

Die Klassifizierung hängt nicht von den Erwartungen in Bezug darauf ab, ob ein Unternehmen von seinem Recht Gebrauch macht, die Erfüllung einer Verpflichtung aufzuschieben. Die Erfüllung bezieht sich auf die Übertragung von Barmitteln, Eigenkapitaltiteln oder sonstigen Vermögenswerten oder Leistungen an die Gegenpartei. Der Konzern erwartet aus der erstmaligen Anwendung keine wesentlichen Auswirkungen auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage. Die Änderungen sind für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2023 beginnen, anzuwenden, wobei die Übernahme in EU-Recht noch aussteht.

Am 12. Februar hat das IASB erneut IAS 1 unter dem Titel *Disclosure of Accounting Policies* geändert. Jedes Unternehmen hat im Konzernanhang die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, die Relevanz für ein Verständnis des Abschlusses und der zugrundeliegenden Transaktionen besitzen und die nicht grundsätzlich wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden anzugeben. Die Änderungen sind für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2023 beginnen, anzuwenden. Auswirkungen auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns werden noch geprüft.

Änderungen zu IAS 8 „Accounting Policies, Changes in Accounting Estimates and Errors“

Im Februar 2021 hat das IASB Änderungen an IAS 8 verabschiedet, die klarstellen sollen, wann Änderungen von Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und wann Schätzungsänderungen vorliegen. Da erstere grundsätzlich rückwirkend und letztere nur prospektiv zu berücksichtigen sind, ist diese Differenzierung generell relevant. Die Änderungen sind für Berichtsperioden anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2023 beginnen.

(3) Konsolidierungskreis, Abschlussstichtag

Der Konsolidierungskreis der DF AG ist im Folgenden dargestellt. Die DF GmbH wurde erstmals in den Konzernabschluss zum 1. Juli 2016 einbezogen. Die Deutsche Kapital Ltd., Dubai / VAE („DKL“), befindet sich in Liquidation und wurde zum 31. Dezember 2018 entkonsolidiert. Darüber hinaus ist die DF Deutsche Forfait Middle East s.r.o. („DF ME“), Prag / Tschechische Republik, 100%ige Tochter der DF AG und wurde erstmals in den Konzernzwischenabschluss zum 30. Juni 2018 einbezogen. Der Abschlussstichtag für die Muttergesellschaft und für die Tochtergesellschaften ist einheitlich der 31. Dezember. Der Anteil am jeweiligen Eigenkapital hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

Konsolidierungskreis	Anteil am Eigenkapital	Konsolidierung
DF Deutsche Forfait AG, Grünwald (Muttergesellschaft)	–	Vollkonsolidierung
DF Deutsche Forfait GmbH, Köln	100 %	Vollkonsolidierung
DF Deutsche Forfait s.r.o., Prag / Tschechische Republik	100 %	Vollkonsolidierung
DF Deutsche Forfait Middle East s.r.o., Prag / Tschechische Republik	100 %	Vollkonsolidierung

Die nicht konsolidierte DKL ist für den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2020 wie in der Vorperiode unwesentlich und beeinflusst das den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, das der Konzernabschluss vermittelt, nicht.

(4) Konsolidierungsmethoden

Grundlage für den Konzernabschluss sind die entsprechend IFRS 10 „Konzernabschlüsse“ nach einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen zum 31. Dezember 2020 aufgestellten Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen.

Bei den konsolidierten Tochterunternehmen handelt es sich um Neugründungen. Daher ergeben sich aus der Kapitalkonsolidierung keine Unterschiedsbeträge.

Forderungen, Verbindlichkeiten, Rückstellungen, Erträge und Aufwendungen sowie Ergebnisse zwischen den konsolidierten Unternehmen („Zwischengewinne“) werden im Rahmen der Konsolidierung eliminiert.

(5) Währungsumrechnung

Der Konzernabschluss wird in Euro, der funktionalen und Berichtswährung des Mutterunternehmens gemäß IAS 21 „Auswirkungen von Wechselkursänderungen“, dargestellt.

Da die Tochterunternehmen ihre Geschäfte in finanzieller, wirtschaftlicher und organisatorischer Hinsicht selbständig betreiben, ist die funktionale Währung grundsätzlich identisch mit der jeweiligen Landeswährung des Tochterunternehmens. Im Konzernabschluss werden daher die Aufwendungen und Erträge aus Abschlüssen von Tochterunternehmen, die in fremder Währung aufgestellt sind, zum Jahresdurchschnittskurs, Vermögenswerte und Schulden zum Stichtagskurs in Euro umgerechnet.

Der sich aus der Umrechnung des Eigenkapitals ergebende Währungsunterschied wird innerhalb des Eigenkapitals als Ausgleichsposten aus der Währungsumrechnung ausgewiesen. Die Umrechnungsdifferenzen, die aus abweichenden Umrechnungskursen zwischen der Bilanz und der Gesamtergebnisrechnung resultieren, werden im sonstigen Ergebnis erfasst.

Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten werden bei Zugang zum Anschaffungskurs bewertet. Zum Bilanzstichtag eingetretene Kursgewinne und -verluste werden in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt.

Die für die Währungsumrechnung in Euro zugrunde gelegten Wechselkurse entsprechen den von der Europäischen Zentralbank veröffentlichten Euro-Referenzkursen und stellen sich wie folgt dar:

	Stichtagskurs		Durchschnittskurs	
	31.12.2020	31.12.2019	01.01. - 31.12.2020	01.01. - 31.12.2019
Tschechische Kronen	26,2420	25,4080	26,4550	25,6700

(6) Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die DF-Gruppe ist als Dienstleister im Bereich der Außenhandelsfinanzierung unmittelbar durch geltende Reisebeschränkungen und eine zurückhaltende Investitionsbereitschaft von den globalen Auswirkungen der Corona-Pandemie betroffen. Die für die DF-Gruppe wesentlichen finanziellen Leistungsindikatoren Geschäftsvolumen, Rohergebnis sowie das Konzernergebnis vor Steuern haben im Geschäftsjahr 2020 vor dem Hintergrund der aufgekommenen Corona-Pandemie und der Zurückhaltung der Marktteilnehmer deutliche, aber nicht unerwartete, Rückgänge zu verzeichnen. Jedoch hat sich insbesondere der ertragsstarke Marketing Service als stabiles Element der vom Konzern angebotenen Leistungen erwiesen.

Da jedoch der humanitäre Bereich mit Nahrungsmitteln, Pharma und Healthcare auf den sich die DF-Gruppe konzentriert, im Vergleich zu anderen Bereichen deutlich weniger betroffen war und dies auch für das laufende Geschäftsjahr 2021 zu erwarten ist, geht die DF-Gruppe von einer vergleichbaren Risikosituation wie im Vorjahr aus.

a) Die Umsatzerlöse betreffen **transaktionsbezogene Erträge**, die sich aus den folgenden Unterpositionen zusammensetzen: Forfaitierungs- und Provisionserträge, Zinserträge aus Serviceleistungen sowie Kursgewinne. Die Forfaitierungserträge enthalten auch die positiven Effekte aus der Bewertung der Forderungen, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bzw. at Fair Value through Profit and Loss (FVtPL) bewertet werden. Forfaitierungs- und Provisionserträge werden ab dem Zeitpunkt des Eigentumsübergangs bzw. der rechtlich bindenden Ankauftsusage der Forderungen realisiert. Soweit es sich um zeitraumbezogene Erlöse handelt, werden diese periodengerecht vereinnahmt. Forfaitierungstypische Risiken, die in Vorperioden als Wertberichtigung auf als Loans and Receivables klassifizierte Forderungen oder als Verpflichtungen für Forfaitierungs- und Ankauftsusagen berücksichtigt worden sind, werden in dem Geschäftsjahr

ertragswirksam, in dem die Risiken nicht mehr bestehen. Die Provisionserträge beinhalten Erträge aus Service- und Beratungsleistungen im Zusammenhang mit der Abwicklung des Zahlungsverkehrs und bemessen sich nach einem vereinbarten Prozentsatz des zugrundeliegenden Volumens; sie werden erfasst, wenn die Leistungsverpflichtung vollständig erfüllt ist.

- b) Unter den **transaktionsbezogenen Aufwendungen** werden die Aufwendungen ausgewiesen, die in direktem Zusammenhang mit den transaktionsbezogenen Erträgen verursacht werden und den Geschäften einzeln zugeordnet werden können. Aufwendungen werden periodengerecht abgegrenzt. Die Forfaitierungsaufwendungen enthalten auch die negativen Effekte aus der Fair Value-Bewertung der Forderungen aus dem Forfaitierungsgeschäft (FVtPL).
- c) Die **sonstigen betrieblichen Erträge** beinhalten im Wesentlichen Erträge aus der Fair Value-Anpassung der Verbindlichkeiten Insolvenzgläubiger (vgl. Abschnitt 6 lit. p), Erträge im Zusammenhang mit der Weiterbelastung von Aufwendungen, pauschale Serviceentgelte für die Verwertung der Vermögenswerte Gläubiger, Erträge aus abgeschriebenen Forderungen sowie aus der Auflösung von Rückstellungen und sonstigen Schulden.
- d) **Personalaufwand, Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen** und **Sonstige betriebliche Aufwendungen** werden mit Inanspruchnahme der Leistung bzw. zum Zeitpunkt ihrer Verursachung als Aufwand erfasst.
- e) Die **Zinserträge** umfassen Darlehens- und Bankzinsen sowie Verzugszinsen. Sämtliche Fremdkapitalzinsen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung unter den **Zinsaufwendungen** ausgewiesen. Darin sind auch Negativzinsen für unterhaltene Bankguthaben sowie Zinsaufwendungen für Leasingverbindlichkeiten enthalten.
- f) Die **immateriellen Vermögenswerte** beinhalten Software, Lizenzen und Rechte an Internet-Domain-Namen. Software wird als entgeltlich erworbener immaterieller Vermögenswert zu Anschaffungskosten angesetzt und planmäßig über die geschätzte Nutzungsdauer von drei Jahren linear abgeschrieben. Die Abschreibungen sind in der Position „Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen“ der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten. Domain-Namen sind als nicht abnutzbare Vermögenswerte aktiviert. Aufgrund der unwesentlichen Bedeutung für den Konzernabschluss wurde auf die Durchführung eines Impairmenttests bei den nicht abnutzbaren Vermögenswerten verzichtet.
- g) Das **Sachanlagevermögen** wird zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bewertet. Die Sachanlagen beinhalten auch Nutzungsrechte an Gebäuden, die - wie unter Abschnitt 16 erläutert - nach IFRS 16.23-25, bewertet wurden. Die Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen werden entsprechend der voraussichtlichen betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer nach der linearen Methode ermittelt.

Den planmäßigen Abschreibungen liegen konzerneinheitlich folgende Nutzungsdauern zugrunde:

Nutzungsdauern	01.01.-31.12.2020	01.01.-31.12.2019
	<i>Jahre</i>	<i>Jahre</i>
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		
- Gebäude-Nutzungsrechte, EDV-Hardware	3-6	3-6
- PKW	4-6	4-6
- Betriebsausstattung	3-8	3-8
- Mietereinbauten	5-7	5-7
- Büroeinrichtung	10-23	10-23

h) **Finanzielle Vermögenswerte** werden gemäß ihrer Zugehörigkeit zur jeweiligen Kategorie des IFRS 9 bilanziert und zum Erfüllungstag angesetzt bzw. ausgebucht. Gewinne und Verluste werden als Differenz zwischen Buchwert und Entgelt zum Zeitpunkt der Ausbuchung ermittelt. Der Konzern klassifiziert die finanziellen Vermögenswerte in die Kategorien finanzielle Vermögenswerte, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert, erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert und zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden. Aktuell werden keine Vermögenswerte bilanziert, die erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertet wurden.

Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte umfassen die zu Handelszwecken gehaltenen finanziellen Vermögenswerte. Dieser Bewertungskategorie werden die in den Vermögenswerten Gläubiger enthaltenen Forderungen des Restrukturierungsportfolios und des Handelsportfolios zugeordnet. Diese wurden ursprünglich mit Handelsabsicht zur kurzfristigen Weiterveräußerung erworben. Änderungen des beizulegenden Zeitwerts finanzieller Vermögenswerte dieser Kategorie werden zum Zeitpunkt der Wertsteigerung bzw. Wertminderung erfolgswirksam erfasst. Zurechenbare Transaktionskosten werden im Gewinn oder Verlust erfasst.

Das Restrukturierungsportfolio besteht aus überfälligen und rechtshängigen Forderungen gegen diverse Schuldner. Der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts liegt, unter Berücksichtigung unternehmensinterner und externer juristischer Beurteilungen, die Einschätzung der jeweiligen Erfolgsaussichten der gerichtlichen Durchsetzung der rechtshängigen Forderungen zugrunde.

Das Handelsportfolio besteht aus Forderungen des laufenden Geschäfts bis zum Zeitpunkt der Eröffnung des Insolvenzverfahrens. Aufgrund der aus aktueller Sicht geringen Erfolgsaussichten für die Beitreibung der Forderungen beträgt der beizulegende Zeitwert zum 31. Dezember 2020 TEUR 1 (Vorjahr TEUR 30).

Der Konzern bucht einen finanziellen Vermögenswert aus, wenn die vertraglichen Rechte hinsichtlich der Cash Flows auslaufen oder er die Rechte zum Erhalt der Cash Flows in einer Transaktion überträgt, mit der auch alle wesentlichen mit dem Eigentum an diesem finanziellen Vermögenswert verbundenen Chancen und Risiken übertragen werden (IFRS 9.3.2.3, 3.2.6).

Nach IFRS 9 „Finanzinstrumente“ wird regelmäßig ermittelt, ob objektive substanzielle Hinweise darauf schließen lassen, dass eine Wertminderung eines finanziellen Vermögenswertes oder eines Portfolios von Vermögenswerten stattgefunden hat. Nach Durchführung eines Wertminderungstests wird eine erforderliche Wertminderung für erwartete Kreditverluste im Ergebnis erfasst.

Ein finanzieller Vermögenswert, der nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert eingestuft ist, einschließlich eines Anteils an einem Unternehmen, wird an jedem Bilanzstichtag überprüft, um festzustellen, ob eine Wertminderung eingetreten ist (IFRS 9.5.5). Bei einem finanziellen Vermögenswert liegt eine Wertminderung vor, wenn infolge eines oder mehrerer Ereignisse, die nach dem erstmaligen Ansatz eines Vermögenswerts eingetreten sind, ein objektiver Hinweis auf eine Wertminderung vorliegt.

Objektive Hinweise darauf, dass bei finanziellen Vermögenswerten Wertminderungen eingetreten sind, können folgende sein:

- » Der Ausfall oder Verzug eines Schuldners
- » Hinweise, dass ein Schuldner in ein Insolvenz- oder anderes Sanierungsverfahren geht
- » Nachteilige Veränderungen beim Zahlungsstand von Kreditnehmern oder Emittenten
- » Verringerung der erwarteten künftigen Cash Flows aufgrund negativer wirtschaftlicher Rahmenbedingungen, die mit Ausfällen korrelieren

Darüber hinaus ist bei einem Eigenkapitalinstrument ein signifikanter oder länger anhaltender Rückgang des beizulegenden Zeitwerts unter dessen Anschaffungskosten ein objektiver Hinweis auf eine Wertminderung. Der Konzern hält einen Rückgang um 20 % für signifikant und einen Zeitraum von sechs Monaten für länger anhaltend.

Der Konzern berücksichtigt Hinweise auf Wertminderungen von finanziellen Vermögenswerten, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, sowohl auf Ebene des einzelnen Vermögenswerts als auch auf kollektiver Ebene. Alle Vermögenswerte, die für sich genommen bedeutsam sind, werden auf spezifische Wertminderungen beurteilt. Diejenigen, die keiner spezifischen Wertminderung unterliegen, werden kollektiv auf das Vorliegen von bereits eingetretenen, aber noch zu identifizierenden Wertminderungen untersucht. Vermögenswerte, die für sich genommen nicht einzeln bedeutsam sind, werden kollektiv auf Wertminderungen beurteilt. Bei der Beurteilung kollektiver Wertminderungen verwendet der Konzern historische Trends der Ausfallwahrscheinlichkeiten, den zeitlichen Anfall von Zahlungen und die Höhe der eingetretenen Verluste.

Eine Wertminderung eines finanziellen Vermögenswerts, der in der Folge nach der Effektivzinsmethode bilanziert wird, wird als Differenz zwischen seinem Buchwert und dem Barwert der geschätzten künftigen Cash Flows berechnet, abgezinst mit dem ursprünglichen Effektivzinssatz des Vermögenswerts.

- i) Bei den **anderen kurzfristigen Vermögenswerten** handelt es sich um Kredite und Forderungen, die in der Folge zu fortgeführten Anschaffungskosten auf Grundlage der Effektivzinsmethode bilanziert werden.
- j) Die **Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente** werden zum Nennbetrag bilanziert. Der Posten umfasst Kassenbestände und Guthaben bei Kreditinstituten mit einer Fälligkeit bis zu drei Monaten.
- k) Aktive und passive **latente Steuern** werden entsprechend IAS 12 „Ertragsteuern“ nach der bilanzorientierten Verbindlichkeitsmethode für sämtliche temporäre Differenzen zwischen den steuerlichen und den IFRS-Wertansätzen ermittelt. Als Basis dienen die Steuersätze, die nach der derzeitigen Rechtslage in den einzelnen Ländern zum Realisationszeitpunkt gelten bzw. erwartet werden.

Latente Steueransprüche aus ungenutzten steuerlichen Verlustvorträgen und abzugsfähigen temporären Differenzen werden nur in dem Maße bilanziert als es wahrscheinlich ist, dass ein künftiges zu versteuern des Ergebnis zur Verfügung stehen wird und ausreichende steuerpflichtige temporäre Differenzen vorliegen, gegen die die abzugsfähigen temporären Differenzen und steuerlichen Verluste verrechnet werden können. Darüber hinaus werden aktive latente Steuern bilanziert, soweit in den kommenden Geschäftsjahren in ausreichendem Umfang zu versteuernde Ergebnisse erzielt werden können (IAS 12.24 ff., IAS 12.34).

- l) Die Eigenkapitalbestandteile sind zu Nominalwerten erfasst und unter Abschnitt 21 erläutert. Hinsichtlich der Entwicklung des **Eigenkapitals** verweisen wir auf die separate Konzerneigenkapitalveränderungsrechnung.
- m) Die **Pensionsverpflichtungen** umfassen beitrags- und leistungsorientierte Versorgungssysteme.

Die Verpflichtungen für leistungsorientierte Versorgungssysteme werden nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren für Leistungszusagen auf Altersversorgung (Projected Unit Credit Method) gemäß IAS 19 „Leistungen an Arbeitnehmer“ gebildet. Den Pensionsverpflichtungen steht ein Aktivwert der Rückdeckungsversicherung gegenüber. Die Ansprüche aus der Rückdeckungsversicherung sind an die Versorgungsberechtigten verpfändet. Die eingesetzte Versicherung wird als Planvermögen angesetzt, da sie unwiderruflich und auch im Insolvenzfall des Unternehmens ausschließlich für den Versorgungszweck zur Verfügung steht (qualifizierende Versicherungspolice). Der Barwert der abgedeckten Verpflichtungen wird durch den Wert des Planvermögens begrenzt.

Der Wert der Pensionsverpflichtungen und der beizulegende Wert der Rückdeckungsversicherung werden saldiert. Gemäß IAS 19 ist nur eine unmittelbare und vollumfängliche Erfassung der versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste im sonstigen Ergebnis zulässig. Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand ist im Jahr der Entstehung direkt im Gewinn oder Verlust zu erfassen.

IAS 19 (revised 2011) lässt nur eine typisierende Verzinsung des Planvermögens in Höhe des Diskontierungszinssatzes der Pensionsverpflichtungen zu Periodenbeginn zu. Zahlungen für beitragsorientierte Versorgungspläne werden dann als Aufwand erfasst, wenn die Arbeitnehmer ihre Arbeitsleistung erbracht haben.

n) **Rückstellungen** werden gebildet, wenn eine gegenwärtige rechtliche oder faktische Verpflichtung aus einem vergangenen Ereignis gegenüber Dritten besteht, die künftig wahrscheinlich zu einem Mittelabfluss führt, und wenn die voraussichtliche Höhe des notwendigen Rückstellungsbetrages zuverlässig schätzbar ist. Die Bewertung erfolgt zu Vollkosten.

o) Die **finanziellen Verbindlichkeiten** werden bei erstmaliger Erfassung mit dem beizulegenden Zeitwert angesetzt, der regelmäßig den Anschaffungskosten entspricht. Hierbei werden auch die Transaktionskosten berücksichtigt. In der Folge werden die Verbindlichkeiten mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. In der Regel sind diese Verbindlichkeiten beim DF Konzern kurzfristig und werden deshalb zum Rückzahlungsbetrag angesetzt. Im DF Konzern bestehen keine Verbindlichkeiten, die Handelszwecken dienen. Finanzielle Verbindlichkeiten werden ausgebucht, wenn die vertraglichen Verpflichtungen erfüllt, aufgehoben oder ausgelaufen sind. Die Differenz zwischen einer getilgten oder übertragenen finanziellen Verbindlichkeit und dem gezahlten Entgelt wird erfolgswirksam erfasst.

Leasingverhältnisse werden mit dem Barwert der noch nicht geleisteten Leasingzahlungen bewertet (IFRS 16.26). Die Verpflichtungen werden als kurzfristige Schulden bilanziert, sofern die Leasingzahlungen innerhalb von 12 Monaten zu leisten sind; der Barwert der übrigen Leasingzahlungen wird unter den langfristigen Schulden ausgewiesen. Leasingverhältnisse über kurzfristige und über geringwertige Vermögenswerte werden nicht nach IFRS 16 bilanziert.

p) Die **Verbindlichkeiten Gläubiger** sind mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet, da im Insolvenzplan festgelegt wurde, dass diese Verbindlichkeiten in Höhe des Zuflusses aus bestehenden Forderungen getilgt werden. Die aus der Fair Value-Bewertung des Handels- und Restrukturierungsportfolios resultierenden beizulegenden Zeitwerte bestimmen zusammen mit den beizulegenden Zeitwerten der übrigen **Vermögenswerte Gläubiger** den Wert der Verbindlichkeiten Gläubiger (vgl. Abschnitt 32, Angaben zum Fair Value). Soweit der beizulegende Zeitwert der Forderungen zum Stichtag niedriger oder höher ist als die Verbindlichkeiten, sind diese erfolgswirksam angepasst worden.

Die Verbindlichkeiten Gläubiger werden im Zugangszeitpunkt, demnach mit Rechtskraft des Insolvenzplans, als finanzielle Verbindlichkeit der Kategorie „erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet“ (IFRS 9.4.2.1 f.) klassifiziert.

Wesentliche Schätzungen und Annahmen bei der Bilanzierung

Die Aufstellung des Konzernabschlusses unter Beachtung der IFRS erfordert, dass Annahmen getroffen und Schätzungen verwendet werden, die sich auf Höhe und Ausweis der bilanzierten Vermögenswerte und Schulden, der Erträge und Aufwendungen sowie der Eventualverbindlichkeiten auswirken. Die Annahmen und Schätzungen, die sich auf die konzerneinheitliche Festlegung von Nutzungsdauern, die Bewertung von Pensionsverpflichtungen, die Bewertung von Forderungen zum beizulegenden Zeitwert sowie die Bilanzierung und Bewertung von Nutzungsrechten, Leasingverbindlichkeiten und Rückstellungen beziehen, werden als nicht wesentlich für den Konzernabschluss angesehen. Die tatsächlichen Werte können in Einzelfällen von den getroffenen Annahmen und Schätzungen abweichen. Änderungen werden zum Zeitpunkt einer besseren Kenntnis erfolgswirksam berücksichtigt.

Anpassungen von Annahmen und Schätzungen auf Grund der Coronavirus-Pandemie hat die DF-Gruppe nicht vorgenommen. Im bisherigen Verlauf der Pandemie haben sich die vom Konzern angebotenen Leistungen und die diesen zugrundeliegenden Exportmärkte als nur unwesentlich beeinflusst erwiesen; insbesondere wurden keine Vermögenswerte identifiziert, die einer Wertminderung unterlagen.

Die Ermittlung beizulegender Zeitwerte der in den Vermögenswerten Gläubiger enthaltenen Forderungen des Restrukturierungs- und Handelsportfolios erfordert Annahmen hinsichtlich der Länder- und Adressenrisiken, die weitestgehend auf den am Bilanzstichtag vorhandenen Verhältnissen basieren. Eine Erhöhung dieser Risiken führt nicht zu negativen Effekten aus der Fair Value-Bewertung auf das Konzerneigenkapital und das Konzernergebnis, da sich zugleich aufgrund des oben beschriebenen Zusammenhangs der Fair Value der Verbindlichkeiten Gläubiger in gleichem Umfang verringern würde.

II. ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

(7) Transaktionsbezogene Erträge

Provisionserträge ergeben sich im Wesentlichen aus Beratungs- und Serviceleistungen im Bereich des Zahlungsverkehrs. Die Provisionserträge beinhalten:

Provisionserträge in Tausend Euro	01.01.-31.12.2020	01.01.-31.12.2019
Marketingerglöse (Vermittlungsprovisionen)	7.642	8.827
Erträge aus Serviceleistungen (Abwicklung des Zahlungsverkehrs)	363	1.531
Erträge aus Compliance-Beratung	106	1.636
Erträge aus Inkassotätigkeit	51	56
Factoring-Erträge	4	-
Gesamt	8.166	12.050

Die Erlöse werden überwiegend mit einem externen Kunden in der Region Naher Osten erzielt. Die Factoring-Erträge werden ausschließlich in der Tschechischen Republik erzielt.

Die Leistungsverpflichtungen sind mit Erbringung der jeweiligen Dienstleistungen erfüllt und in der Regel auf eine nach dem Volumen bemessene prozentuale Gegenleistung gerichtet, die innerhalb von 14 Tagen fällig ist. Die Verträge enthalten keine signifikante Finanzierungskomponente.

Die Zinserträge aus Serviceleistungen in Höhe von TEUR 523 resultieren aus der kurzfristigen Finanzierung von Liefergeschäften des Außenhandelsverkehrs.

Die Forfaitierungserträge (Vorjahr TEUR 31) resultieren aus der Fair Value-Bewertung.

(8) Transaktionsbezogene Aufwendungen

Die Provisionsaufwendungen stehen in kausalem Zusammenhang mit den entsprechenden Erträgen. Die Provisionsaufwendungen resultieren im Wesentlichen aus für die DF-Gruppe erbrachten Vermittlerleistungen.

Die Forfaitierungsaufwendungen des Geschäftsjahrs 2020 resultieren - wie auch im Geschäftsjahr 2019 - ausschließlich aus dem negativen Effekt der Fair Value-Bewertung der Vermögenswerte Gläubiger.

(9) Ergebnis aus transaktionsbezogenen Erträgen und Aufwendungen (Rohergebnis)

Das Rohergebnis errechnet sich als Differenz zwischen den transaktionsbezogenen Erträgen und Aufwendungen.

Rohergebnis in Tausend Euro	01.01.-31.12.2020	01.01.-31.12.2019
Provisionsergebnis	7.950	11.479
Zinsergebnis aus Serviceleistungen	523	-
Forfaitierungsergebnis	(69)	(399)
Ergebnis aus Kursdifferenzen	1	18
Gesamt	8.405	11.098

(10) Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge setzen sich wie folgt zusammen:

Sonstige betriebliche Erträge in Tausend Euro	01.01.-31.12.2020	01.01.-31.12.2019
Erträge aus Weiterbelastungen	258	357
Erträge aus der Fair Value-Bewertung der Verbindlichkeiten Gläubiger	49	105
Entgelt für die Verwertung des Vermögens Gläubiger	47	75
Erträge aus Erstattungsansprüchen Umsatzsteuer	15	-
Erträge aus der Auflösung sonstiger Schulden	11	6
Erträge aus Erstattungen / Entschädigungen / Vergleichen	-	338
Übrige sonstige betriebliche Erträge	3	33
Gesamt	383	914

Die Erträge aus der Fair Value-Bewertung der Verbindlichkeiten Gläubiger basieren auf der erfolgswirksamen Anpassung der Verbindlichkeiten an den beizulegenden Zeitwert der Vermögenswerte Gläubiger. Die Erträge aus Weiterbelastungen betreffen im Wesentlichen verauslagte Rechtsverfolgungskosten im Zusammenhang mit der Verwertung der Vermögenswerte Gläubiger.

(11) Personalaufwand

Der Personalaufwand setzt sich wie folgt zusammen:

Personalaufwand in Tausend Euro	01.01.-31.12.2020	01.01.-31.12.2019
Gehälter	2.304	2.259
Gehälter gesamt	2.304	2.259
Soziale Abgaben	157	140
Altersversorgung	169	162
Sonstige soziale Aufwendungen	4	10
Soziale Aufwendungen gesamt	330	312
Gesamt	2.634	2.571

Die Aufwendungen für Altersversorgung beinhalten Beiträge an staatliche Rentenversicherungsträger in Höhe von TEUR 125 (Vorjahr TEUR 121) sowie für weitere beitragsorientierte Versorgungspläne in Höhe von TEUR 39 (Vorjahr TEUR 41).

(12) Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen

Die planmäßigen Abschreibungen stellen sich wie folgt dar:

Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen in Tausend Euro	01.01.-31.12.2020	01.01.-31.12.2019
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte	36	42
Abschreibungen auf Sachanlagen	135	129
- davon auf Nutzungsrechte	96	96
Gesamt	171	171

Bei den den Nutzungsrechten zugrundeliegenden Vermögenswerten handelt es sich ausschließlich um Gebäude. Abschreibungen wegen außerplanmäßiger Wertminderungen waren, wie auch in der Vorperiode, nicht notwendig.

(13) Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

Sonstige betriebliche Aufwendungen in Tausend Euro	01.01.-31.12.2020	01.01.-31.12.2019
Rechts-, Beratungs- und Abschlusskosten, Honorare	708	1.088
Verwaltungskosten/Kooperationspartner	267	276
Investor Relations, Hauptversammlung	197	143
Versicherungen, Gebühren, Beiträge	179	192
Gebühren des Zahlungsverkehrs	156	55
Raumkosten	141	105
Mitarbeiterabfindungen	78	490
Reisekosten	77	121
Kosten für Telefon, Porto und Internetverbindungen	20	21
Sonstige Steuern	17	30
Anpassung Verbindlichkeiten Gläubiger	-	254
Übrige sonstige Aufwendungen	451	538
Gesamt	2.291	3.313

Die Rechts-, Beratungs- und Abschlusskosten sowie Honorare beinhalten im Wesentlichen Beratungskosten im Zusammenhang mit der Verwertung der Vermögenswerte Gläubiger, Aufwendungen für Abschluss- und Zwischenprüfungen sowie für Rechts- und Steuerberatung.

Die Aufwendungen für Kooperationspartner und damit verbundene Verwaltungskosten betreffen überwiegend Akquisitions- und Absatzaktivitäten im Iran und in der Türkei.

Die Raumkosten beinhalten im Wesentlichen Neben- und Reinigungskosten sowie Kosten kurzfristiger Mietverträge mit Laufzeiten unter einem Jahr in Höhe von TEUR 36.

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind Aufwendungen für kurzfristige Leasingverhältnisse sowie für Leasingverträge über geringwertige Vermögenswerte in Höhe von TEUR 6 enthalten.

Die übrigen sonstigen Aufwendungen beinhalten im Wesentlichen Aufwendungen für die Vertriebsstruktur (TEUR 136, Vorjahr TEUR 99), für kurzfristige Software-Lizenzen und IT-Ausstattung (TEUR 101, Vorjahr TEUR 130), und die Vergütungen der Mitglieder des Aufsichtsrats (TEUR 90, Vorjahr TEUR 78).

(14) Finanzergebnis

Das Finanzergebnis setzt sich wie folgt zusammen:

Finanzergebnis in Tausend Euro	01.01.-31.12.2020	01.01.-31.12.2019
Zinserträge von Kreditinstituten	-	-
Zinserträge aus Forderungen (loans and receivables)	-	-
Andere Zinserträge	-	25
Zinserträge gesamt	-	25
Zinsaufwendungen an Kreditinstitute	75	99
- davon Refinanzierungen des Forfaitierungsgeschäfts	-	-
- davon Kontokorrentzinsen	-	-
- davon sonstige Zinsen	75	99
Andere Zinsaufwendungen	16	24
- davon aus Leasingverbindlichkeiten	-	2
- davon sonstige Zinsen	16	22
Zinsaufwendungen gesamt	91	123
Zinsergebnis = Finanzergebnis	(91)	(98)

Die Zinsaufwendungen beinhalten im Berichtszeitraum insbesondere Negativzinsen, die Kreditinstitute für unterhaltene Guthaben in Rechnung stellten.

(15) Ertragsteuern

Latente Steueransprüche aus temporären Differenzen dürfen nicht bilanziert werden, wenn nicht mit der erforderlichen Wahrscheinlichkeit angenommen werden kann, dass zu versteuernde Ergebnisse zur Verfügung stehen, gegen welche die abzugsfähigen temporären Differenzen verwendet werden können (IAS 12.27).

Die zum 31. Dezember 2018 bestehenden Verlustvorträge der DF GmbH konnten im Vorjahr vollständig mit dem Jahresüberschuss der DF GmbH verrechnet werden. Von den bilanzierten Verbindlichkeiten aus Ertragsteuern in Höhe von TEUR 1.076 (Vorjahr TEUR 1.391) entfallen auf das im Vorjahr erzielte Ergebnis der DF GmbH TEUR 887 (Vorjahr TEUR 884) und auf Gewerbesteuer für das im Berichtsjahr erzielte Ergebnis der DF AG TEUR 189 (Vorjahr TEUR 0). Zugleich bestehen Steuerforderungen in Höhe von TEUR 488 (Vorjahr TEUR 0), die sich einerseits in Höhe von TEUR 335 aus der Verrechnung gezahlter Kapitalertragsteuer zuzüglich Solidaritätszuschlag mit der für den Berichtszeitraum ermittelten Körperschaftsteuer zuzüglich Solidaritätszuschlag der DF AG ergeben, andererseits in Höhe von TEUR 153 aus Steuervorauszahlungen der DF ME resultieren.

Die Stadt Köln hat mit Bescheid vom 5. November 2020 die Gewerbesteuer für das Jahr 2016 auf EUR 0 festgesetzt; die aus Vorsichtsgründen in Bezug auf den Sanierungsgewinn im Rumpfgeschäftsjahr 2016 II erfasste Steuerverbindlichkeit (Gewerbesteuerrückstellung) in Höhe von TEUR 350 wurde daher aufgelöst.

Der Gewinn, der im ersten Rumpfgeschäftsjahr 2016 aus den Forderungsverzichten der Gläubiger der DF AG entstanden ist, ist gemäß der verbindlichen Auskunft des Finanzamts Köln- Mitte vom 25. April 2016 als steuerbegünstigter Sanierungsgewinn zu behandeln mit der Folge, dass der Sanierungsgewinn zunächst mit den laufenden Verlusten bzw. vorhandenen Verlustvorträgen zu verrechnen ist. Reichen die vorhandenen Verlustvorträge nicht aus, so ist die auf den verbleibenden Sanierungsgewinn entfallende Steuer mit dem Ziel des späteren Erlasses zu stunden. Im Ergebnis löst der Sanierungsgewinn somit keine Steuern aus. Die nach Verrechnung des Sanierungsgewinns verbleibenden steuerlichen Verlustvorträge sind nach der im Juli 2016 vollzogenen Kapitalerhöhung, verbunden mit der Beteiligung eines Mehrheitsgesellschafters, steuerlich bei Vorliegen aller Voraussetzungen als Verlustvortrag nutzbar. Bis zum Jahr 2019 hat die DF AG steuerliche Verluste erzielt, von denen nicht mit der erforderlichen Wahrscheinlichkeit angenommen werden konnte, dass künftig zu versteuernde Ergebnisse zur Verfügung stehen, gegen welche die Verluste verwendet werden können. Dies lag darin begründet, dass die DF AG aufgrund der Änderung des Geschäftsmodells nur Erträge aus der Verwertung der Vermögenswerte Gläubiger und aus Beteiligungen erzielen konnte.

Mit der Anwendung des Gewinnabführungsvertrags zwischen der DF AG und der DF GmbH, der am 3. August 2020 mit Zustimmung der Hauptversammlung vom 30. Juni 2020 durch Eintragung in das Handelsregister wirksam geworden ist und rückwirkend ab dem 1. Januar 2020 gilt, ist die bisherige Annahme bezüglich der Verlustverrechnung zu revidieren. Die DF AG hat im Berichtsjahr auf Grundlage des vorgenannten Vertrags einen Ertrag in Höhe von TEUR 5.721 erzielt und bisher ungenutzte steuerliche Verluste in Höhe von TEUR 2.826 gegen das steuerliche Ergebnis verwendet.

Zum 31. Dezember 2020 bestanden für die DF AG steuerliche Verlustvorträge betreffend Körperschaftsteuer in Höhe von TEUR 24.956 (Vorjahr TEUR 3.874 zuzüglich fortführungsgebundener Verlustvortrag in Höhe von TEUR 23.771) und betreffend Gewerbesteuer in Höhe von TEUR 24.933 (Vorjahr TEUR 3.874 zuzüglich fortführungsgebundener Verlustvortrag in Höhe von TEUR 23.748). Darüber hinaus betragen die temporären Differenzen zur Gewerbe- und Körperschaftsteuer jeweils TEUR 115 (Vorjahr jeweils TEUR 129).

Auf Basis der bereits im Vorjahr beendeten Verlusthistorie und der für die kommenden Jahre erstellten bzw. aktualisierten Unternehmensplanung geht die Konzernleitung davon aus, dass ausreichende steuerliche Ergebnisse zur Verfügung stehen werden, gegen die noch ungenutzte steuerliche Verlustvorträge verwendet werden können (IAS 12.35). Bei der Höhe des Ansatzes aktiver latenter Steuern wird darauf geachtet, dass nur solche Beträge angesetzt werden, deren Realisierung zumindest überwiegend wahrscheinlich ist. Bei dieser Einschätzung werden alle positiven und negativen Einflussfaktoren für ein ausreichend hohes Einkommen in der Zukunft berücksichtigt. Die Einschätzung kann in Abhängigkeit von künftigen Entwicklungen Änderungen unterliegen.

Der DF Konzern bilanziert zum 31. Dezember 2020 einen latenten Steueranspruch entsprechend der erwarteten Nutzbarkeit des Vortrags noch nicht genutzter steuerlicher Verluste in Höhe von TEUR 3.163 (IAS 12.34 und 12.82).

Die Ertragsteuern im Konzern setzen sich wie folgt zusammen:

Ertragsteuern in Tausend Euro	01.01.-31.12.2020	01.01.-31.12.2019
Steueraufwendungen des laufenden Jahres	393	1.085
Anpassungen für frühere Jahre	(324)	-
Laufende Steueraufwendungen	69	1.085
Latente Steuern im Zusammenhang mit temporären Differenzen	(115)	7
Latente Steuern im Zusammenhang mit steuerlichen Verlustvorträgen	(3.163)	1.517
Latenter Steueraufwand (-ertrag)	(3.278)	1.524
Gesamt	(3.209)	2.609

Die latenten Steuern werden auf der Basis der Steuersätze ermittelt, die nach der derzeitigen Rechtslage in den einzelnen Ländern zum Realisationszeitpunkt gelten bzw. erwartet werden. In Deutschland beträgt der Körperschaftsteuersatz einheitlich 15,0 %. Unter Berücksichtigung des Solidaritätszuschlags von 5,5 % auf die Körperschaftsteuer sowie eines effektiven Gewerbesteuersatzes in Höhe von ca. 15,6 % ermittelt sich für inländische Unternehmen ein Steuersatz von etwa 31,4 % (Vorjahr 32,5 %). Die Anpassung des durchschnittlichen Steuersatzes ist im Hinblick auf die Gewerbesteuer Folge der Anwendung des Ergebnisabführungsvertrags, mit der ein Wechsel der hebeberechtigten Gemeinde einhergeht. Dieser Steuersatz ist einheitlich für den gesamten Berichtszeitraum zur Ermittlung latenter Steuereffekte im Inland zu Grunde gelegt worden. Die Steuereffekte aus den ausländischen Unternehmen sind im gesamten Berichtszeitraum von unwesentlicher Bedeutung und werden daher in der Darstellung vernachlässigt. Auf die Währungsumrechnungsdifferenz wirtschaftlich selbständiger ausländischer Einheiten entfiel im Falle der Realisation ein Ertragsteueranspruch in Höhe von TEUR 57 (Vorjahr TEUR 53).

Der Bestand an aktiven und passiven latenten Steuern zum 31. Dezember 2020 ergibt sich aus der nachfolgenden Aufstellung:

Zuordnung aktiver und passiver latenter Steuern in Tausend Euro	Aktiva		Passiva	
	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2019
Beteiligung	-	-	-	-
Pensionsverpflichtungen	49	-	4	3
Steuerlicher Verlustvortrag	3.163	27	-	-
Sonstige Verbindlichkeiten	70	-	-	24
Summe	3.282	27	4	27
Saldierung	(4)	(27)	(4)	(27)
Bilanzansatz	3.278	-	-	-

Steuerliche Überleitungsrechnung:

in Tausend Euro	01.01.-31.12.2020	01.01.-31.12.2019
Ergebnis vor Ertragsteuern	3.601	5.858
Nominaler Ertragsteuersatz	31,4 %	32,5 %
Erwarteter Steueraufwand	1.129	1.904
Nicht abziehbare Aufwendungen	60	190
Steuervorauszahlungen	(299)	-
Steuereffekte aus Vorperioden	61	11
Steuereffekte aus Veränd. der Wertber. aktiver lat. Steuern sowie Nutzung der steuerlichen Verlustvorträge	(4.165)	637
Effekte aus abweichenden lokalen Steuersätzen	6	(133)
Sonstige Steuereffekte	-	-
Ertragsteuern	(3.208)	2.609

III. ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ**(16) Immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen**

Die Aufgliederung der Posten des Anlagevermögens sowie ihre Entwicklung im Berichtszeitraum sind im Konzernanlagespiegel dargestellt.

In der Konzernbilanz zum 31. Dezember 2020 sind Nutzungsrechte gemäß IFRS 16 in Höhe von TEUR 306 (Vorjahr TEUR 306) unter den Sachanlagen aktiviert. Zugleich sind langfristige (TEUR 271, Vorjahr TEUR 212) und den sonstigen Schulden zugeordnete kurzfristige (TEUR 35, Vorjahr TEUR 96) Finanzverbindlichkeiten in Höhe der Barwerte der Leasingverbindlichkeiten passiviert. Zinsaufwendungen sind nur in unwesentlicher Höhe angefallen. Leasingaufwendungen werden in Höhe von TEUR 96 (Vorjahr TEUR 96) unter den Abschreibungen auf Sachanlagen ausgewiesen.

Der DF Konzern hat die Wahlrechte, für Leasingverträge mit einer Laufzeit von bis zu zwölf Monaten sowie für Leasingverträge über geringwertige Vermögenswerte auf eine Erfassung des Nutzungsrechts und der Leasingverbindlichkeit zu verzichten, in Anspruch genommen. Als geringwertige Vermögenswerte werden Leasinggegenstände mit einem Wert bis zu TEUR 5 definiert. Leasingverhältnisse über immaterielle Vermögenswerte fallen nicht unter IFRS 16, sondern unter IAS 38.

Der DF Konzern ist als Leasing-Nehmer insbesondere bei der Anmietung von Büroräumen betroffen. Leasingverhältnisse, die zum 1. Januar 2020 eine Restlaufzeit von weniger als 12 Monaten aufweisen, werden als kurzfristige Verpflichtungen bilanziert und die Leasingzahlungen linear als Aufwand erfasst. Im Berichtszeitraum wurden Aufwendungen aus kurzfristigen Verpflichtungen in Höhe von TEUR 7 (Vorjahr TEUR 23) erfasst.

in Euro	Immaterielle Vermögenswerte	Sachanlagen	Summe
	(Rechte, EDV-Software)	(Nutzungsrechte an Gebäuden, andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung)	
Anschaffungskosten			
Stand zum 01.01.2019	323.374,25	868.966,20	1.192.340,45
Zugänge	0,00	416.131,39	416.131,39
- davon Nutzungsrechte an Gebäuden	0,00	401.428,96	401.428,96
Abgänge	0,00	0,00	0,00
Währungsumrechnungsdifferenzen	150,17	45,05	195,22
Stand zum 31.12.2019	323.524,42	1.285.142,64	1.608.667,06
Stand zum 01.01.2020	323.524,42	1.285.142,64	1.608.667,06
Zugänge	13.547,73	213.297,52	226.845,25
- davon Nutzungsrechte an Gebäuden	0,00	189.753,66	189.753,66
Abgänge	70.607,36	214.295,26	284.902,62
- davon Nutzungsrechte an Gebäuden	0,00	93.858,08	93.858,08
Währungsumrechnungsdifferenzen	-388,50	-87,82	-476,32
Stand zum 31.12.2020	266.076,29	1.284.057,08	1.560.133,37
Abschreibungen			
Stand zum 01.01.2019	199.353,42	781.362,20	980.715,62
Zugänge	41.901,35	128.749,10	170.650,45
- davon Nutzungsrechte an Gebäuden	0,00	95.856,96	95.856,96
Abgänge	0,00	0,00	0,00
Währungsumrechnungsdifferenzen	91,64	6,26	97,90
Stand zum 31.12.2019	241.346,41	910.117,56	1.151.463,97
Stand zum 01.01.2020	241.346,41	910.117,56	1.151.463,97
Zugänge	35.540,17	135.230,29	170.770,46
- davon entfallen auf Nutzungsrechte an Gebäuden	0,00	95.856,96	95.856,96
Abgänge	70.600,36	120.047,19	190.647,55
Währungsumrechnungsdifferenzen	-227,24	2,93	-224,31
Stand zum 31.12.2020	206.058,98	925.303,59	1.131.362,57
Buchwerte			
Zum 01.01.2019	124.020,83	87.604,00	211.624,83
Zum 31.12.2019	82.178,01	375.025,08	457.203,09
- davon entfallen auf Nutzungsrechte an Gebäuden	0,00	305.572,00	305.572,00
Zum 31.12.2020	60.017,31	358.753,49	418.770,80
- davon entfallen auf Nutzungsrechte an Gebäuden	0,00	305.610,62	305.610,62

(17) Langfristige finanzielle Vermögenswerte

Unter den langfristigen finanziellen Vermögenswerten werden Anteile an einem in Liquidation befindlichen und daher bereits entkonsolidierten verbundenen Unternehmen in Höhe von TEUR 10 (Vorjahr TEUR 10) ausgewiesen. Diese sind der Kategorie „erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet“ zugeordnet. Mangels eines auf einem aktiven Markt notierten Preises ist der Zeitwert nicht verlässlich bestimmbar. Der Beteiligungswert wurde daher in Höhe der noch zu erwartenden Rückflüsse angesetzt.

Die langfristigen finanziellen Vermögenswerte beinhalten außerdem hinterlegte Mietkautionen in Höhe von TEUR 32 (Vorjahr TEUR 33) für die vom DF Konzern genutzten Büroräume.

(18) Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von TEUR 745 (Vorjahr TEUR 742) sind zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet und bestehen im Wesentlichen gegen einen bedeutenden Kunden. Die Forderungen resultieren aus bereits vollständig erbrachten Serviceleistungen im Rahmen der Zahlungsabwicklung. Der Ausgleich erfolgte vereinbarungsgemäß im Januar 2021. Wertberichtigungen waren nicht notwendig.

(19) Andere kurzfristige Vermögenswerte

Die anderen kurzfristigen Vermögenswerte setzen sich wie folgt zusammen:

Kurzfristige Vermögenswerte in Tausend Euro	31.12.2020	31.12.2019
Steuerforderungen	515	396
Forderungen aus kurzfristiger Finanzierung	278	-
Aktivische Abgrenzung	184	154
Forderungen gegen Treuhänder	13	57
Forderung gegen verbundene Unternehmen	-	72
Übrige sonstige Vermögenswerte	42	43
Gesamt	1.032	722
- davon finanzielle Vermögenswerte	334	156
- davon nicht finanzielle Vermögenswerte	699	566

Die Steuerforderungen betreffen Umsatzsteuer für die Jahre 2019 und 2020. Die Forderungen aus kurzfristigen Finanzierungen beinhalten Rückzahlungsansprüche der DF s.r.o. aus dem zum Ende des Berichtsjahrs angelaufenen Factoring-Geschäft.

Die Forderung gegen den Treuhänder betrifft Provisionsansprüche im Zusammenhang mit der Verwertung der Vermögenswerte Gäubiger.

(20) Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente

Bei den Zahlungsmitteln und Zahlungsmitteläquivalenten in Höhe von TEUR 27.070 (Vorjahr TEUR 24.669) handelt es sich um Guthaben bei Kreditinstituten mit Fälligkeiten bis zu drei Monaten.

(21) Eigenkapital

Die Veränderung des Eigenkapitals des DF Konzerns ist in der Konzerneigenkapitalveränderungsrechnung dargestellt.

Gezeichnetes Kapital

Das Grundkapital des Konzerns ist in voller Höhe eingezahlt und beträgt zum Bilanzstichtag unverändert EUR 11.887.483,00. Es ist, ebenfalls unverändert zum Vorjahr, eingeteilt in 11.887.483 nennwertlose Stückaktien, die auf den Namen lauten.

Gemäß dem am 29. April 2016 angenommenen und gerichtlich bestätigten Insolvenzplan, der am 20. Mai 2016 Rechtskraft erlangte, wurde eine Barkapitalerhöhung um bis zu TEUR 7.500 sowie eine Sachkapitalerhöhung um bis zu TEUR 4.022 festgelegt. Im Rahmen der Sachkapitalerhöhung konnten die Zeichner der gescheiterten Barkapitalerhöhung 2015 ihren jeweiligen Rückforderungsanspruch in Form einer Sacheinlage in die Gesellschaft einbringen. Für beide Eigenkapitalmaßnahmen wurde das gesetzliche Bezugsrecht der Altaktionäre ausgeschlossen. Der Emissionskurs für die sowohl im Rahmen der Sachals auch für die Barkapitalerhöhung auszugebenden neuen Aktien im rechnerischen Nennwert von EUR 1,00 betrug EUR 1,00. Die Barkapitalerhöhung wurde in Höhe von TEUR 7.500 und die Sachkapitalerhöhung in Höhe von TEUR 3.707 durchgeführt und jeweils am 6. Juli 2016 in das Handelsregister eingetragen.

Kosten der Bar- und Sachkapitalerhöhung

Die im Zusammenhang der Bar- und Sachkapitalerhöhung angefallenen Kosten in Höhe von insgesamt TEUR 623 sind grundsätzlich ergebnisneutral zu behandeln und vom Kapitalerhöhungsbetrag abzusetzen und wurden daher mit dem Eigenkapital verrechnet.

Gewinnrücklagen

Die Gewinnrücklagen enthalten die in der Vergangenheit erzielten Ergebnisse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, soweit sie nicht ausgeschüttet oder durch Entnahmen aus der Kapitalrücklage erhöht wurden.

Ausgleichsposten aus der Währungsumrechnung

Unter diesem Posten sind die Differenzen des sonstigen Ergebnisses aus der erfolgsneutralen Währungsumrechnung von Abschlüssen ausländischer Tochterunternehmen als Ausgleichsposten aus der Währungsumrechnung ausgewiesen. Der Posten ist negativ und verringert das ausgewiesene Eigenkapital im Berichtsjahr um TEUR 183 (Vorjahr TEUR 162). Die Veränderung des Postens im Berichtszeitraum beträgt TEUR 21 und ergibt sich im Wesentlichen aus der Währungsumrechnung des Abschlusses der vollkonsolidierten Tochtergesellschaft DF Deutsche Forfait s.r.o. in Tschechien.

Ergebnis je Aktie

Das Ergebnis je Aktie bezogen auf die im Berichtszeitraum durchschnittlich ausgegebene Anzahl der Stammaktien (11.887.483 Stück, unverändert zum Vorjahr) beträgt unverwässert und verwässert EUR 0,57 nach EUR 0,27 im Geschäftsjahr 2019. Eigenkapitalinstrumente mit einem potenziell verwässernden Effekt sind nicht begeben.

Genehmigtes Kapital

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 6. Juli 2016 wurde der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 6. Juli 2021 einmalig oder mehrmalig um bis zu insgesamt EUR 5.900.000,00 gegen Bar- und/oder Sacheinlagen (einschließlich sogenannter gemischter Sacheinlagen) durch Ausgabe von bis zu 5.900.000 neuen, auf den Namen lautenden Stückaktien zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2016) und dabei einen vom Gesetz abweichenden Beginn der Gewinnbeteiligung zu bestimmen. Den Aktionären ist grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen. Die neuen Aktien können auch von einem oder mehreren durch den Vorstand bestimmten Kreditinstituten mit der Verpflichtung übernommen werden, sie den Aktionären anzubieten (mittelbares Bezugsrecht). Der Vorstand wird jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre in folgenden Fällen auszuschließen: (1) zur Vermeidung von Spitzenbeträgen, (2) bei einer Kapitalerhöhung gegen Bareinlagen, wenn der Ausgabebetrag der unter Ausschluss des Bezugsrechts gemäß § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG ausgegebenen neuen Aktien den Börsenpreis nicht wesentlich unterschreitet und die unter Ausschluss des Bezugsrechts gemäß § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG ausgegebenen neuen Aktien insgesamt 10% des Grundkapitals nicht überschreiten und zwar weder zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens noch zum Zeitpunkt der Ausübung dieser Ermächtigung. Auf diese Begrenzung sind Aktien anzurechnen, die während der Laufzeit dieser Ermächtigung aufgrund anderer Ermächtigungen in unmittelbarer oder entsprechender Anwendung von § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG unter Bezugsrechtsausschluss veräußert oder ausgegeben wurden bzw. auszugeben sind, (3) bei einer Kapitalerhöhung gegen Sacheinlagen, insbesondere zum Zweck des Erwerbs eines Unternehmens, von Unternehmensteilen, einer Beteiligung an einem Unternehmen oder sonstigen wesentlichen Betriebsmitteln, (4) um den Inhabern von Optionsscheinen bzw. Wandel- oder Optionsanleihen ein Bezugsrecht in dem Umfang einzuräumen, wie es ihnen nach Ausübung eines Wandlungs- oder Optionsrechts oder in Erfüllung einer Wandlungspflicht als Aktionär zustehen würde, (5) um Belegschaftsaktien an Arbeitnehmer der Gesellschaft und mit ihr verbundener Unternehmen zu begeben sowie (6) zur Bedienung von Optionsrechten, welche das Recht auf Bezug von insgesamt maximal Stück 100.000 Aktien der Gesellschaft begründen, und die vom Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats an Vertriebspartner der Gesellschaft ausgegeben werden. Die Hauptversammlung vom 30. Juni 2020 hat die Verlängerung dieser Ermächtigung nicht gebilligt.

Bedingtes Kapital

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 6. Juli 2016 wurde der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 6. Juli 2021 einmalig oder mehrmals auf den Inhaber lautende Options- und/oder Wandelschuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von bis zu EUR 50.000.000,00 auszugeben und den Inhabern bzw. Gläubigern von Optionsschuldverschreibungen Optionsrechte bzw. den Inhabern bzw.

Gläubigern von Wandelschuldverschreibungen Wandlungsrechte auf neue, auf den Namen lautende Stückaktien der Gesellschaft bis zu einem anteiligen Betrag am Grundkapital von insgesamt bis zu EUR 4.720.000,00 nach näherer Maßgabe der Options- bzw. Wandelanleihebedingungen zu gewähren. Die Optionsschuldverschreibungen und/oder Wandelschuldverschreibungen (zusammengefasst auch „Schuldverschreibungen“ und in ihrer jeweiligen Stückelung jeweils auch „Teilschuldverschreibung“) können außer in Euro auch - unter Begrenzung auf den entsprechenden Euro-Gegenwert - in der gesetzlichen Währung eines OECD-Landes begeben werden. Sie können auch durch unmittelbare oder mittelbare Mehrheitsbeteiligungsgesellschaften der DF Deutsche Forfait AG ausgegeben werden; in diesem Fall wird der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats für die Gesellschaft die Garantie für die Schuldverschreibungen zu übernehmen und den Inhabern solcher Schuldverschreibungen Optionsrechte/Wandlungsrechte auf neue Aktien der DF Deutsche Forfait AG zu gewähren. Das Grundkapital der Gesellschaft ist zu diesem Zweck um bis zu EUR 4.720.000,00 durch Ausgabe von bis zu 4.720.000 neuen, auf den Namen lautenden Stückaktien bedingt erhöht worden (Bedingtes Kapital 2016/I).

Die Hauptversammlung vom 6. Juli 2016 hat Vorstand und Aufsichtsrat ermächtigt, bis zum 6. Juli 2021 einmalig oder mehrmals zum Zwecke der Beteiligung der in § 192 Abs. 2 Nr. 3 AktG genannten Personen am Unternehmen Bezugsrechte auf Aktien der Gesellschaft (Optionsrechte) auszugeben. Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten der Ausstattung und Ausgabe der Optionsrechte in einem Aktienoptionsplan festzulegen („Aktienoptionsplan 2016“). Sollen Optionsrechte an den Vorstand der Gesellschaft ausgegeben werden, obliegt die Entscheidung über die Ausgabe und die Festlegung der weiteren Einzelheiten allein dem Aufsichtsrat. Das Grundkapital der Gesellschaft wird um bis zu EUR 1.180.000,00 durch Ausgabe von bis zu 1.180.000 neuen, auf den Namen lautenden Stückaktien bedingt erhöht (Bedingtes Kapital 2016/II). Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie die Inhaber von Optionsrechten aus dem Aktienoptionsplan 2016, die von der Gesellschaft aufgrund der Ermächtigung der Hauptversammlung vom 6. Juli 2016 im Zeitraum bis zum 6. Juli 2021 ausgegeben werden können, von ihren Bezugsrechten auf Stückaktien der Gesellschaft Gebrauch machen und die Gesellschaft die Bezugsrechte nicht durch Lieferung eigener Aktien erfüllt. Die neuen Stückaktien nehmen von Beginn des Geschäftsjahres an, in dem sie durch Ausübung von Optionsrechten entstehen, am Gewinn teil. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten der Durchführung der bedingten Kapitalerhöhung festzulegen, es sei denn, es sollen Optionsrechte an Mitglieder des Vorstands ausgegeben werden; in diesem Fall legt der Aufsichtsrat die weiteren Einzelheiten der Durchführung der bedingten Kapitalerhöhung fest.

Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien

Die Hauptversammlung vom 30. Juni 2020 hat die Verlängerung der von der Hauptversammlung vom 6. Juli 2016 beschlossenen Ermächtigung zum Erwerb und zur Veräußerung eigener Aktien gebilligt:

a) Die Gesellschaft wird ermächtigt, bis zum 25. Juni 2025 bis zu 1.180.000 Stück eigene Aktien zu erwerben. Der Erwerb darf nur über die Börse erfolgen. Dabei darf der von der Gesellschaft gezahlte Erwerbspreis (ohne Erwerbsnebenkosten) den durch die Eröffnungsauktion am Handelstag ermittelten Kurs für Aktien der Gesellschaft im XETRA-Handel (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) an der Frankfurter Wertpapierbörse um nicht mehr als 10 % über- oder unterschreiten.

b) Die Ermächtigung kann unmittelbar durch die Gesellschaft oder durch von der Gesellschaft beauftragte Dritte ganz oder in mehreren Teilbeträgen im Rahmen der vorgenannten Beschränkungen ausgeübt werden. Die Ermächtigung kann zu jedem gesetzlich zulässigen Zweck, insbesondere in Verfolgung eines oder mehrerer der in lit. c), d), e), f) und g) genannten Zwecke ausgeübt werden. Erfolgt die Verwendung zu einem oder mehreren der in lit. c), d) oder e) genannten Zwecke, ist das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen.

c) Der Vorstand wird ermächtigt, die aufgrund der vorstehenden Ermächtigung erworbenen eigenen Aktien auch in anderer Weise als über die Börse oder durch ein Angebot an alle Aktionäre zu veräußern unter der Voraussetzung, dass die Veräußerung gegen Barzahlung und zu einem Preis erfolgt, der den Börsenkurs der Aktien der Gesellschaft zum Zeitpunkt der Veräußerung nicht wesentlich unterschreitet.

Diese Ermächtigung ist beschränkt auf Aktien mit einem anteiligen Betrag des Grundkapitals, der insgesamt 10% des Grundkapitals nicht übersteigen darf, und zwar weder im Zeitpunkt des Wirksamwerdens dieser Ermächtigung noch - falls dieser Wert geringer ist - im Zeitpunkt der Ausübung der vorliegenden Ermächtigung. Die Höchstgrenze von 10 % des Grundkapitals vermindert sich um den anteiligen Betrag des Grundkapitals, der auf diejenigen Aktien entfällt, die während der Laufzeit dieser Ermächtigung im Rahmen einer Kapitalerhöhung unter Ausschluss des Bezugsrechts gemäß § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG ausgegeben werden. Die Höchstgrenze von 10% des Grundkapitals vermindert sich ferner um den anteiligen Betrag des Grundkapitals, der auf diejenigen Aktien entfällt, die zur Bedienung von Options- und/oder Wandelanleihen ausgegeben werden, sofern die Schuldverschreibungen während der Laufzeit dieser Ermächtigung unter Ausschluss des Bezugsrechts in entsprechender Anwendung des § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG ausgegeben werden.

d) Der Vorstand wird ermächtigt, die aufgrund der vorstehenden Ermächtigung erworbenen eigenen Aktien an Dritte zu übertragen, soweit dies zu dem Zweck erfolgt, Unternehmen, Unternehmensteile oder Beteiligungen an Unternehmen oder sonstige Vermögensgegenstände zu erwerben oder Unternehmenszusammenschlüsse durchzuführen

e) Der Vorstand wird ermächtigt, die aufgrund der vorstehenden Ermächtigung erworbenen eigenen Aktien zu nutzen, um Verpflichtungen der Gesellschaft aus Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen zu erfüllen, welche die Gesellschaft bis zum 6. Juli 2021 aufgrund der von der Hauptversammlung 2016 beschlossenen Ermächtigung des Vorstands ausgibt.

f) Der Vorstand wird ermächtigt, die aufgrund der vorstehenden Ermächtigung erworbenen eigenen Aktien ohne weiteren Hauptversammlungsbeschluss einzuziehen. Die Einziehung kann auch ohne Kapitalherabsetzung durch Anpassung des anteiligen Betrages der übrigen Stückaktien am Grundkapital der Gesellschaft erfolgen.

g) Von den Ermächtigungen in lit. c), d), e), und f) darf der Vorstand nur mit Zustimmung des Aufsichtsrats Gebrauch machen. Der Aufsichtsrat wird im Fall der lit. f) zur Anpassung der Zahl der Stückaktien in der Satzung ermächtigt. Im Übrigen kann der Aufsichtsrat bestimmen, dass Maßnahmen des Vorstands aufgrund dieses Hauptversammlungsbeschlusses nur mit seiner Zustimmung vorgenommen werden dürfen.

(22) Pensionsverpflichtungen

Pensionsverpflichtungen werden für Verpflichtungen aus Anwartschaften nach IAS 19 „Leistungen an Arbeitnehmer“ gebildet. Daneben bestehen beitragsorientierte Versorgungspläne bei der staatlichen Rentenversicherung und beim BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V., die aus laufenden Beitragszahlungen bedient werden.

Für drei ehemalige Vorstandsmitglieder bestehen Altersversorgungszusagen, die als leistungsorientierte Versorgungspläne ausgestaltet sind. Die Zusagen beinhalten Versorgungsleistungen, wenn das Vorstandsmitglied stirbt oder altersbedingt aus dem Dienst ausscheidet.

Herrn Franke wird in diesem Fall eine Kapitalzahlung gewährt. Frau Attawar und Herr Wippermann haben demgegenüber ein Wahlrecht zwischen laufender Ruhegeldleistung und Kapitalzahlung. Die Verpflichtung des Unternehmens besteht darin, die zugesagten Leistungen an die Mitarbeiter zu erfüllen. Das Versorgungssystem ist extern durch eine Rückdeckungsversicherung finanziert, deren Garantieleistungen den zugesagten Versorgungsleistungen entsprechen, so dass Risiken der in IAS 19.139b beschriebenen Art nicht ersichtlich sind. Die Berechnungen wurden mit Hilfe der „Heubeck-Richttafeln 2018 G“ von Professor Klaus Heubeck durchgeführt.

Bei der Wertermittlung spielen neben den Annahmen zur Lebenserwartung die folgenden Prämissen eine Rolle:

Versicherungsmathematische Annahmen in %	31.12.2020	31.12.2019
Rechnungszins	1,00	1,30
Inflationsrate	1,00	1,00
Rentendynamik	1,00	1,00

Die folgenden Übersichten zeigen die Entwicklung des Anwartschaftsbarwerts und des Planvermögens:

Entwicklung/Überleitung des Anwartschaftsbarwerts in Tausend Euro	31.12.2020	31.12.2019
Anwartschaftsbarwert zum 1.1.	811	715
Dienstzeitaufwendungen	-	-
Zinsaufwendungen	11	15
Erwartete Rentenzahlung	(3)	(3)
Versicherungsmathematischer Verlust (Gewinn)	35	81
- davon entfallen auf Änderungen der finanziellen Annahmen	33	80
- davon entfallen auf Änderungen der demographischen Annahmen	-	-
- davon entfallen auf erfahrungsbedingte Annahmen	2	1
Anwartschaftsbarwert zum 31.12.	857	811

Entwicklung des Planvermögens in Tausend Euro	31.12.2020	31.12.2019
Beizulegender Zeitwert des Planvermögens zum 1.1.	811	715
Typisierender Kapitalertrag	11	15
Ertrag aus Planvermögen	35	81
Planvermögen zum 31.12.	857	811

Die Abweichungen zwischen den versicherungsmathematischen Annahmen und der tatsächlichen Entwicklung („asset ceiling“) stellen sich in der Überleitung und in der Übersicht von sechs Jahren wie folgt dar:

Entwicklung/Überleitung des Effekts des „asset ceiling“ in Tausend Euro	31.12.2020	31.12.2019
Anwartschaftsbarwerte zum 31.12.	857	(811)
Beizulegender Zeitwert des Planvermögens zum 31.12.	857	811
Effekt des „asset ceiling“ zum 31.12.	-	-
Versicherungsmathematische (Gewinne) Verluste aus den Anwartschaftsbarwerten	35	81
Gewinn (Verlust) aus Planvermögen	(35)	(81)
Effekt des „asset ceiling“ zum 31.12.	-	-

in Tausend Euro	2020	2019	2018	2017	2016	2015
Anwartschaftsbarwerte	857	811	715	704	714	622
- Enthaltene Auswirkungen der Abweichungen	35	81	(3)	10	78	(45)
Planvermögen	857	811	715	704	714	622
- Enthaltene Auswirkungen der Abweichungen	35	81	11	(10)	(78)	(32)
Finanzierungsstatus	-	-	-	-	-	-

Entsprechend IAS 19.115 wird der beizulegende Zeitwert der kongruenten Rückdeckungsversicherung mit dem Barwert der Pensionsverpflichtungen gleichgesetzt. Der Aktivwert des Planvermögens in Höhe von TEUR 857 (im Vorjahr TEUR 811) wird mit dem Passivwert der Verpflichtung in Höhe von TEUR 857 (im Vorjahr TEUR 811) saldiert ausgewiesen. Zum Bilanzstichtag überstieg das Planvermögen den Passivwert der Verpflichtung wie auch in der Vorperiode nicht.

Der in der Bilanz ausgewiesene Betrag lässt sich wie folgt herleiten:

Herleitung des in der Bilanz ausgewiesenen Nettobetrags in Tausend Euro	31.12.2020	31.12.2019
Anwartschaftsbarwerte	(857)	(811)
Beizulegender Zeitwert des Pensionsplanvermögens	857	811
Effekt des „asset ceiling“	-	-
	0	0

Aus Erhöhungen oder Verminderungen entweder des Barwerts der leistungsorientierten Verpflichtung oder des beizulegenden Zeitwerts des Planvermögens können versicherungsmathematische Gewinne oder Verluste entstehen, deren Ursachen unter anderem Änderungen der Berechnungsparameter und Schätzungsänderungen bezüglich des Risikoverlaufs der Pensionsverpflichtungen und Abweichungen zwischen dem tatsächlichen und dem erwarteten Ertrag aus den qualifizierenden Versicherungspolice sein können. Die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste sind im sonstigen Ergebnis zu erfassen. Aufgrund der Saldierung ist ein Ausweis jedoch nicht gegeben. Zum 31. Dezember 2020 führt ein um +0,5 % abweichender Rechnungszins zu Zinsaufwendungen von TEUR 12 und einem Anwartschaftsbarwert von TEUR 802, aus einem um -0,5 % abweichenden Rechnungszins resultieren Zinsaufwendungen von TEUR 6 und ein Anwartschaftsbarwert von TEUR 917.

Aus den leistungsorientierten Versorgungssystemen ergaben sich Aufwendungen, die sich aus den folgenden Komponenten zusammensetzten:

Aufwand für leistungsorientierte Pensionspläne in Tausend Euro	01.01.-31.12.2020	01.01.-31.12.2019
Dienstzeitaufwendungen	-	-
Zinsaufwand	11	15
Zinserträge aus Planvermögen	(11)	(15)
Zins auf den Effekt des „asset ceiling“	-	-
Erfassung in der Gewinn- und Verlustrechnung	0	0

Komponenten des sonstigen Ergebnisses (OCI) in Tausend Euro	31.12.2020	31.12.2019
Versicherungsmathematische Verluste (Gewinne)	35	81
Zinserträge aus Planvermögen	(35)	(81)
Veränderung im Effekt des „asset ceiling“	-	-
Erfassung im sonstigen Ergebnis	0	0

Während jeder Berichtsperiode ergab sich ein Nettowert in Höhe von EUR 0,00, da der Erhöhung der Pensionsverpflichtungen eine entsprechende Erhöhung des Planvermögens gegenübersteht. Für die nachfolgende Periode werden bei einer Duration der Verpflichtungen von 13,5 Jahren (im Vorjahr 14,3 Jahre) Rentenzahlungen aus den zum 31. Dezember 2020 bestehenden Pensionszusagen von TEUR 3 erwartet.

(23) Langfristige Schulden

Die langfristigen Schulden resultieren aus einem zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Darlehen in Höhe von EUR 15,0 Mio. (Vorjahr EUR 15,0 Mio.), das der Mehrheitseigner der DF AG der Tochtergesellschaft DF GmbH zur Verfügung gestellt hat und aus den anteiligen mit dem Barwert passivierten Leasingverpflichtungen in Höhe von TEUR 155 (Vorjahr TEUR 212).

(24) Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Die folgende Übersicht zeigt die Zusammensetzung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen:

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Tausend Euro	31.12.2020	31.12.2019
Verbindlichkeiten aus erhaltenen Leistungen	55	144
Abgegrenzte Schulden	258	197
Sonstige Verbindlichkeiten	-	2
Gesamt	313	343

(25) Sonstige kurzfristige Schulden

Die sonstigen kurzfristigen Schulden beinhalten folgende Einzelpositionen:

Sonstige kurzfristige Schulden in Tausend Euro	31.12.2020	31.12.2019
Verbindlichkeiten gegenüber Personal	688	663
Leasingverbindlichkeit	150	96
Abschluss- und Prüfungskosten	134	154
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	-	56
Urlaubsverpflichtungen	63	44
Verbindlichkeiten aus sonstigen Steuern	37	40
Zinsverbindlichkeiten	54	24
Verbindlichkeiten aus Abgaben und Beiträgen	7	2
Andere sonstige Verbindlichkeiten	13	13
Sonstige kurzfristige Schulden	1.146	1.092
- davon finanzielle Schulden	1.109	1.052
- davon nicht finanzielle Schulden	37	40

Die Verbindlichkeiten gegenüber Personal resultieren im Wesentlichen aus Abfindungs- und Tantiemearsprüchen. Die Leasingverbindlichkeit ergibt sich aus der Anwendung des IFRS 16. Die Verbindlichkeiten aus sonstigen Steuern betreffen abzuführende Lohnsteuer.

(26) Vermögenswerte Gläubiger und Verbindlichkeiten Gläubiger

Die **Vermögenswerte Gläubiger** beinhalten den gesamten Massebestand der Gesellschaft. Die verteilungsfähige Masse umfasst im Wesentlichen Forderungen aus dem Forfaitierungsgeschäft vor Insolvenz, bestehend aus Handels- und Restrukturierungsportfolio, und setzt sich wie folgt zusammen:

Vermögenswerte Gläubiger in Tausend Euro	31.12.2020	31.12.2019
Bankguthaben	156	125
Restrukturierungsportfolio	16	841
Handelsportfolio	1	30
Gesamt	173	996

Bezüglich des Handelsportfolios, das Forderungen des laufenden Forfaitierungsgeschäfts bis zum Zeitpunkt der Eröffnung des Insolvenzverfahrens betrifft, erwartet die DF-Gruppe aktuell noch Zahlungseingänge in der ausgewiesenen Höhe. Das Restrukturierungsportfolio betrifft überfällige und rechtsanhängige Forderungen gegen diverse Schuldner. Die Reduzierung des Restrukturierungs- und Handelsportfolios resultiert im Wesentlichen aus Fair Value-Anpassungen und aus der Auskehrung der im Rahmen der Verwertung des Handels- und Restrukturierungsportfolios zugeflossenen Zahlungsmittel. Die erwarteten Rechtsverfolgungskosten werden zur besseren Darstellung und Übersichtlichkeit den Verbindlichkeiten Gläubiger zugeordnet. Die Fair Value-Bewertung führte im Berichtszeitraum zu Nettoverlusten in Höhe von TEUR 69 (Vorjahr TEUR 399).

Bei den **Verbindlichkeiten Gläubiger** handelt es sich um Verbindlichkeiten, die zur Insolvenztabelle angemeldet wurden. Der Wert der Verbindlichkeiten ergibt sich demnach aus dem von den Gläubigern im Rahmen des Insolvenzplans erklärten Teilverzicht sowie der im Rumpfgeschäftsjahr 2016 II erfolgten Berücksichtigung einer vorrangigen Befriedigung der Kreditinstitute aus der Sicherheitenverwertungsabrede.

Die Verbindlichkeiten Gläubiger beinhalten zudem kurzfristige Rückstellungen für erwartete Rechtsverfolgungskosten. Die Entwicklung im Berichtszeitraum stellt sich wie folgt dar:

Verbindlichkeiten Gläubiger in Tausend Euro	31.12.2020	31.12.2019
Stand 1.1.	996	6.187
Auskehrung an den Treuhänder	(247)	(5.604)
Inanspruchnahme kurzfristiger Rückstellungen	(550)	(110)
Ausstehende Erstattungsansprüche	23	279
Ertrag aus der Fair Value-Bewertung der Verbindlichkeiten Gläubiger	(49)	254
Stand 31.12.	173	996

Verminderungen der Verbindlichkeiten Gläubiger durch Auskehrung an den Treuhänder bzw. durch Verrechnung mit Gegenansprüchen betreffen sowohl die Auszahlungen, die zur Verteilung an die Gläubiger bestimmt sind, als auch die zu Lasten der Gläubiger zu berücksichtigenden Rechtsverfolgungskosten und sonstigen Aufwendungen im Zusammenhang mit der Verwertung der Vermögenswerte Gläubiger.

Bei einer Bewertung der Verbindlichkeiten Gläubiger zu fortgeführten Anschaffungskosten ergibt sich vor Auszahlung/Verrechnungen ein Gesamtwert, der über dem beizulegenden Wert der Vermögenswerte Gläubiger liegt. Gemäß Insolvenzplan erfolgt die Bedienung der nach dem Teilverzicht der Gläubiger verbleibenden Verbindlichkeiten ausschließlich in dem Maße, wie das zum Zeitpunkt der Feststellung des Insolvenzplans bestehende Vermögen der DF AG verwertet wird. Durch die Regelungen im Insolvenzplan gehen somit alle Chancen und Risiken aus der Verwertung der Vermögenswerte Gläubiger auf die Gläubiger über. Die Verbindlichkeiten Gläubiger können daher zu keinem Zeitpunkt höher sein als die Vermögenswerte Gläubiger. Um eine Rechnungslegungsanomalie („accounting mismatch“) zu vermeiden, erfolgt die Bewertung der Verbindlichkeiten Gläubiger zum, durch den durch die Wertentwicklung der Vermögenswerte bestimmten, beizulegenden Zeitwert (IFRS 9.4.2.2). Hieraus resultiert eine ergebniswirksame Wertänderung im Berichtszeitraum in Höhe von TEUR 49 (Vorjahr TEUR 254).

IV. SONSTIGE ANGABEN

(27) Mitarbeiter

Die durchschnittliche Anzahl der im Konzern beschäftigten Mitarbeiter (ohne Vorstand) ist in der folgenden Tabelle dargestellt. Bei der Position „Übrige / interne Verwaltung“ sind auch studentische Hilfskräfte berücksichtigt.

Anzahl der Beschäftigten	01.01.-31.12.2020	01.01.-31.12.2019
Angestellte	26	24
- davon Handel / Vertrieb	5	5
- davon Vertragsabwicklung	4	4
- davon Controlling / Rechnungswesen	7	5
- davon Compliance	4	3
- davon Übrige / interne Verwaltung	6	7

(28) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Zum 31. Dezember 2020 hat der Konzern, wie bereits auch im Vorjahr, keine Forfaitierungs- und Ankaufszusagen herausgelegt, so dass keine sonstigen finanziellen Verpflichtungen bestehen.

(29) Gesamthonorar des Abschlussprüfers

Für die erbrachten Dienstleistungen des Abschlussprüfers Warth & Klein Grant Thornton AG sind für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2020 folgende Honorare angefallen.

Prüfungshonorare in Tausend Euro	01.01.-31.12.2020	01.01.-31.12.2019
Abschlussprüfungsleistungen	144	162
Andere Bestätigungsleistungen	-	-
Sonstige Leistungen	-	-
Gesamthonorar	144	162

(30) Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen

Nach IAS 24 „Angaben über Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen“ müssen Personen oder Unternehmen, die den DF Konzern beherrschen oder von ihm beherrscht werden, angegeben werden, soweit sie nicht bereits als konsolidierte Unternehmen in den Konzernabschluss des DF Konzerns einbezogen werden. Beherrschung liegt grundsätzlich vor, wenn ein Aktionär mehr als die Hälfte der Stimmrechte an der DF AG hält oder kraft Satzungsbestimmung oder vertraglicher Vereinbarung die Möglichkeit besitzt, die Finanz- und Geschäftspolitik des Managements des DF Konzerns zu steuern.

Darüber hinaus erstreckt sich die Angabepflicht nach IAS 24 auf Geschäfte mit Personen und Unternehmen, die einen maßgeblichen Einfluss auf die Finanz- und Geschäftspolitik des DF Konzerns ausüben, einschließlich naher Familienangehöriger oder zwischengeschalteter Unternehmen. Ein maßgeblicher Einfluss auf die Finanz- und Geschäftspolitik des DF Konzerns kann hierbei auf einem Anteilsbesitz an dem DF Konzern von 20 % oder mehr oder einem Sitz im Vorstand oder Aufsichtsrat der DF Deutsche Forfait AG beruhen.

Der DF Konzern ist wie in der Vorperiode von den Angabepflichten des IAS 24 ausschließlich in Bezug auf Geschäfte mit Personen und Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss sowie zu den Mitgliedern des Managements in Schlüsselpositionen (Vorstand und Aufsichtsrat) der DF AG betroffen. Zum Bilanzstichtag sind der Vorstand, der Aufsichtsrat und nicht konsolidierte Tochtergesellschaften als nahestehend anzusehen.

Herr Dr. Shahab Manzouri ist aufgrund seines Anteilsbesitzes eine Person mit maßgeblichem Einfluss und verkörpert die oberste herrschende Ebene des Konzerns. Herr Dr. Manzouri hat der DF GmbH im Februar 2019 ein Darlehen in Höhe von EUR 15,0 Mio. mit einer Mindestlaufzeit von drei Jahren zur Verfügung gestellt, das mit dem EURIBOR für 12 Monate zuzüglich 1,0 % und abzüglich etwaiger Guthabengebühren (Negativzins) zu verzinsen ist. Die DF GmbH hat im Berichtszeitraum Darlehenszinsen in Höhe von TEUR 16 (Vorjahr TEUR 24) als Aufwand erfasst und als sonstige kurzfristige Schuld zum 31. Dezember 2020 bilanziert. Zum Bilanzstichtag waren insgesamt TEUR 15.038 (Vorjahr TEUR 15.024) ausstehend.

Geschäftsbeziehungen zu den nicht konsolidierten Tochtergesellschaften lagen im Geschäftsjahr 2020, wie auch im Vorjahr, nur in unwesentlichem Umfang vor.

Der Vorstand setzt sich im Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020 folgendermaßen zusammen:

Vorstand	Beruf
Dr. Behrooz Abdolvand Hans-Joachim von Wartenberg	Vorstandsvorsitzender seit 1. November 2017 Vorstand seit 1. Dezember 2019

Die kurzfristig fällige Vergütung für die Mitglieder des Vorstands gliedert sich wie folgt:

Vergütung Vorstand in Tausend Euro	Dr. B. Abdolvand	H.-J. von Wartenberg	C. Charpentier	G. Krämer
1.1.-31.12.2020				
Festgehalt	222	187		
Sonstige Vergütung	26	27		
Variable Vergütung	306	306		
Gesamt	554	520	-	-
1.1.-31.12.2019				
Festgehalt	213	15	165	165
Sonstige Vergütung	26	1	24	23
Variable Vergütung	154	13	190	230
Gesamt	393	29	379	418

Hinsichtlich der Vergütungen des Berichtszeitraums sind Salden in Höhe von TEUR 613 zum Bilanzstichtag ausstehend.

Für drei ehemalige Vorstandsmitglieder (Frau Attawar, ausgeschieden zum 31. Dezember 2015, Herr Franke, ausgeschieden zum 30. September 2013, und Herr Wippermann, ausgeschieden zum 24. Februar 2014) bestehen Altersversorgungszusagen, die als leistungsorientierte Versorgungspläne ausgestaltet sind. Die Zusagen beinhalten Versorgungsleistungen, wenn das Vorstandsmitglied stirbt oder altersbedingt aus dem Dienst ausscheidet. Herrn Franke wird in diesem Fall eine Kapitalzahlung gewährt. Frau Attawar und Herr Wippermann haben demgegenüber ein Wahlrecht zwischen laufender Ruhegeldleistung und Kapitalzahlung. Seit November 2012 wurden aufgrund des vertraglich vorgesehenen Ablaufs der Beitragszeiten keine Prämien mehr geleistet.

Nach diesen Pensionszusagen erhalten die genannten Vorstandsmitglieder von der DF AG eine garantierte Alterspension in Höhe der nachfolgenden Beträge:

- » Marina Attawar: Ruhegeldleistung in Höhe von EUR 11.022,60 jährlich oder einmalige Kapitalzahlung in Höhe von EUR 202.518,00
- » Ulrich Wippermann: Ruhegeldleistung in Höhe von EUR 20.964,48 jährlich oder einmalige Kapitalzahlung in Höhe von EUR 338.278,00
- » Jochen Franke: einmalige Kapitalzahlung in Höhe von EUR 147.244,00

Darüber hinaus erhält Frau Marina Attawar folgende Leistungen aus einer rückgedeckten Unterstützungskasse:

» Versicherte Jahresrente in Höhe von EUR 15.247,40 oder Kapitalzahlung in Höhe von EUR 273.572,00

Auf der Grundlage von mit den Vorstandsmitgliedern getroffenen Vereinbarungen über Entgeltumwandlung wurden die arbeitnehmerfinanzierten Beiträge von der DF Deutsche Forfait AG an die beiden Versorgungsträger entrichtet.

Aus den genannten Altersversorgungszusagen wurden im Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2020 wie auch in der Vorperiode keine Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses erbracht.

Eine anteilsbasierte Vergütung sowie andere langfristig fällige Leistungen werden nicht gewährt.

Die kurzfristig fällige Vergütung für die Mitglieder des Aufsichtsrats stellt sich wie folgt dar:

Vergütung des Aufsichtsrates in Tausend Euro	01.01.-31.12.2020	01.01.-31.12.2019
Festvergütung	83	69
Sitzungsgeld	7	9
Umsatzsteuer	-	15
Gesamt	90	93

(31) Angaben zu Mitteilungen gemäß §§ 21 Abs. 1 und 22 WpHG

Folgende Mitteilungen nach dem WpHG hat die DF AG erhalten:

- » Herr Dr. Shahab Manzouri, London, Großbritannien, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 12. Juli 2016 mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil an der DF Deutsche Forfait AG, Nördliche Münchner Str. 9c, 82031 Grünwald, Deutschland, am 6. Juli 2016 die Schwellen von 3 %, 5 %, 10 %, 15 % und 20 %, 25 %, 30 %, 50 % und 70 % überschritten hat und an diesem Tag 79,14 % (dies entspricht 9.408.170 Stimmrechten) betragen hat.
- » Herr Frank Hock, Pullach, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 28. Juni 2018 mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil an der DF Deutsche Forfait AG, Nördliche Münchner Str. 9c, 82031 Grünwald, Deutschland, am 25. Juni 2018 die Schwelle von 3 % unterschritten und an diesem Tag 2,97 % (dies entspricht 353.134 Stimmrechten) betragen hat. 2,97 % dieser Stimmrechte sind ihm über die Hock Capital Management GmbH zugeordnet worden, 0,00 % werden von Herrn Frank Hock gehalten.

(32) Finanzinstrumente

Einsatz und Steuerung von Finanzinstrumenten

Ausgangspunkt der Risikosteuerung von Finanzinstrumenten ist die systematische und regelmäßige Erfassung aller Risiken sowie deren Bewertung hinsichtlich ihrer Schadenspotentiale und Eintrittswahrscheinlichkeiten. Als wesentliche Risiken für die Finanzinstrumente werden vor allem das Ausfallrisiko und das Marktpreisrisiko identifiziert.

Liquiditätsrisiko

Die Cash Flow-Prognosen werden auf der Ebene der operativen Gesellschaften erstellt und im Konzern zusammengefasst. Das Management überwacht die permanente Vorausplanung der Liquiditätsreserve des Konzerns, um sicherzustellen, dass ausreichende Liquidität zur Verfügung steht, um den Betriebsbedarf zu decken. Auf Basis aktueller Kontoauszüge wird täglich eine Liquiditätsplanung für den Konzern, die DF AG, die DF GmbH, die DF s.r.o. und die DF ME erstellt. Die Planung umfasst die Ein- und Auszahlungen aus dem operativen Geschäft sowie die geplanten Verwaltungs- und Refinanzierungskosten. Für die jeweils folgenden ein bis zwei Wochen erfolgt die Planung auf Tagesbasis, für die nächsten drei Monate auf Wochenbasis und anschließend auf Monatsbasis.

Die Fälligkeitsstruktur der kurzfristigen finanziellen Verbindlichkeiten stellt sich wie folgt dar:

Kurzfristige finanzielle Verbindlichkeiten in Tausend Euro	31.12.2020	31.12.2019
bis 1 Monat	343	387
über 1 Monat bis 3 Monate	209	340
über 3 Monate bis 6 Monate	762	611
über 6 Monate bis 12 Monate	85	57
Gesamt	1.399	1.395

Die dargestellten finanziellen Verbindlichkeiten setzen sich aus Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von TEUR 313 (Vorjahr TEUR 343) und sonstigen kurzfristigen Schulden in Höhe von TEUR 1.086 (Vorjahr TEUR 1.052) zusammen. Die Zunahme bei den Fälligkeiten zwischen drei und sechs Monaten resultiert im Wesentlichen aus Abfindungs- und Tantiemeverpflichtungen.

Die langfristigen finanziellen Verbindlichkeiten mit Fälligkeiten von mehr als einem Jahr betragen zum 31. Dezember TEUR 15.155 (Vorjahr TEUR 15.212) und beinhalten ein Darlehen in Höhe von EUR 15,0 Mio. (Vorjahr EUR 15,0 Mio.) sowie den als langfristig eingestuften Anteil der Leasing-Verpflichtung in Höhe von TEUR 155 (Vorjahr TEUR 212).

Sämtliche finanziellen Verbindlichkeiten sind durch Zahlungsmittel bei Kreditinstituten gedeckt. Konzentrationsrisiken sind derzeit nicht erkennbar.

Auf Basis der im Insolvenzplan getroffenen Vereinbarungen sind die Verbindlichkeiten Gläubiger kurzfristiger Natur und sollen sukzessive ausschließlich in dem Maße zurückgeführt werden, in dem es der DF-Gruppe gelingt, die Vermögenswerte Gläubiger zu verwerten.

Ausfallrisiko

Die DF-Gruppe hat als wesentlichstes Risiko die nur teilweise oder vollständige Nichterfüllung der Gegenleistungen identifiziert, da geeignete und wirtschaftlich sinnvolle Besicherungen für das derzeit überwiegende Leistungsangebot im Bereich der kurzfristigen Außenhandelsfinanzierung nicht vorhanden sind. Das Ausfallrisiko untergliedert sich in das Länder- und Adressenrisiko. Die Länder werden einem Länderrating unterzogen, das auf Basis der Analysen von Ratingagenturen erstellt wird. Für einzelne Forderungen werden Bonitätsprüfungen durchgeführt (Einholen von Kreditauskünften/Referenzen, Auswertung historischer Daten etc.). Das Eingehen von Länder- und Adressenrisiken wird durch eine Kompetenzregelung mit Limitsystem aktiv gesteuert. Die Kompetenzregelung sowie Länder- und Adressenlimite werden vom Aufsichtsrat verabschiedet, die Ausnutzung der Limite wird regelmäßig an ihn berichtet. Der DF Konzern verringert dieses Risiko zusätzlich durch einen zügigen Verkauf der Forderungen. Ferner werden Länder- und Adressenrisiken, sofern möglich und wirtschaftlich sinnvoll, abgesichert (z.B. Bankgarantien). Konzentrationsrisiken sind derzeit nicht erkennbar.

Eine Darstellung des Buchwerts und des Ausfallrisikos der Vermögenswerte Gläubiger ist nicht relevant, da die DF-Gruppe gemäß rechtskräftigem Insolvenzplan nicht an den Chancen und Risiken aus der Verwertung der Vermögenswerte Gläubiger partizipiert.

Aus nicht zur Verteilung an die Insolvenzgläubiger zur Verfügung stehenden Neugeschäften ist zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2020 - wie auch im Vorjahr - kein Forderungsbestand aus Forfaitierungsgeschäften zu verzeichnen. Die ausgewiesenen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von TEUR 745 (Vorjahr TEUR 742) resultieren aus Serviceleistungen im Zusammenhang mit der Abwicklung des Zahlungsverkehrs und wurden kurzfristig beglichen. Das Ausfallrisiko ist hier, ebenso wie bei den sonstigen kurz- und langfristigen finanziellen Vermögenswerten (Abschnitte 17 und 19), auf den jeweiligen Buchwert beschränkt.

Im Rahmen der Risikosteuerung werden Ausfallrisiken, die aus Geschäften resultieren, die nicht zur Verteilung an die Insolvenzgläubiger zur Verfügung stehen, aktiv vor allem mittels Länder- und Adressenlimiten gesteuert.

Marktpreisrisiko (einschließlich Zinsänderungsrisiko und Währungsrisiko)

Die Forderungen werden klassischerweise mit einem Marktwertabschlag vom Nominalwert angekauft. Dieser Marktwertabschlag wird auf Basis des laufzeitkongruenten Geld- und Kapitalmarktzinssatzes (beispielsweise 1-Jahres-LIBOR) und einer Risikomarge ermittelt. In der Marge wird das individuelle Risiko des einzelnen Geschäfts berücksichtigt, das vor allem von den Länder- und Adressenrisiken abhängt.

Für den DF Konzern, der seinen Fokus auf den Weiterverkauf der Forderungen richtet, ist das Zinsänderungsrisiko in erster Linie ein Marktpreisrisiko, weil mit einer Zinserhöhung bis zum Forderungsverkauf der bis zur Fälligkeit der Forderung berechnete Marktwertabschlag ansteigt und somit der Marktwert der Forderung sinkt. Ein Marktpreisrisiko besteht während der Verweildauer der Forderungen im Portfolio des Unternehmens. Da das Forfaitierungsgeschäft erheblich an Gewicht verloren hat - die DF-Gruppe weist zum 31. Dezember keine Forderungen und Schulden im Zusammenhang mit dem operativen Forfaitierungsgeschäft aus -, haben Zinsänderungs- und Marktpreisrisiken derzeit eine unwesentliche Bedeutung.

In der Gewinn- und Verlustrechnung werden die mit den Vermögenswerten Gläubiger und den korrespondierenden Verbindlichkeiten Gläubiger in Zusammenhang stehenden Währungsgewinne und -verluste separat ausgewiesen. Aufgrund der Einzelbewertung sind hohe Kursgewinne und -verluste ausgewiesen, die jedoch zur Beurteilung des Währungsrisikos saldiert zu betrachten sind.

Die DF-Gruppe partizipiert nicht an den hieraus resultierenden Chancen und Risiken. Dem Marktrisiko der darüber hinaus bestehenden Vermögenswerte und Schulden ist eine unwesentliche Bedeutung zuzuordnen.

Angaben zum Fair Value nach IFRS 7 und IFRS 13

Eine Reihe von Rechnungslegungsmethoden und Angaben des Konzerns verlangen die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte für finanzielle und nicht finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten. Die beizulegenden Zeitwerte wurden für Bewertungs- und/oder Angabezwecke auf der Grundlage der nachstehenden Methoden ermittelt.

Der beizulegende Zeitwert stellt gemäß IFRS 13 den Preis dar, der bei der Veräußerung eines Vermögenswerts oder bei der Übertragung einer Verbindlichkeit im Rahmen einer gewöhnlichen Transaktion zwischen Marktteilnehmern am Bewertungsstichtag erhalten bzw. gezahlt werden würde.

Zum beizulegenden Zeitwert zu bewertende Finanzinstrumente werden nach der Bewertungsmethode in drei Stufen kategorisiert, die sich wie folgt darstellen:

- » Stufe 1 (IFRS 13.76): die auf aktiven Märkten notierten (nicht berichtigten) Preise für identische Vermögenswerte oder Schulden.
- » Stufe 2 (IFRS 13.81): für den Vermögenswert oder die Verbindlichkeit unmittelbar oder mittelbar beobachtbare Inputfaktoren, die nicht notierte Marktpreise der Stufe 1 sind.
- » Stufe 3 (IFRS 13.86): nicht für den Vermögenswert oder die Schuld beobachtbare Inputfaktoren. Eine Einordnung in Stufe 3 erfolgt bereits dann, wenn ein nicht beobachtbarer Inputfaktor vorliegt, der die Bewertung signifikant beeinflusst, wie schuldnerbezogene lokale Konfliktpotenziale und der geschätzte Zeitraum der Forderungsbeitreibung.

Für die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (Kategorie „at Amortized Cost“) liegen zu den Bewertungsstichtagen weder Markt- bzw. Transaktionspreise vor, noch können repräsentative Alternativpreise festgestellt oder beobachtet werden. Da das Forfaitierungsgeschäft ein Individualgeschäft darstellt, können Marktpreise mit hinreichender Bewertungssicherheit nur für den vereinbarten Abrechnungstag (Kauf und Verkauf) mit den vertraglich vereinbarten Konditionen ermittelt werden. Um die Einflüsse sich zufällig ergebender oder willkürlich festgelegter Bewertungsparameter zu vermeiden, bewertet der Konzern Forderungen aus Lieferungen und Leistungen daher mit den fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode und unter Berücksichtigung etwaiger Wertberichtigungen.

Die Vermögenswerte Gläubiger (Forderungen des Restrukturierungsportfolios) werden erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet (FVtPL). Dieser Bewertung liegt auch die Einschätzung der jeweiligen Erfolgsaussichten der gerichtlichen Durchsetzbarkeit der rechtshängigen Forderungen zugrunde. Die Veränderung der Forderungen des Restrukturierungs- sowie des Handelsportfolios entfällt mit TEUR 247 auf Ausgleichs (Vorperiode TEUR 4.706) sowie mit TEUR 577 (Vorperiode TEUR 483) auf Änderungen des beizulegenden Zeitwerts.

Für kurzfristige Forderungen und Verbindlichkeiten (z.B. Kontokorrentkonten) wird der Buchwert als beizulegender Zeitwert angegeben. Dies gilt ebenfalls für hinterlegte Mietkautionen, die dem Transaktionspreis entsprechen und keinen Bewertungsprozessen unterliegen.

Für nicht börsennotierte Eigenkapitalinstrumente (Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen) werden keine beizulegenden Zeitwerte ermittelt, da kein aktiver Markt für diese Finanzinstrumente besteht und erforderliche Schätzungen nicht innerhalb vertretbarer Schwankungsbreiten und angemessener Eintrittswahrscheinlichkeiten möglich sind. Daher erfolgt der Ansatz dieser Finanzinstrumente zu Anschaffungskosten unter Einbeziehung erforderlicher Abschreibungen.

Bewertungsprozesse

Hinsichtlich des Restrukturierungs- und Handelsportfolios (Vermögenswerte Gläubiger) stellen die fortgeführten Anschaffungskosten aus Sicht des DF Konzerns eine Bewertungsgrundlage dar, die das künftige Ertragspotential bis zur Fälligkeit enthält, auch wenn der Verkauf der Forderung vor dem Ende der Laufzeit nicht gelingt. Der Konzern sieht daher den ermittelten Wert zu fortgeführten Anschaffungskosten zugleich als (näherungsweise bestimmten) Fair Value an. Eine Fair Value-Bewertung liegt neben den fortgeführten Anschaffungskosten auch für Forderungen aus dem Restrukturierungs- sowie des Handelsportfolio vor, für die Einzel- oder Länderwertberichtigungen vorgenommen werden. Diese Wertberichtigungen orientieren sich hinsichtlich der Länderwertberichtigungen am jeweils aktuellen Länderrating des Institutional Investor und bezüglich der Einzelwertberichtigungen an der individuellen Einschätzung der rechtlichen Situation der DF-Gruppe bzw. der wirtschaftlichen Lage des Gläubigers.

Der Konzern vertritt die Auffassung, dass für die Bestimmung des Fair Value der Forderungen, unabhängig von der Klassifizierung nach IFRS 9.4.1.2 oder 4.1.2A das bisher angewendete Verfahren (fortgeführte Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode) geeignet ist und eine Abweichung von dieser Methode nicht hinreichend begründbar ist. Zum Stichtag 31. Dezember 2020 sind Forderungen aus dem operativen Forfaitierungsgeschäft nicht ausgewiesen.

Wertangaben zu Finanzinstrumenten

Die folgende Tabelle enthält die Darstellung der Buchwerte der Finanzinstrumente (IFRS 7.6), die ihren beizulegenden Zeitwerten gegenübergestellt sind (IFRS 7.25), sowie ihre Bewertungskategorien (zu fortgeführten Anschaffungskosten - AC, ergebniswirksam zum beizulegenden Zeitwert - FVtPL).

Buchwerte von Finanzinstrumenten in Tausend Euro	Bewertungs- Kategorie	Buchwert 31.12.2020	Fair Value 31.12.2020	Buchwert 31.12.2019	Fair Value 31.12.2019
Aktiva					
Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen	FVtPL	10	10	10	10
Vermögenswerte Gläubiger	FVtPL	173	173	996	996
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	AC	745	745	742	742
Andere kurzfristige Vermögenswerte	AC	334	334	156	156
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	AC	27.070	27.070	24.669	24.669
Passiva					
Darlehen	AC	15.000	15.000	15.000	15.000
Leasing-Verpflichtungen	AC	155	155	212	212
Verbindlichkeiten Gläubiger	FVtPL	173	173	996	996
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	AC	313	313	343	343
Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	AC	1.086	1.086	1.052	1.052

Kapitalmanagement

Das Kapitalmanagement des DF Konzerns hat als oberstes Ziel, jederzeit ausreichende Investitionsmittel für das zukünftige operative Geschäft bereitzustellen. Als Orientierungsgröße dient der dynamische Verschuldungsgrad, der sich aus dem Verhältnis der Nettofinanzschulden zum operativen Ergebnis vor Abschreibungen ermittelt. Sofern dieses Verhältnis 2 oder weniger beträgt, signalisiert dies für den Konzern die Erhaltung der Handlungsfreiheit hinsichtlich der Unternehmensentwicklung und die Wahrung einer vorteilhaften Bonitätseinschätzung. Den Zahlungsmitteln in Höhe von TEUR 27.070 (Vorjahr TEUR 24.669) und kurzfristigen finanziellen Vermögenswerten von TEUR 1.076 (Vorjahr TEUR 1.052) werden verzinsliche Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 15.155 (Vorjahr TEUR 15.212) und kurzfristige Schulden von TEUR 2.534 (Vorjahr TEUR 2.826) gegenübergestellt. Die Nettofinanzschulden ergeben zum 31. Dezember 2020 einen positiven Betrag in Höhe von TEUR 10.457 (Vorjahr TEUR 7.683), sodass ein Verschuldungsgrad nicht ermittelbar ist. Angestrebt wird ein angemessener, an den operativen Erfordernissen orientierter Liquiditätsbestand und ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Eigen- und Fremdkapital, um eine kosten- und risikooptimale Kapitalstruktur zu gestalten. Bei der Betrachtung bleiben die Vermögenswerte und Verbindlichkeiten Gläubiger aus den bereits genannten Gründen unberücksichtigt. Das Kapitalmanagement des DF Konzerns erfolgt zentral bei der Muttergesellschaft.

Zum 31. Dezember 2020 beträgt das Eigenkapital des DF Konzerns EUR 15,4 Mio. (Vorjahr EUR 8,6 Mio.). Die Verbindlichkeiten Insolvenzgläubiger betragen TEUR 173 (Vorjahr TEUR 996) und stellen noch 1,0 % (Vorjahr 5,2 %) des Fremdkapitals dar. Zum 31. Dezember 2020 verfügt der DF Konzern über einen Kredit in Höhe von EUR 15,0 Mio. und über keine Kreditlinien bei Kreditinstituten. Es bestehen keine externen Mindestkapitalanforderungen.

(33) Erläuterungen zur Kapitalflussrechnung

Die Kapitalflussrechnung zeigt, wie sich die Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente des DF Konzerns im Laufe des Berichtszeitraums durch Mittelzuflüsse und -abflüsse verändert haben. In Übereinstimmung mit IAS 7 „Kapitalflussrechnungen“ wird zwischen Zahlungsströmen aus operativer, investiver und Finanzierungstätigkeit unterschieden. Eine Überleitung zu den Flüssigen Mitteln laut Bilanz ergänzt die Finanzierungsrechnung.

Der in der Kapitalflussrechnung betrachtete Finanzmittelfonds umfasst alle in der Bilanz ausgewiesenen Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente, d.h. Kassenbestände und Guthaben bei Kreditinstituten, soweit sie innerhalb von drei Monaten verfügbar sind.

Die Cash Flows aus der Investitions- und Finanzierungstätigkeit werden zahlungsbezogen ermittelt. Der Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit wird demgegenüber ausgehend vom Konzernergebnis indirekt abgeleitet. Im Rahmen der indirekten Ermittlung werden die berücksichtigten Veränderungen von Bilanzpositionen im Zusammenhang mit der laufenden Geschäftstätigkeit um Effekte aus der Währungsumrechnung bereinigt.

Die Veränderungen der Verbindlichkeiten aus Finanzierungstätigkeiten sind in der folgenden Übersicht dargestellt.

Veränderung der Verbindlichkeiten aus Finanzierungstätigkeiten in Tausend Euro	Langfristige Verbindlichkeiten	Kurzfristige Verbindlichkeiten	Leasingverbindlichkeiten	Summe
1.1.2019	-	-	-	-
Cash Flows				
- Rückzahlungen	-	-	-	-
- Erhöhungen	15.000	-	-	15.000
Non-Cash Flows				
- Fair Value	-	-	-	-
- Erhöhungen	-	-	307	307
31.12.2019	15.000	-	307	15.307
1.1.2020	15.000	-	307	15.307
Cash Flows				
- Rückzahlungen	-	-	(96)	(96)
- Erhöhungen	-	-	-	-
Non-Cash Flows				
- Fair Value	-	-	(93)	(93)
- Erhöhungen	-	-	189	189
31.12.2020	15.000	-	307	15.307

(34) Besondere Ereignisse nach Ende des Geschäftsjahres

Besondere Ereignisse nach dem Bilanzstichtag waren nicht zu verzeichnen.

Grünwald, 27. April 2021

Der Vorstand

BESTÄTIGUNGSVERMERK

VERSICHERUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER

BERICHT DES AUFSICHTSRATS

CORPORATE GOVERNANCE

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die DF Deutsche Forfait AG, Grünwald

Vermerk über die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Konzernabschluss der DF Deutsche Forfait AG, Grünwald, und ihrer Tochtergesellschaften (der Konzern) – bestehend aus der Konzernbilanz zum 31. Dezember 2020, der Konzerngesamtergebnisrechnung, der Konzerneigenkapitalveränderungsrechnung und der Konzernkapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2020 sowie dem Konzernanhang, einschließlich einer Zusammenfassung bedeutsamer Rechnungslegungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den mit dem Lagebericht zusammengefassten Konzernlagebericht (nachfolgend: Konzernlagebericht) der DF Deutsche Forfait AG, Grünwald, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2020 geprüft. Die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f und § 315d HGB, auf die in Abschnitt 4. des Konzernlageberichts verwiesen wird, haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- » entspricht der beigefügte Konzernabschluss in allen wesentlichen Belangen den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315e Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2020 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2020 und
- » vermittelt der beigefügte Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Konzernlagebericht in Einklang mit dem Konzernabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Konzernlagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der oben genannten Erklärung zur Unternehmensführung.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzern-

lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von den Konzernunternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Konzernabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2020 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Konzernabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Unsere Darstellung des besonders wichtigen Prüfungssachverhaltes haben wir wie folgt strukturiert:

- 1. Risiko für den Abschluss**
- 2. Prüferisches Vorgehen**
- 3. Verweis auf zugehörige Angaben**

Ansatz und Bewertung der aktiven latenten Steuern auf steuerliche Verlustvorträge

1. Risiko für den Abschluss

Im Konzernabschluss der DF Deutsche Forfait AG werden zum 31. Dezember 2020 nach der Saldierung mit passiven latenten Steuern aktive latente Steuern in Höhe von TEUR 3.278 (i.Vj. TEUR 0) ausgewiesen, von denen TEUR 3.163 (i.Vj. TEUR 0) auf steuerliche Verlustvorträge entfallen. Der Ansatz aktiver latenter Steuern auf steuerliche Verlustvorträge der DF-Gruppe hängt von der Nutzbarkeit steuerlicher Verluste in Deutschland und den Planungsannahmen hinsichtlich des zukünftig zu versteuernden Einkommens ab.

Ansatz und Bewertung aktiver latenter Steuern sind in hohem Maße von der Einschätzung und den Annahmen der gesetzlichen Vertreter in Bezug auf zukünftig zu versteuerndes Einkommen abhängig und dieses wiederum von der zukünftigen Entwicklung des Geschäftsvolumens und der erzielbaren Margen sowie der weiteren politischen Entwicklung in der Zielregion Naher Osten.

Aufgrund der hohen Schätzunsicherheiten hinsichtlich der Nutzbarkeit steuerlicher Verlustvorträge sowie der Bedeutung des Abschlusspostens für die Vermögens- und Ertragslage der DF-Gruppe war dieser Sachverhalt im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung.

2. Prüferisches Vorgehen

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir uns ein Verständnis über den bei der DF-Gruppe implementierten Prozess zum Ansatz und zur Bewertung aktiver latenter Steuern auf steuerliche Verlustvorträge verschafft. Wir haben dabei das methodische Vorgehen der gesetzlichen Vertreter bei der Beurteilung des Ansatzes und der Bewertung aktiver latenter Steuern auf steuerliche Verlustvorträge nachvollzogen.

Ferner haben wir unter Einbindung unserer internen Steuerspezialisten die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern in der steuerlichen Planung unterstellten Prämissen gewürdigt. Dabei haben wir vornehmlich die Einschätzung der gesetzlichen Vertreter in Bezug auf die weitere politische Entwicklung in der Zielregion Naher Osten, insbesondere im Iran, und deren Berücksichtigung im Rahmen der steuerlichen Planung nachvollzogen. Zudem würdigten wir die Auslegung der einschlägigen steuerlichen Rechtsvorschriften und die Entstehung künftiger steuerpflichtiger Gewinne in Deutschland.

3. Verweis auf zugehörige Angaben

Die Angaben zu den latenten Steuern sind im Abschnitt (6) „Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – Aktive und latente Steuern“ sowie in Abschnitt (15) „Ertragsteuern“ des Konzernanhangs enthalten.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter bzw. der Aufsichtsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen

- » die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f und § 315d HGB,
- » die Versicherung der gesetzlichen Vertreter nach § 297 Abs. 2 Satz 4 HGB und nach § 315 Abs. 1 Satz 5 HGB sowie
- » die übrigen Teile des Geschäftsberichts 2020,
- » aber nicht den Konzernabschluss, nicht den Konzernlagebericht und nicht unseren dazugehörigen Bestätigungsvermerks.

Der Aufsichtsrat ist für den Bericht des Aufsichtsrats verantwortlich. Für die Erklärung nach § 161 AktG zum Deutschen Corporate Governance Kodex, die Bestandteil der Erklärung zur Unternehmensführung ist, sind die gesetzlichen Vertreter und der Aufsichtsrat verantwortlich. Im Übrigen sind die gesetzlichen Vertreter für die sonstigen Informationen verantwortlich.

Unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Konzernabschlussprüfung haben wir die Verantwortung, die oben genannten sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- » wesentliche Unstimmigkeiten zum Konzernabschluss, zum Konzernlagebericht oder zu unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- » anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Falls wir auf Grundlage der von uns durchgeführten Arbeiten zu dem Schluss gelangen, dass eine wesentliche falsche Darstellung dieser sonstigen Informationen vorliegt, sind wir verpflichtet, über diese Tatsache zu berichten. Wir haben in diesem Zusammenhang nichts zu berichten.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernabschlusses, der den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315e Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Konzernabschluss unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, es sei denn, es besteht die Absicht den Konzern zu liquidieren oder der Einstellung des Geschäftsbetriebs oder es besteht keine realistische Alternative dazu.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Konzernlageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Konzernlagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Konzerns zur Aufstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Konzernabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Konzernabschlusses und Konzernlageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- » identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- » gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Konzernabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Konzernlageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme abzugeben.
- » beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- » ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Konzern seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- » beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Konzernabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Konzernabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und der ergänzend nach § 315e Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt.
- » holen wir ausreichende geeignete Prüfungsnachweise für die Rechnungslegungsinformationen der Unternehmen oder Geschäftstätigkeiten innerhalb des Konzerns ein, um Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht abzugeben. Wir sind verantwortlich für die Anleitung, Überwachung und Durchführung der Konzernabschlussprüfung. Wir tragen die alleinige Verantwortung für unsere Prüfungsurteile.
- » beurteilen wir den Einklang des Konzernlageberichts mit dem Konzernabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Konzerns.
- » führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Konzernlagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Konzernabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

Vermerk über die Prüfung der für Zwecke der Offenlegung erstellten elektronischen Wiedergaben des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts nach § 317 Abs. 3b HGB

Prüfungsurteil

Wir haben gemäß § 317 Abs. 3b HGB eine Prüfung mit hinreichender Sicherheit durchgeführt, ob die in der beigefügten Datei DFAG_Konzern_2020-12-31.zip enthaltenen und für Zwecke der Offenlegung erstellten Wiedergaben des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts (im Folgenden auch als „ESEF-Unterlagen“ bezeichnet) den Vorgaben des § 328 Abs. 1 HGB an das elektronische Berichtsformat („ESEF-Format“) in allen wesentlichen Belangen entsprechen. In Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften erstreckt sich diese Prüfung nur auf die Überführung der Informationen des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts in das ESEF-Format und daher weder auf die in diesen Wiedergaben enthaltenen noch auf andere in der oben genannten Datei enthaltene Informationen.

Nach unserer Beurteilung entsprechen die in der oben genannten beigefügten Datei enthaltenen und für Zwecke der Offenlegung erstellten Wiedergaben des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts in allen wesentlichen Belangen den Vorgaben des § 328 Abs. 1 HGB an das elektronische Berichtsformat. Über dieses Prüfungsurteil sowie unsere im voranstehenden „Vermerk über die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts“ enthaltenen Prüfungsurteile zum beigefügten Konzernabschluss und zum beigefügten Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2020 hinaus geben wir keinerlei Prüfungsurteil zu den in diesen Wiedergaben enthaltenen Informationen sowie zu den anderen in der oben genannten Datei enthaltenen Informationen ab.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Prüfung der in der oben genannten beigefügten Datei enthaltenen Wiedergaben des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit § 317 Abs. 3b HGB unter Beachtung des Entwurfs des IDW Prüfungsstandards: Prüfung der für Zwecke der Offenlegung erstellten elektronischen Wiedergaben von Abschlüssen und Lageberichten nach § 317 Abs. 3b HGB (IDW EPS 410) durchgeführt. Unsere Verantwortung danach ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der ESEF-Unterlagen“ weitergehend beschrieben. Unsere Wirtschaftsprüferpraxis hat die Anforderungen an das Qualitätssicherungssystem des IDW Qualitätssicherungsstandards: Anforderungen an die Qualitätssicherung in der Wirtschaftsprüferpraxis (IDW QS 1) angewendet.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für die ESEF-Unterlagen

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Erstellung der ESEF-Unterlagen mit den elektronischen Wiedergaben des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts nach Maßgabe des § 328 Abs. 1 Satz 4 Nr. 1 HGB und für die Auszeichnung des Konzernabschlusses nach Maßgabe des § 328 Abs. 1 Satz 4 Nr. 2 HGB.

Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachten, um die Erstellung der ESEF-Unterlagen zu ermöglichen, die frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – Verstößen gegen die Vorgaben des § 328 Abs. 1 HGB an das elektronische Berichtsformat sind.

Die gesetzlichen Vertreter sind zudem verantwortlich für die Einreichung der ESEF-Unterlagen zusammen mit dem Bestätigungsvermerk und dem beigefügten geprüften Konzernabschluss und geprüften Konzernlagebericht sowie weiteren offenzulegenden Unterlagen beim Betreiber des Bundesanzeigers.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung der Erstellung der ESEF-Unterlagen als Teil des Rechnungslegungsprozesses.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der ESEF-Unterlagen

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob die ESEF-Unterlagen frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – Verstößen gegen die Anforderungen des § 328 Abs. 1 HGB sind. Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- » identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – Verstöße gegen die Anforderungen des § 328 Abs. 1 HGB, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.
- » gewinnen wir ein Verständnis von den für die Prüfung der ESEF-Unterlagen relevanten internen Kontrollen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Kontrollen abzugeben.
- » beurteilen wir die technische Gültigkeit der ESEF-Unterlagen, d.h. ob die die ESEF-Unterlagen enthaltende Datei die Vorgaben der Delegierten Verordnung (EU) 2019/815 in der zum Abschlussstichtag geltenden Fassung an die technische Spezifikation für diese Datei erfüllt.
- » beurteilen wir, ob die ESEF-Unterlagen eine inhaltsgleiche XHTML-Wiedergabe des geprüften Konzernabschlusses und des geprüften Konzernlageberichts ermöglichen.
- » beurteilen wir, ob die Auszeichnung der ESEF-Unterlagen mit Inline XBRL-Technologie (iXBRL) eine angemessene und vollständige maschinenlesbare XBRL-Kopie der XHTML-Wiedergabe ermöglicht.

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 27. Juli 2020 als Konzernabschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 5. November 2020 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2014 als Konzernabschlussprüfer der DF Deutsche Forfait AG, Grünwald, tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Aufsichtsrat nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Andreas Schuster.

München, den 27. April 2021

Warth & Klein Grant Thornton AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Stephan Mauermeier
Wirtschaftsprüfer

Andreas Schuster
Wirtschaftsprüfer

VERSICHERUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER

Nach bestem Wissen versichern wir, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss zum 31. Dezember 2020 ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

27. April 2021

Der Vorstand

BERICHT DES AUFSICHTSRATS

SEHR GEEHRTE AKTIONÄRE,

im Geschäftsjahr 2020 stellte vor allem die Corona-Pandemie uns alle vor große Herausforderungen und auch die globale Wirtschaft litt massiv unter den Folgen. Auch in diesem schwierigen Umfeld ist es der DF-Gruppe erneut gelungen, im Geschäftsjahr 2020 die Gewinnschwelle deutlich zu überschreiten. Mit einem auf die Kundenbedürfnisse ausgerichteten Produktportfolio und einem klaren strategischen Fokus konnte mit EUR 6,8 Mio. das Konzernergebnis mehr als verdoppelt werden.

Tätigkeitsbericht des Aufsichtsrats

Im Geschäftsjahr 2020 hat der Aufsichtsrat laufend die Geschäftsentwicklung der DF Deutsche Forfait AG („**DF AG**“ bzw. „**Gesellschaft**“) begleitet und alle Aufgaben, die ihm nach Gesetz und Satzung obliegen, erfüllt.

Die Arbeit des Vorstands wurde durch den Aufsichtsrat überwacht und beratend begleitet. Der Aufsichtsrat, insbesondere der Vorsitzende des Aufsichtsrats und sein Stellvertreter, stand zur Ausübung seiner Kontrollfunktion in regelmäßigem Kontakt mit dem Vorstand, der den Aufsichtsrat stets und umgehend über das operative Geschäft, alle wesentlichen Geschäftsentwicklungen und strategischen Weichenstellungen sowie die Finanzlage der DF-Gruppe in schriftlicher oder mündlicher Form in Kenntnis gehalten hat.

Veränderungen in Vorstand und Aufsichtsrat

In der Zusammensetzung des Vorstands der DF AG gab es im Geschäftsjahr 2020 keine Änderungen.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr gab es im Aufsichtsrat die nachfolgenden Veränderungen. Zu Beginn des Geschäftsjahres bestand der Aufsichtsrat aus Herrn Dr. Ludolf von Wartenberg, Herrn Prof. Dr. Wulf-W. Lapins und Frau Bianca Engel. Am 13. März 2020 wurde Herrn Dr. Ludolf von Wartenberg zum Vorsitzenden und Herrn Prof. Dr. Wulf-W. Lapins zum stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrats gewählt. Mit Wirkung zum 16. April 2020 legte Frau Bianca Engel ihr Amt als Mitglied des Aufsichtsrats aus persönlichen Gründen nieder, woraufhin am 21. April 2020 Herr Dr. Gerd-Rudolf Wehling das Mandat übernahm. Auf der Hauptversammlung der Gesellschaft am 30. Juni 2020 wurde im Zuge der Satzungsänderung beschlossen, dass der Aufsichtsrat auch künftig nicht mehr aus vier, sondern aus drei Mitgliedern bestehen soll.

Sitzungen des Aufsichtsrats

Im Geschäftsjahr 2020 haben insgesamt fünf Sitzungen und eine Videokonferenz des Aufsichtsrats stattgefunden. Alle Mitglieder des Aufsichtsrats waren vertreten.

Schwerpunkte der Beratungen im Aufsichtsrat

Im Geschäftsjahr 2020 befasste sich der Aufsichtsrat vor allem mit der geschäftspolitischen Entwicklung der Gesellschaft. Darüber hinaus wurden regelmäßig die Folgen der Corona-Pandemie sowie weitere aktuelle Themen erörtert.

In der Sitzung am 13. März 2020 genehmigte der Aufsichtsrat u. a. die einzelnen Länderlimite. Darüber hinaus wurde über die Entsprechenserklärung sowie die aktualisierten Compliance Policies entschieden.

Am 29. April 2020 billigte der Aufsichtsrat sowohl den vorgelegten Einzelabschluss 2019 der DF AG als auch den Konzernabschluss 2019. Die Wirtschaftsprüfer der Gesellschaft nahmen an der Sitzung teil und standen für jegliche Auskünfte zur Verfügung. Zudem verabschiedete der Aufsichtsrat im April 2020 den Bericht des Aufsichtsrats zum 31. Dezember 2019.

In der Sitzung am 29. Juni 2020 befasste sich der Aufsichtsrat u. a. mit der Geschäftsentwicklung und der strategischen Ausrichtung der Gesellschaft. Darüber hinaus war die Vorbereitung der Hauptversammlung ein Thema und auch der aktuelle Stand hinsichtlich des Inkassos der Vermögenswerte Gläubiger.

In der konstituierenden Sitzung des Aufsichtsrats am 30. Juni 2020 wurde u. a. Herr Dr. Ludolf von Wartenberg zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats sowie Herr Prof. Wulf-W. Lapins zum stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrats gewählt.

In der Videokonferenz am 25. November 2020 wurde über die bestehende Zertifikatestruktur in Luxemburg diskutiert.

Im Rahmen der Aufsichtsratssitzung am 15. Dezember 2020 wurde für die Auflösung der Zertifikatstruktur in Luxemburg gestimmt. Zudem wurde die Geschäftsentwicklung und der Halbjahresfinanzbericht zum 30. Juni 2020 besprochen. Weiterhin wurde die Implementierung des einheitlichen europäischen elektronischen Berichtsformats (ESEF) diskutiert, das Vorstandsvergütungssystem gemäß ARUG II besprochen und der aktuelle Stand des Einzugs der Vermögenswerte Gläubiger erörtert. Schließlich fand auch die Besprechung der Effizienzprüfung des Aufsichtsrats statt.

Ausschüsse des Aufsichtsrats

Da die Hauptversammlung der Gesellschaft am 30. Juni 2020 den Aufsichtsrat auf drei Mitgliedern begrenzt hat, wurde in diesem Zusammenhang auch beschlossen, auf die Bildung von Ausschüssen aus der Mitte der Aufsichtsratsmitglieder zu verzichten. Zuvor nahm der Aufsichtsrat seine Aufgabe ebenfalls im Plenum wahr.

Corporate Governance

Der Aufsichtsrat hat sich auch im Geschäftsjahr 2020 fortwährend mit den Grundsätzen guter Unternehmensführung auseinandergesetzt. Informationen zur Corporate Governance im Unternehmen finden Sie in der Erklärung zur Unternehmensführung, die Teil des Geschäftsberichts ist. Im Geschäftsjahr 2020 wurde die Entsprechenserklärung von Vorstand und Aufsichtsrat im März 2020 veröffentlicht und auf der Website dauerhaft zugänglich gemacht; die aktuelle Entsprechenserklärung von Vorstand und Aufsichtsrat wurde im März 2021 abgegeben und ist den Aktionären ebenfalls auf der Webseite der Gesellschaft dauerhaft zugänglich gemacht.

Interessenkonflikte

Interessenkonflikte der Aufsichtsräte sind dem Aufsichtsrat im Geschäftsjahr 2020 nicht bekannt geworden.

Jahresabschluss 2020

Die Warth & Klein Grant Thornton AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, München, wurde auf der Hauptversammlung am 30. Juni 2020 zum Abschlussprüfer und zum Konzernabschlussprüfer für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2020 gewählt.

Der Jahresabschluss 2020 einschließlich des Lageberichts sowie der Konzernabschluss 2020 einschließlich des Konzernlageberichts der DF AG wurden von der Warth & Klein Grant Thornton AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, München, geprüft.

Der Jahresabschluss, der Lagebericht, der Konzernabschluss sowie der Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2020 haben allen Mitgliedern des Aufsichtsrats vor der Aufsichtsratssitzung am 27. April 2021 zur eingehenden Prüfung vorgelegen. In der Aufsichtsratssitzung am 27. April 2021 hat der Abschlussprüfer alle wesentlichen Positionen der Unterlagen erläutert. Die aufgeworfenen bilanziellen Fragestellungen wurden eingehend erörtert. Darüber hinaus legte der Abschlussprüfer seine Unabhängigkeit dar. Der Aufsichtsrat stimmte sodann am 27. April 2021 im Rahmen der Aufsichtsratssitzung, nach eingehender eigener Prüfung und Diskussion, dem Ergebnis der Abschlussprüfung zu und billigte den Jahresabschluss sowie den Konzernabschluss der DF-Gruppe. Damit war der Jahresabschluss der DF Deutsche Forfait AG festgestellt. Einwendungen waren nicht zu erheben. Der Aufsichtsrat ist mit den Lageberichten und insbesondere der Beurteilung zur weiteren Entwicklung des Unternehmens einverstanden.

Der Aufsichtsrat dankt Vorstand und Mitarbeitern für die geleistete Arbeit im Geschäftsjahr 2020.

27. April 2021

Für den Aufsichtsrat

Dr. Ludolf von Wartenberg

Vorsitzender des Aufsichtsrats

ERKLÄRUNG ZUR UNTERNEHMENSFÜHRUNG

Die DF Deutsche Forfait AG (kurz auch „DF AG“ oder „Gesellschaft“) berichtet in dieser Erklärung als Teil des Lageberichts gemäß § 289f und 315d HGB und gemäß Grundsatz 22 der Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ in der im Geschäftsjahr 2020 aktuellen Fassung vom 16. Dezember 2019 („DCGK“) über die Unternehmensführung und die wesentlichen Elemente der Corporate Governance-Strukturen der Gesellschaft. Die Angaben in der Erklärung sind gemäß § 317 Abs. 2 S. 6 HGB in die Abschlussprüfung nicht einbezogen.

I. Entsprechenserklärung

Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG zu den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ in der im Geschäftsjahr 2020 aktuellen Fassung vom 16. Dezember 2019. Die Entsprechenserklärung der Gesellschaft von März 2020 ist in einem gesonderten Abschnitt auf der Website der DF AG unter <http://www.dfag.de/investor-relations/corporate-governance/> veröffentlicht. Gleiches gilt für die im März 2021 für das laufende Geschäftsjahr abgegebene Entsprechenserklärung.

Mit dem Deutschen Corporate Governance Kodex sollen die in Deutschland geltenden Regeln für Unternehmensleitung und -überwachung für nationale wie internationale Investoren transparent gemacht werden, um so das Vertrauen in die Unternehmensführung deutscher Gesellschaften zu stärken. Der Deutsche Corporate Governance Kodex hat für die DF AG hohe Bedeutung. Die DF AG bekennt sich zu Compliance, Transparenz und Integrität und hat den Wunsch, eine Organisation zu sein, in der diese Werte ein Kernelement ihrer Unternehmenskultur sind.

II. Relevante Angaben zu den Praktiken der Unternehmensführung

Die DF AG strebt eine durch Verantwortungsbewusstsein, Transparenz und Wertsteigerung für die Aktionäre getragene Unternehmensführung an. Die relevanten Grundsätze ergeben sich aus dem Gesetz, der Satzung der Gesellschaft und den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex.

Compliance und die Einhaltung ethischer Standards sind für die DF-Gruppe von größter Bedeutung. Die DF-Gruppe hat auch im Geschäftsjahr 2020 in Zusammenarbeit und Abstimmung mit externen Beratern das konzernweite Compliance-System laufend aktualisiert und an die Empfehlungen des DCGK sowie Gesetzesänderungen angepasst. Dies umfasste insbesondere die Themen (i) Sanktionsbestimmungen, einschließlich der Pflege der EDV-Systeme mit denen arbeitstäglich eine automatische Prüfung der Neu- und Bestandskunden im Hinblick auf deren Aufnahme auf, für das Geschäft der DF-Gruppe relevante, Sanktionslisten erfolgt (ii) Geldwäscheprävention und (iii) Datenschutz. Prüfungen gemäß Geldwäschegesetz einschließlich Know-Your-Customer Prüfungen sind ebenso integraler Bestandteil des Compliance Systems der DF-Gruppe wie der Code of Conduct (Code of Conduct and Ethics for the Employees of DF Deutsche Forfait AG and its Subsidiaries) und das Hinweisgebersystem (Hinweisgebersystem der DF Deutsche Forfait AG und ihrer Tochtergesellschaften), welches jedoch zum 30. November 2020 gekündigt wurde. Der Code of Conduct ist in einem gesonderten Abschnitt auf der Website der DF AG unter <https://www.dfag.de/investor-relations/corporate-governance/> veröffentlicht.

III. Arbeitsweise und Zusammensetzung des Vorstands und des Aufsichtsrats

Als deutsche Aktiengesellschaft hat die DF AG gemäß den gesetzlichen Vorgaben eine duale Führungs- und Kontrollstruktur bestehend aus Vorstand und Aufsichtsrat.

Vorstand

Der Vorstand der DF Deutsche Forfait AG bestand im Geschäftsjahr 2020 aus zwei Mitgliedern. Die Mitglieder des Vorstands werden vom Aufsichtsrat bestellt. Sie leiten das Unternehmen in eigener Verantwortung mit dem Ziel nachhaltiger Wertschöpfung und im Unternehmensinteresse, also unter Berücksichtigung der Belange der Aktionäre, der Arbeitnehmer der Gesellschaft und der sonstigen dem Unternehmen verbundenen Gruppen (Stakeholder). Die Mitglieder des Vorstands führen die Geschäfte der Gesellschaft unter Beachtung der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Kaufmanns nach den Vorschriften der Gesetze, der Satzung der Gesellschaft und der vom Aufsichtsrat erlassenen Geschäftsordnung für den Vorstand. Die Zusammenarbeit der Vorstandsmitglieder untereinander ist in der Geschäftsordnung geregelt, die Zuständigkeiten der Vorstandsmitglieder sind im Geschäftsverteilungsplan festgelegt. Die Geschäftsordnung enthält auch einen Katalog von Geschäften, für welche der Vorstand der Zustimmung des Aufsichtsrats bedarf. Der Vorstand arbeitet mit den übrigen Organen der Gesellschaft zum Wohle des Unternehmens vertrauensvoll zusammen.

Bei der Zusammensetzung des Vorstands orientiert sich der Aufsichtsrat an fachlichen Kenntnissen und Erfahrungen sowie persönlicher Eignung. Daneben berücksichtigt er auch Aspekte wie beispielsweise Alter, Geschlecht, Bildungs- oder Berufshintergrund. Das Kriterium der Diversität wird dabei erst nachrangig herangezogen, auch wenn der Aufsichtsrat einer diversen Gremienzusammensetzung grundsätzlich offen gegenübersteht.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der DF AG berät den Vorstand der Gesellschaft und überwacht seine Geschäftsführung. Er besteht satzungsgemäß aus vier, nach Satzungsänderung vom 28. Juli 2020 aus nunmehr drei Mitgliedern, die allesamt von der Hauptversammlung gewählt werden. Die Wahl der Aufsichtsratsmitglieder erfolgt gemäß der Empfehlung C.15 des DCGK im Wege der Einzelwahl.

Der Aufsichtsrat nimmt seine zugewiesenen Aufgaben bezüglich der Risikogrundsätze und des Risikomanagements der DF AG seit dem 15. Januar 2016 im Plenum des Aufsichtsrats wahr. Prüfungen und Nominierungen werden ebenfalls vom Plenum des Aufsichtsrats wahrgenommen. Gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 30. Juni 2020 ist der Absatz 4 des § 13 der Satzung erloschen und somit die Bildung von Ausschüssen in der aktuell geltenden Satzung vom 28. Juli 2020 nicht weiter vorgesehen.

Der Aufsichtsrat achtet bei seiner Zusammensetzung darauf, dass seine Mitglieder insgesamt über die fachlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen verfügen, die für die Wahrnehmung ihres Amtes erforderlich sind. Daneben berücksichtigt er auch Aspekte wie beispielsweise Alter, Geschlecht, Bildungs- oder Berufshintergrund. Das Kriterium der Diversität wird dabei erst nachrangig herangezogen, auch wenn der Aufsichtsrat einer diversen Gremienzusammensetzung grundsätzlich offen gegenübersteht.

Enges Zusammenwirken von Vorstand und Aufsichtsrat

Vorstand und Aufsichtsrat der DF AG arbeiten zum Wohl der Gesellschaft eng und vertrauensvoll zusammen. Der Aufsichtsrat, insbesondere der Vorsitzende des Aufsichtsrats und sein Stellvertreter, steht zur Ausübung seiner Kontrollfunktion in regelmäßigem Kontakt mit dem Vorstand.

Der Vorstand entwickelt die strategische Ausrichtung der Gesellschaft, stimmt diese mit dem Aufsichtsrat ab und sorgt für ihre Umsetzung. Geschäfte und unternehmerische Maßnahmen von besonderer Bedeutung bedürfen der Zustimmung des Aufsichtsrats. Durch einen regelmäßigen, zeitnahen und umfassenden Dialog mit dem Vorstand ist der Aufsichtsrat zu jeder Zeit über die Strategie, Planung, Geschäftsentwicklung sowie das Risikomanagement und die wesentlichen Risikopositionen der Gesellschaft informiert.

IV. Angaben zur Förderung der Teilhabe von Frauen im Vorstand, im Aufsichtsrat und in Führungspositionen

Der Vorstand der Gesellschaft bestand im Geschäftsjahr 2020 aus Herrn Dr. Behrooz Abdolvand (zugleich Vorstandsvorsitzender) und Herrn Hans-Joachim von Wartenberg.

Der Vorstand bestand zum 31. Dezember 2020 aus zwei Mitgliedern mit einem Frauenanteil von 0%. Der Aufsichtsrat hat mit Beschluss vom 13. März 2020 gemäß § 111 Abs. 5 AktG eine Zielgröße für den Frauenanteil im Vorstand bis zum 31. Dezember 2020 von 33 % festgelegt. Diese Zielgröße liegt über dem aktuellen Stand. Dies ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass derzeit in der Gesellschaft keine Führungsebene unterhalb des Vorstands besteht, was die Identifizierung geeigneter Kandidatinnen deutlich erschwert.

Der Aufsichtsrat bestand bis zum 16. April 2020 aus drei Mitgliedern, den Herren Dr. Ludolf von Wartenberg (Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender), Prof. Dr. Wulf-W. Lapins sowie Frau Bianca Engel. Zum 31. Dezember 2020 sowie derzeit besteht der Aufsichtsrat aus drei Mitgliedern, den Herren Dr. Ludolf von Wartenberg (Aufsichtsratsvorsitzender), Prof. Dr. Wulf-W. Lapins (Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender) sowie Dr. Gerd-Rudolf Wehling; letzterer wurde am 21. April 2020 gerichtlich auf Antrag des Vorstands bestellt. Frau Bianca Engel hat im März 2020 ihr Aufsichtsratsmandat zum 16. April 2020 niedergelegt. Den Aufsichtsratsvorsitz hat aufgrund des Ausscheidens des früheren Aufsichtsratsvorsitzenden, Herrn Franz Josef Nick, am 8. November 2019 bis zur Neuwahl am 13. März 2020 der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende Herr Dr. Ludolf von Wartenberg übernommen. Weitere personelle Veränderungen im Aufsichtsrat gab es im Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020 nicht.

Der Frauenanteil im Aufsichtsrat betrug zum Ende des Geschäftsjahres 2020 somit 0 %.

Der Aufsichtsrat hat mit Beschluss vom 13. März 2020 gemäß § 111 Abs. 5 AktG die Zielgröße für den Frauenanteil im Aufsichtsrat bis zum 31. Dezember 2020 auf 25 % festgelegt. Diese Zielgröße liegt über dem aktuellen Stand. Bei der Zusammensetzung des Aufsichtsrats wird die Vielfalt berücksichtigt, jedoch kommt es für die Gesellschaft vorrangig auf die Erfahrungen, Fähigkeiten und Kenntnisse des Einzelnen an. Bei einem

satzungsgemäß lediglich aus drei Mitgliedern bestehenden Aufsichtsrat würde die Berücksichtigung weiterer Kriterien aus Sicht des Aufsichtsrates zu einer unverhältnismäßigen Einschränkung bei der Auswahl von Kandidatinnen und Kandidaten führen.

Aufgrund der im August 2016 vollzogenen Auslagerung des operativen Geschäfts der Gesellschaft in die DF Deutsche Forfait GmbH gibt es derzeit in der DF AG unterhalb des Vorstands keine Führungsebenen. Somit kann der Vorstand derzeit auch keine Zielgrößen nach § 76 Abs. 4 AktG festlegen.

V. Sonstige Angaben zur Corporate Governance

Transparente Kommunikation

Die DF AG strebt eine offene und transparente Kommunikation mit ihren Aktionären und ihren Gläubigern an. Auf der Internetseite finden sich die wesentlichen Termine, die insbesondere für die Aktionäre von Interesse sein könnten, darunter die Veröffentlichungstermine von Geschäfts- und Zwischenberichten. Weitere Informationen betreffen beispielsweise die meldepflichtigen Wertpapiergeschäfte gemäß der Verordnung (EG) Nr. 596/2014 über Marktmissbrauch (Marktmissbrauchsverordnung), Ad-hoc-Mitteilungen, sowie Pressemitteilungen.

Effizienzprüfung

Die regelmäßige Überprüfung der Effizienz des Aufsichtsrats stellt einen wichtigen Baustein guter Corporate Governance dar. Der DCGK sieht unter Empfehlung D.13 vor, dass der Aufsichtsrat regelmäßig beurteilen soll, wie wirksam der Aufsichtsrat insgesamt und seine Ausschüsse ihre Aufgaben erfüllen. Hierfür wurde ein auf die Besonderheiten der DF AG zugeschnittener Fragebogen entwickelt. Dieser Fragebogen wird regelmäßig an die Mitglieder des Aufsichtsrates verschickt. Die Ergebnisse der Befragung werden sodann in einer Aufsichtsratsitzung diskutiert. Der Fragebogen umfasst insbesondere die Organisationsabläufe im Aufsichtsrat, die rechtzeitige und inhaltlich ausreichende Informationsversorgung des Aufsichtsrats sowie personelle Fragen. Die Ergebnisse der Effizienzprüfung wurden im Aufsichtsrat in der Sitzung vom 15. Dezember 2020 diskutiert.

Risikomanagement, Rechnungslegung und Abschlussprüfung, Compliance

Das von der Gesellschaft eingerichtete Risikomanagementsystem dient zum einen dazu, Risiken zu streuen und entsprechend der Risikotragfähigkeit der Gesellschaft zu begrenzen, in erster Linie, um Verluste zu verhindern und eine Existenzgefährdung der Gesellschaft zu vermeiden. Zum anderen sollen Risiken frühzeitig erkannt werden, um sie nach Möglichkeit zu vermeiden oder zumindest rechtzeitig geeignete Gegenmaßnahmen treffen zu können. Das Risikomanagementsystem wird kontinuierlich überprüft und weiterentwickelt und den sich verändernden Gegebenheiten angepasst.

Der Konzernabschluss der DF-Gruppe wird in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der Europäischen Union anzuwenden sind, sowie gemäß § 315e HGB aufgestellt. Der Einzelabschluss der DF AG wird nach den Vorschriften des deutschen Handelsgesetzbuchs (HGB) und des Aktiengesetzes erstellt.

Die Warth & Klein Grant Thornton AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, München, wurde von der Hauptversammlung am 30. Juni 2020 zum Abschlussprüfer und Konzernabschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2020 gewählt und vom Aufsichtsrat als solcher beauftragt. Der Aufsichtsrat hat sich vor Beauftragung vergewissert, dass die Beziehungen zwischen Prüfer und Gesellschaft oder ihren Organen keine Zweifel an der Unabhängigkeit des Prüfers begründen. Die Warth & Klein Grant Thornton AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, München, hat den Einzel- und Konzernabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2020 geprüft.

Vergütung von Vorstand und Aufsichtsrat

Im Vergütungsbericht des Konzernabschlusses sind die Grundzüge der Vergütung von Vorstand und Aufsichtsrat ausführlich dargestellt sowie die Vergütung der Mitglieder des Vorstands entsprechend den gesetzlichen Vorgaben individualisiert ausgewiesen. Der Vergütungsbericht ist Bestandteil des testierten Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr 2020.

Aktienbesitz und meldepflichtige Transaktionen von Vorstand und Aufsichtsrat

Aktienbesitz der Vorstandsmitglieder

Der Aktienbesitz der Mitglieder des Vorstands stellte sich zum 31. Dezember 2020 wie folgt dar:

Die im Geschäftsjahr amtierenden Mitglieder des Vorstands hielten direkt oder indirekt zum 31. Dezember 2020 keine Aktien der Gesellschaft.

Aktienbesitz der Aufsichtsratsmitglieder

Der Aktienbesitz der Mitglieder des Aufsichtsrates stellte sich zum 31. Dezember 2020 wie folgt dar:

Mitglieder des Aufsichtsrates hielten direkt oder indirekt zum 31. Dezember 2020 nur in geringfügigen Umfang Aktien der Gesellschaft, insgesamt einen Anteil von unter 0,02 % der Aktien der DF AG.

Meldepflichtige Transaktionen

Die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sind gemäß Art. 19 MAR verpflichtet, den Erwerb oder die Veräußerung von Aktien der DF AG durch sie oder durch in enger Beziehung zu ihnen stehende Personen der DF AG und der zuständigen Aufsichtsbehörde offenzulegen. Die der DF AG gemäß Art. 19 MAR gemeldeten Transaktionen sind auf der Internetseite der DF AG unter www.dfag.de im Bereich „Investor Relations“ unter der Rubrik „Corporate Governance“ abrufbar.

Sonstige Angaben

In Hinblick auf die Vermeidung potenzieller Interessenkonflikte und die Anzahl unabhängiger Aufsichtsratsmitglieder hat sich der Aufsichtsrat das Ziel gesetzt, dass unter Berücksichtigung der Eigentümerstruktur mindestens die Hälfte der Aufsichtsratsmitglieder unabhängig ist. Die Unabhängigkeit seiner Mitglieder hat der Aufsichtsrat entsprechend der Empfehlung in Empfehlung C.7 des DCGK beurteilt. Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2020 alle Mitglieder des Aufsichtsrats als unabhängig betrachtet. Auch derzeit betrachtet der Aufsichtsrat, trotz des Bestehens einer familiären Beziehung zwischen einem Vorstandsmitglied und einem Aufsichtsratsmitglied, alle Mitglieder des Aufsichtsrates als unabhängig.

A large, stylized graphic of a globe or sphere, composed of several overlapping, curved bands that create a grid-like pattern. The graphic is rendered in a lighter shade of blue than the background, which is a solid dark blue. It occupies the upper two-thirds of the page.

DF Deutsche Forfait AG

Nördliche Münchner Straße 9c
82031 Grünwald

Telefon +49 89 21 55 19 00 - 0
Telefax +49 89 21 55 19 00 - 9

E-Mail dfag@dfag.de
Internet www.dfag.de